Dietrich Elchlepp
Hans-Joachim Heiner

Zur Auseinandersetzung mit der NPD

Aktionen und Argumente gegen den Rechtsradikalismus

Juventa Verlag München

Inhalt

Vorwort

Es gibt bereits zahlreiche Veröffentlichungen, die sich mit Ideologie und Struktur der NPD befassen, Fragen der unmittelbaren Auseinandersetzung sind jedoch bisher zu kurz gekommen. Die vorliegende Arbeit will diese Lücke schließen. Sie baut auf den Erfahrungen auf, die einzelne Aktionsgruppen beim gezielten Vorgehen gegen rechtsradikale Propaganda gewonnen haben.

Die Materialien und Anregungen, die hier zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus gegeben werden, beziehen sich bewußt auf die NPD. Sie ist die stärkste politische Organisation des Rechtsradikalismus, und nur sie allein besitzt zur Zeit unter den rechtsradikalen Gruppen die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten, nennenswerte Erfolge zu erzielen und ein gefährlicher Faktor in unserem politischen Alltag zu werden.

Aufgrund meiner Erfahrungen, daß jede ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus eine Fülle von Vorarbeiten bedingt, die den einzelnen überfordern, schien es mir notwendig, diese Schrift herauszugeben. Am Manuskript hat Hans-Joachim Heiner mitgearbeitet. Von ihm stammen der Literaturbericht und die Antworten auf die gängigsten Thesen der NPD mit Ausnahme der Antworten zu wirtschaftspolitischen Fragen.

Freiburg i. Br., im April 1969 Dietrich Elchlepp

Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit der NPD

Die praktischen Hinweise, die diese Schrift für die Auseinandersetzung mit der NPD geben will, basieren auf konkreten Erfahrungen, die von Aktionsgruppen während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg im Frühjahr 1968 gesammelt wurden. Über die Tätigkeit dieser Aktionsgruppen, über ihre Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit der NPD und über die dabei gesammelten Erfahrungen soll zunächst berichtet werden.

AUFGABEN UND AKTIVITÄTEN

Die spektakulären Erfolge der Nationaldemokraten bei den Landtagswahlen in Bayern, Bremen und Niedersachsen ließen im Frühjahr 1968 für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg ähnliche Ergebnisse vermuten. Die wirtschaftliche Rezession war Anfang 1968 noch nicht überwunden, die Unruhe in der Bevölkerung hielt an. Die NPD sah ihre Chance gekommen und begann bereits im Dezember 1967 — viele Wochen vor allen anderen Parteien — einen aufwendigen und vielseitigen Wahlkampf. Eine für die Größe dieser Partei ungewöhnliche Versammlungswelle setzte ein. Unterstützt von einer missionarischen Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder gelang der NPD eine wirksame Propaganda, die es geschickt verstand, das Totschweigen der NPD in Fernsehen, Rundfunk und Regionalpresse auszugleichen.
In Anbetracht dieser bedenklichen Entwicklung schlossen sich im Dezember 1967 in Freiburg und Tübingen Mit-

glieder der demokratischen Parteien, Parteilose und Gewerkschaftler zu überparteilichen Aktionsgruppen zusammen, mit dem Ziel, der rechtsradikalen Propaganda entschieden entgegenzutreten. Dieser spontane Zusammenschluß schien dringend notwendig, da sich die demokratischen Parteien offenbar nicht entschließen konnten, den rechtsextremen Strömungen gezielt entgegenzutreten. Wie notwendig ein frühzeitiges und entschlossenes Vorgehen gegen die Nationaldemokraten und andere rechtsradikale Strömungen gewesen wäre, zeigte schließlich das Wahlergebnis, das den Nationaldemokraten bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent der Stimmen ihren bislang höchsten Wahlerfolg bescherte.

Die Arbeit dieser Aktionsgruppen* erstreckte sich hauptsächlich auf südbadische und südwürttembergische Landkreise. Die Gruppen zählten weit über 100 Mitarbeiter aus über 80 Gemeinden des Landes. In der Mehrzahl handelte es sich um Angehörige der politischen Jugendorganisationen der demokratischen Parteien. Ein Teil der Mitstreiter gehörte keiner Partei an. Sie waren zur Mitarbeit bereit, weil sie in dem Aufkommen der NPD eine ernste Gefahr für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung sahen und abseits aller Parteidifferenzen eine geschlossene Front gegen den Rechtsradikalismus guthießen. Sie waren bereit, für diese Aufgabe ihre Freizeit zu opfern und sich gleichsam als »Feuerwehr der Demokratie« an vielen Orten der Auseinandersetzung mit der NPD zu stellen.

Die Aktionsgruppen konnten und wollten das gesetzte Ziel nicht allein durch einfache Gegenpropaganda erreichen. Sie verbanden ihre Aktionen mit sachlicher Aufklärung der Bevölkerung und Vermittlung politischer Bildung.

Die anfänglich wirkungsvollste Art, sich mit der NPD auseinanderzusetzen und ihre Propaganda zu studieren, bestand darin, auf Versammlungen als Diskussionsredner aufzutreten. Die Erfahrung aus anderen Bundesländern hatte nämlich gezeigt, daß es der NPD vor allem auf ihren Versammlungen gelungen war, für ihre Propaganda

* Es handelte sich vor allem um die BÜRGERAKTION ZUM SCHUTZ DER DEMOKRATIE e. V., Freiburg, und den TÜBINGER ARBEITSKREIS GEGEN RECHTSRADIKALISMUS.

ein breites Publikum zu finden und gleichzeitig neue Mitglieder zu werben.
Die Veranstaltungen der NPD waren im allgemeinen gut bis sehr gut besucht, oft viel besser als die der demokratischen Parteien. Die NPD trat auch in solchen Ortschaften auf, die wegen ihrer geringen Einwohnerzahl von den demokratischen Parteien nicht besucht wurden. Gerade auf diesen Veranstaltungen traf man oft Arbeiter und Handwerker, für die eine NPD-Versammlung die erste politische Versammlung nach dem Kriege war. Wie die Wahlergebnisse gezeigt haben, wurde die NPD in diesen Gemeinden vielfach zweitstärkste, vereinzelt sogar stärkste Partei.
Wie notwendig die Anwesenheit der Aktionsgruppen auf solchen Veranstaltungen war, bewies die Tatsache, daß ihre Diskussionsredner in fast allen Fällen die einzigen waren, die gegen die NPD auftraten. Die örtlichen Vertreter der demokratischen Parteien mieden NPD-Versammlungen oder meldeten sich, wenn sie vertreten waren, kaum zu Wort.
Die Diskussionsredner erhielten von den Aktionsleitungen Verhaltensvorschläge für die Versammlungen und wurden mit einer Sammlung gängiger NPD-Thesen und Antworten versehen. Jeder Diskussionsredner wurde gebeten, einen kurzen Versammlungsbericht anzufertigen. Er diente zur laufenden Ergänzung und Verbesserung der Argumentenkartei und zur taktischen Neuorientierung. Die Aktionsgruppen besuchten im Laufe des Wahlkampfes fast 200 Veranstaltungen der Nationaldemokraten.
An den Vortrag der NPD-Redner schlossen sich in kleinen und mittelgroßen Versammlungen regelmäßig Diskussionen an. Die NPD war bedacht, sich mit diesen Diskussionen den Anschein eines demokratischen Charakters zu geben. Das eigentliche Ziel war aber, dem Redner des Abends Gelegenheit für ein zweites Referat zu geben, d. h. gestellte Fragen pauschal aufzugreifen und durch lange Ausführungen, die am Kern der Fragen vorbeigingen, noch einmal die gängigen Thesen der NPD zu wiederholen.
Die Diskussionsredner der Aktionsgruppen störten dieses Konzept, indem sie auf Einzelbeantwortung drängten und so die NPD zwangen, in eine detaillierte Diskussion

einzutreten. Das Auftreten der Diskussionsredner war sachlich. Sie vermieden bewußt Störaktionen, da diese regelmäßig der NPD zugute kamen.

Soweit festgestellt werden konnte, war der Erfolg der Aktionsgruppen auf kleinen und mittleren Versammlungen am größten. Am Beifall der Besucher und aus Gesprächen mit Versammlungsteilnehmern war abzulesen, ob der Abend für die NPD erfolgreich oder erfolglos verlaufen war. Wie den Berichten der Diskussionsredner entnommen werden konnte, nahm weit über die Hälfte der Versammlungen nicht den von der NPD gewünschten Verlauf. In einigen Fällen verließen die NPD-Redner sogar vorzeitig die Versammlungen, nicht weil sie gestört, sondern weil sie von den Diskussionsrednern der Unehrlichkeit und Widersprüchlichkeit bezichtigt wurden und diesen Anschuldigungen sachlich nichts entgegenzusetzen hatten.

In der ersten Phase des Wahlkampfes waren die Besucher von NPD-Veranstaltungen noch leicht anzusprechen. Später war der Einfluß der NPD-Propaganda merklich gestiegen, was die Arbeit der Diskussionsredner erschwerte. Hinzu kam, daß größere Versammlungen jetzt in starkem Maße von Mitgliedern oder Sympathisanten der Partei besucht wurden, die zur Erzielung eines optisch günstigen Versammlungsbildes von auswärts angefahren kamen.

In ländlichen Gemeinden hingegen hielt der Zustrom von Neugierigen bis zum Schluß des Wahlkampfes unvermindert an. Hierbei wird die damals vorhandene Krisensituation in der Landwirtschaft eine entscheidende Rolle gespielt haben. Aus diesem Grunde konzentrierten die Aktionsgruppen in der zweiten Phase des Wahlkampfes ihre Arbeit fast ausschließlich auf ländliche Veranstaltungen der NPD.

Mit dem Einsatz von Diskussionsrednern konnten die Aktionsgruppen aber nur einen beschränkten Kreis potentieller NPD-Wähler erreichen. Das galt vor allem für die Kreis- und Großstädte des Landes, wo die Versammlungen der NPD nicht so gut besucht waren wie in ländlichen Gegenden. Eine Ausnahme bildeten nur die Großkundgebungen der NPD, auf denen v. Thadden und andere Spitzenredner der Partei auftraten.

Hier waren aber im allgemeinen Diskussionen nicht zugelassen.

Um auch auf solchen Kundgebungen eine wirksame Aufklärung betreiben zu können, verteilten die Aktionsgruppen im Anschluß an die Versammlungen aktuelle Flugschriften. In einem Raum im oder nahe dem Versammlungsgebäude errichtete man eine kleine Redaktion, die mit Schreibmaschine und Vervielfältigungsgerät ausgerüstet war. Mittels einer Lautsprecherübertragung oder eines Kurierdienstes wurden die wesentlichen Ausführungen des NPD-Redners übermittelt und an Ort und Stelle kurz und einprägsam widerlegt. Redaktionsschluß war so zeitig, daß die Vervielfältigungsarbeiten bei Veranstaltungsschluß beendet waren und die Besucher am Ausgang bereits eine Stellungnahme zu dem eben Vernommenen lesen konnten.

Für die vielen Empfänger von NPD-Schriften, die bei den Versammlungen nicht anzutreffen waren, fertigten die Aktionsgruppen weit über eine Million Flugschriften an. Hier wurden aktuelle Einzelthemen aufgegriffen und in knapper, allgemeinverständlicher Sprache behandelt. Sie dienten in erster Linie der reinen Sachinformation und nicht der Polemik. Durch Großaktionen im ganzen Lande wurden diese Flugschriften von Haus zu Haus getragen. In größeren Städten mit starkem Pendlerverkehr wurden die Schriften an Verkehrsknotenpunkten und Bahnhöfen verteilt. Bei Gemeinden mit großem Hinterland erwiesen sich gerade die Bahnhöfe als ausgezeichnete Multiplikatoren für eine wirksame Aufklärungsarbeit gegen die NPD-Propaganda.

Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der NPD leisteten ihre Wahlzeitungen, die in einer Auflage von rund 7 Millionen Exemplaren im ganzen Land verteilt wurden. Es muß als ein organisatorisches Meisterwerk betrachtet werden, daß es der NPD gelang, diese Schriften in nahezu alle Briefkästen zu bringen. Wie man feststellte, wurden diese Schriften lange aufbewahrt und gründlich gelesen. Sie boten dem Wähler eine sich zwar sachlich gebende, aber mit nationalem Pathos getränkte Information über tagespolitische Fragen und spekulierten offensichtlich auf die Uninformiertheit der Wähler. Eine rechtzeitige Antwort der demokratischen Parteien wäre vonnöten gewesen. Da dies nicht geschah, entwarfen

die Aktionsgruppen eine Gegenschrift, die in Stil und Aufmachung der NPD-Schrift sehr ähnlich und als direkte Antwort auf die NPD-Behauptungen gedacht war. Sie wurde in großer Auflage über das ganze Land verteilt. Die Aufmachung bewirkte, daß die potentiellen NPD-Wähler sofort angesprochen und zum Lesen animiert wurden. Besonders günstig wirkte sich aus, daß dabei die Gleichsetzung von NPD und NSDAP weitgehend vermieden und der Charakter eines sachlichen Anliegens gewahrt wurde.

Ergänzend zu diesen Aktionen erschien in vielen regionalen und überregionalen Zeitungen des Landes kurz vor dem Wahlsonntag ein eindringlicher Aufruf an die Bevölkerung, der auf die Unglaubwürdigkeit und Gefährlichkeit nationaldemokratischer Politik aufmerksam machen wollte. Er wurde von prominenten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschrieben, die zum größten Teil parteipolitisch nicht gebunden waren. Allerdings konnte man dabei auch eine betrübliche Erfahrung machen: Mehrere Unterschriftszusagen für diesen Aufruf wurden kurzfristig und mit nichtssagenden Erklärungen zurückgezogen. Hier offenbarte sich in ersten Ansätzen ein Geist der »politischen Vorsorge«, der nicht nur auf geschäftliche Rücksichtnahme zurückzuführen war. Immerhin fanden genügend Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Militär den »Mut«, die Arbeit der Aktionsgruppen zu unterstützen. Da den Aktionsgruppen für ihre Unkosten nur begrenzte Spenden zur Verfügung standen, konnten diese Anzeigen nicht wiederholt werden, obwohl sie nachweislich starken Widerhall fanden.

ERFAHRUNGEN UND KONSEQUENZEN

In dem Maße, wie der Rechtsradikalismus stärker wird und seine Taktik ändert, muß auch die Aufklärungsarbeit bereit sein, ihre Aktionen und Methoden stets neu zu überdenken.

Ein Punkt ist dabei die Frage, was die Gleichsetzung von NPD und NSDAP einbringt. Diese Frage richtet

sich in erster Linie an die demokratischen Parteien, die sich in ihrer Auseinandersetzung mit der NPD sehr häufig auf diese Gleichsetzung beschränken. Der globale Vorwurf des Neonazismus ruft aber bei all denen, die sich im Dritten Reich mehr oder weniger mit dem Nationalsozialismus identifiziert haben und heute zwar dessen Greuel ablehnen, nicht aber ihre faschistische Grundeinstellung aufgegeben haben, oft nur Trotzreaktionen hervor. Gespräche mit Wählern haben klar gezeigt, daß noch viele Mitbürger den Nationalsozialismus für eine an sich gute Sache halten, die nur mißbraucht worden und schließlich entartet sei.

Aus diesem Grunde sollte auch die nazistische Vergangenheit hoher NPD-Funktionäre nicht mehr im Vordergrund der Aufklärungsarbeit über die NPD stehen. Wie wenig man damit ausrichtet, zeigt folgende Erfahrung: Die Aktionsgruppen haben in mühevoller Arbeit die Vergangenheit des ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der NPD von Baden-Württemberg, Wilhelm Gutmann, aufgedeckt und der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt. Aber ein Teil der Wähler hat daraus keine Konsequenzen gezogen. Wilhelm Gutmann erhielt in zwei Wahlkreisen Baden-Württembergs eine beachtliche Stimmenzahl. Er sitzt heute als Landtagsabgeordneter und Fraktionsführer der NPD im Stuttgarter Landtag.

Beobachtungen auf Wahlversammlungen haben ferner gezeigt, daß die NPD das fehlende Sachwissen der Bevölkerung über grundlegende Fragen des Parlamentarismus und über politische Tagesprobleme sehr geschickt auszunutzen versteht. Gefährliche Vereinfachungen und Zahlenverfälschungen stoßen auf keinerlei Widerspruch, so daß es der NPD leichtfällt, aus falschen Prämissen scheinbar richtige Schlußfolgerungen abzuleiten. Falsches richtigzustellen, war eine der Hauptaufgaben der Diskussionsredner.

Bemerkenswert ist, daß ein Teil der Bevölkerung trotz reger internationaler Beziehungen der Bundesrepublik und trotz supranationaler Körperschaften noch immer einem starken Autarkiedenken verhaftet ist. Die NPD konnte deshalb mit ihrer Parole, jegliches politisches Handeln sei allein am nationalen Bedürfnis auszurichten, starken Beifall ernten. Das war in besonderem

Maße in der Frage der Entwicklungshilfe festzustellen. Obwohl seit einiger Zeit eine bessere — wenn auch noch nicht ausreichende — Entwicklungshilfe betrieben wird, die bestrebt ist, tatsächliche Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, fällt es noch heute jedem Redner der NPD leicht, die Entwicklungshilfe als ein vergeudetes Geschenk an korrupte Herrscherhäuser Afrikas und Asiens abzutun. Dieser Erfolg ist keineswegs verwunderlich, wenn man weiß, daß neuesten Meinungsumfragen zufolge weit über die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung eine Entwicklungshilfe ablehnt.

Von einem großen Teil der Bevölkerung wird die Notwendigkeit internationaler Verbindungen nicht genügend erkannt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß die NPD Beifall findet, wenn sie Kapitalverflechtungen als schädliche Kapitalüberfremdung, als Ausverkauf der deutschen Wirtschaft charakterisiert. Auch die EWG wird nicht als Wirtschaftsgemeinschaft mit Exportvorteilen für die deutsche Industrie verstanden, sondern nur aus der Sicht der Landwirtschaft betrachtet, also als eine Landwirtschaftsgemeinschaft, in der die deutschen Bauern angeblich nur zulegen, während den französischen Bauern nur Vorteile erwachsen. Das ist auch die Auffassung vieler Landwirte. Die NPD hat mit ihren Parolen diese Auffassung bestärkt. Sie hat bei den Landwirten gleichzeitig das Standesdenken gefördert und somit ihre Integration in das Gesamtwirtschaftsgefüge erschwert. Immer wieder hat sie die Landwirtschaft als eine Lebensversicherung der Nation bezeichnet, für die die Gemeinschaft Opfer zu bringen habe. Die NPD hatte immer großen Erfolg, wenn sie statt Strukturverbesserungen allein höhere Erzeugerpreise forderte. Sie schien der landwirtschaftlichen Bevölkerung sehr entgegenzukommen, indem sie reformerische Vorschläge gar nicht erwähnte oder als unbrauchbar verwarf. Die NPD sprach immer nur von kostengerechten Preisen, nie von preisgerechten Kosten.

Das zur Zeit des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg weitverbreitete Unbehagen über die Große Koalition konnte von der NPD gut genutzt werden. Sie verstand es, dieses Unbehagen nicht nur auszunutzen, sondern durch entstellende Behauptungen auch zu wekken. Die »katastrophale« Verschuldung der öffentlichen

Hand nach der Rezession, die Steuererhöhungen, die Belastungen der Rentner und letztlich auch die Devisenausgleichszahlungen wurden von der NPD als reine Willkürakte der »alten« Parteien angeprangert, die es verstünden, alle Lasten auf den Rücken des kleinen Mannes abzuladen und die Nation an »raumfremde« Mächte zu verraten. Die Komplexität heutiger Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde den Zuhörern nicht erklärt.

Entsprechende Richtigstellungen der Diskussionsredner wurden von Zuhörern oft wie von Erstkläßlern mit Staunen und offener Ungläubigkeit aufgenommen. Das Interesse für deren Ausführungen wuchs aber in dem Maße, wie der NPD-Redner Konzessionen machen mußte. Bei der Erklärung komplizierter Sachverhalte waren abstrakte Ausführungen zu vermeiden. Um das Interesse auf sich zu lenken, benutzte man viele konkrete Beispiele. Wollte man die Entwicklungshilfe in einem besseren Lichte zeigen, so schilderte man z. B. ein Projekt in Ghana, wo für den Bau einer wichtigen Fernverkehrsstraße der Bund 20 Millionen DM Kredit gegeben, deutsche Firmen aber von der ghanesischen Regierung Aufträge in Höhe von 21 Millionen DM erhalten hatten. Solche Beispiele kamen bei den Zuhörern gut an und blieben auch vom NPD-Redner unwidersprochen. Am besten belegte man alle Ausführungen mit Dokumenten. Das fiel den Aktionsgruppen nach und nach immer leichter, weil sie inzwischen wußten, was der jeweilige Redner gewöhnlich zu sagen pflegte. Berief sich der NPD-Redner auf eine Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes und hatte man das Statistische Jahrbuch mitgebracht, mit dessen Hilfe die Angabe des Redners widerlegt werden konnte, so war der Abend für die NPD verloren.

Gegen Ende des Wahlkampfes waren solche Erfolge nur noch selten möglich, weil die NPD sich inzwischen auf diese Taktik eingestellt hatte und in ihren Äußerungen viel vorsichtiger geworden war. Jetzt gingen die Diskussionsredner dazu über, die grundsätzliche Einstellung der NPD anhand ihres Parteiorgans und sonstiger Publikationen dem Publikum vorzutragen. Dieses Vorgehen hatte aber leider nicht den gewünschten Erfolg, da das breite Publikum in Ermangelung eines ausge-

prägten demokratischen Bewußtseins nicht in der Lage war, die autoritären und totalitären Bestrebungen der NPD zu erkennen. Dieser Mangel an demokratischem Bewußtsein war allerorts anzutreffen. Er zeigt deutlich, daß die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik nur von einem geringen Teil der Bevölkerung getragen wird. Es scheint, als sei es bislang nicht im erforderlichen Maße gelungen, dem einzelnen die Möglichkeiten und Notwendigkeit aktiver Mitwirkung in den einzelnen Bereichen von Staat und Gesellschaft bewußtzumachen. Gespräche mit Wählern aller Berufe und Einkommensschichten haben dies bestätigt. Es ist falsch, anzunehmen, für eine solche Mitwirkung genüge die Ausübung des Wahlrechts.

Ebenso wichtig wie eine direkte Teilnahme an den öffentlichen Aufgaben (durch Arbeit in den Parteien, Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, Bemühen um politische Mandate usw.) wird es sein, daß der Staat eine bessere Informationspolitik betreibt. Die staatlichen und gesellschaftlichen Vorgänge und Spielregeln müssen durchsichtiger werden. Hand in Hand damit sollte eine verstärkte Erziehung zum politischen Gespräch einsetzen. Sie ist eine wichtige Vorstufe zur Meinungsbildung und in der politischen Bildung bisher zuwenig beachtet worden. Eine erzieherische Rolle könnten hierbei die Volksbildungseinrichtungen (Volkshochschulen und andere Institutionen) einnehmen. Die Modelle der volksbildenden Einrichtungen müssen aber neu durchdacht und auf ihre Breitenwirkung hin untersucht werden. Es genügt nicht, daß sie sich auf den Kreis der ohnehin Interessierten beschränken, sondern sie müssen Wege finden, auch die Kreise anzusprechen, die in größerem Maße demokratiefeindlichen Agitationen ausgesetzt sind.

Überlegungen und Hinweise zur praktischen Auseinandersetzung

Eine wesentliche Voraussetzung jeglicher Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner besteht darin, den Sinn seiner Argumente zu verstehen. Bei den Rechtsradikalen ist das nicht einfach, da ihre Thesen sehr häufig rationale Begründungen vermissen lassen. Sie argumentieren nicht, sie verkünden. Sie wollen keine Partei sein, sondern verstehen sich als eine Bewegung. Hinter diesem Anspruch steckt Methode, denn sie wissen, daß ein großer Teil der Wähler von der Politik nicht rationale Argumente, sondern politische Glaubenssätze erwartet. In einer Zeit zunehmender Komplexität der Lebensvorgänge, in der sich herkömmliche Lebensformen auflösen und bisherige Orientierungen keine Gültigkeit mehr besitzen, besteht bei vielen Menschen die Bereitschaft, den neuen politischen Heilslehren der Nationalisten zu folgen. Sie erwarten von ihnen neue Orientierungen und verkennen dabei, daß ihre Lehren auf komplexe Fragen unserer Industriegesellschaft keine Antwort geben.

Das Handwerk der neuen Verführer ist die Vereinfachung, die auf die Unwissenheit der Wähler baut. Wo rationale Einsicht vonnöten wäre, appellieren sie an das »gesunde Gefühl«. Sie verstehen es sehr geschickt, das auszudrücken, was der einzelne »schon immer gedacht oder geglaubt« hat. Sie verdammen die »bindungslosen, im Nihilismus sich verlierenden Rationalisten«. Sie beschwören die »Kraft zu Innerlichkeit, romantischem Empfinden und mystischer Steigerung«.

Angesichts dieser Erfahrungen besteht die Schwierigkeit jeglicher Aufklärungsarbeit darin, die Diskussion mit den Wählern vom Bereich des Emotionalen auf die Ebene

des Rationalen und der sachlichen Tagespolitik zurückzuführen. Die weitere Schwierigkeit besteht dann darin, eine Sprache zu finden, die von jedermann verstanden und aufgenommen wird, die sich aber gleichzeitig von der Sprache der NPD deutlich abhebt. Das ist nicht leicht, wenn man bedenkt, daß der Sprach- und Gedankenschatz der NPD der mehr oder weniger bewußten Vorstellungswelt großer Bevölkerungsteile unseres Landes entspricht. Die Ablehnung der NPD ist bei vielen nur noch eine formale Abkehr, bedingt durch gesellschaftliche Rücksichtnahmen. Die NPD ist kürzlich einmal zu Recht die »Partei der deutschen Seele« genannt worden. Was beispielsweise ihre Haltung zur staatlichen Autorität, ihre Vorstellungen von einem »sauberen, ordentlichen und gesitteten Leben«, ihre Stellungnahme zur jüngsten deutschen Geschichte oder ihre Ablehnung des »Modernismus« in Literatur und Kunst anlangt, kann diese Bezeichnung mit Fug angewendet werden.

All dies gilt es bei einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem neuerwachten Nationalismus zu bedenken. Wie eine solche Auseinandersetzung geführt werden kann, soll im folgenden besprochen werden.

Für diejenigen, die einer Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus skeptisch gegenüberstehen, sei vorweg gesagt, daß Aktionen gegen die NPD nicht den Sinn haben sollen, den kleinen Kern der Unverbesserlichen in der NPD oder in der Bevölkerung zur Umkehr zu bewegen. Solche Bemühungen wären von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ziel jeder Arbeit kann nur sein, den großen Kreis potentieller NPD-Wähler (Untersuchungen sprechen von 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung) über die wahren Ziele dieser Partei aufzuklären und gegen rechtsradikale Propaganda immun zu machen.

Zur Methode der Auseinandersetzung mit der NPD muß grundsätzlich gesagt werden, daß diese demokratisch, d. h. mit Argumenten geführt werden muß, nicht mit Störaktionen. Methoden der Auseinandersetzung, die demokratische Gesinnung vermissen lassen, bringen der NPD nur Sympathien ein. Das hat die Vergangenheit deutlich gelehrt (NPD-Landesparteitag in Siegen, Veranstaltungen der NPD in Ulm und Bonn). Das Publi-

kum, das zur NPD strömt, setzt sich zum allergrößten Teil aus konservativen, ordnungsliebenden Menschen zusammen. Störaktionen rufen gerade bei diesen Wählern Trotzreaktionen hervor, mit der Folge, daß sie der NPD ihre Stimme geben.

VORBEREITUNG ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT DER NPD

Will man sich ernsthaft mit der NPD auseinandersetzen, so muß man sich mit ihr gründlich beschäftigt haben. Nicht nur mit ihrer besonderen Form der Organisationsstruktur, d. h. ihrem Parteistatut und der Handhabung der innerparteilichen Willensbildung. Man muß ihr Programm und ihre offiziellen Verlautbarungen kennen, vor allem aber die Äußerungen der Partei, die das breite Publikum in der Regel nicht zu Gesicht bekommt. Gemeint sind insbesondere die Parteizeitungen »Deutsche Nachrichten«, das Politische Lexikon aus dem DN-Verlag, die Musterreden der Partei »zur Erzielung einer einheitlichen Aussage« und die ideologischen Festlegungen wie z. B. die Rede des »Chef«-Ideologen der NPD, Prof. Anrich, auf dem Bundesparteitag der NPD in Karlsruhe 1966.
Um sich frühzeitig ein Bild von der zu erwartenden NPD-Propaganda machen zu können, ist zu empfehlen, das offizielle Parteiorgan der NPD, die »Deutschen Nachrichten«, zu bestellen (DN-Verlag, 3 Hannover 1, Postfach 1580) und laufend auszuwerten. In dieser Zeitung werden auch die größeren NPD-Veranstaltungen in den Bundesländern angekündigt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Aussagen der NPD-Redner sich meistens mit den Verlautbarungen dieses Blattes decken.
Weitere Informationsquellen sind die in großer Anzahl erschienenen Bücher über die NPD, über die im letzten Kapitel eine ausführliche Übersicht gegeben wird.
Bei einer näheren Beschäftigung mit dieser Partei und ihren Argumenten wird man sehr bald feststellen, daß sie mit der Wahrheit recht großzügig umgeht. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die NPD als »Beleg« für ihre

Thesen Behauptungen aufstellt, die entweder falsch oder halbwahr sind, oder einzelne Tatsachen aus dem Zusammenhang reißt. Es werden dabei Sachverhalte angesprochen, von denen viele Wähler zwar eine gewisse Vorstellung haben, die jedoch wegen ihrer Fachbezogenheit, wegen ihrer Komplexität oder deshalb, weil sie lange zurückliegen, nicht geläufig sind und vor allem an Ort und Stelle nicht nachgeprüft werden können.
Die Redner dieser Partei beziehen ihre »Kenntnisse« aus zentral verfaßten Rednerdiensten. Deshalb findet man bei verschiedenen Rednern immer wieder die gleichen Formulierungen. Diese wirken wie einprägsame Schlagworte und werden mit einem Anschein überlegener Sachkenntnis vorgetragen. Der kritische Zuhörer weiß sofort, daß die Behauptung nicht oder nur zum Teil stimmt, kann sie aber im Moment nicht widerlegen, weil er zugkräftige Gegenbeweise nicht sofort zur Hand hat. Zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit dieser Partei ist er deshalb erst dann in der Lage, wenn er über gute Grundkenntnisse in Wirtschaftspolitik, Zeitgeschichte und Tagespolitik verfügt und diese anschaulich wiedergeben kann.

DISKUSSIONSHILFEN FÜR DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER NPD

Im politischen Kampf hat das gesprochene Wort nach wie vor die größte Überzeugungskraft. Redner der NPD, die mit gelungener Gestik und Pathos, geschickten Redewendungen und einer sympathischen Rednersprache auftreten, können leicht über die Unsachlichkeit ihrer Ausführungen hinwegtäuschen, vor allem dann, wenn beim Publikum politisches Grundwissen und Sachkenntnisse zu politischen Tagesfragen fehlen.
Der Gegner der NPD muß sich auf diese Situation einstellen, will er erfolgreiche Aufklärungsarbeit leisten; denn gerade auf solchen Versammlungen werden Meinungen gebildet und Wahlentscheidungen getroffen.
Die Versammlungen zeichnen sich durch eine hohe Sensibilität der Zuhörer gegenüber dem äußeren Verhalten

der Opposition aus. Es hat sich deshalb als unerläßlich erwiesen, bestimmte Rede- und Diskussionsregeln zu beachten. Einige davon sind in folgenden Faustregeln festgehalten:

1. Bleibe in der Auseinandersetzung mit der NPD sachlich, auch wenn es dir schwerfällt. Damit vermeidest du, als »Gammler, Umerzogener oder Bolschewistenzögling« diffamiert zu werden. Zwinge die NPD durch korrektes Verhalten zur sachlichen Argumentation. Als Angehöriger der jüngeren Generation solltest du zwar bestimmt, aber bescheiden auftreten. Bedenke, daß das Vorurteil, junge Menschen könnten aus Mangel an Erfahrung und Reife keine vernünftigen Gedanken fassen, im kleinbürgerlich-autoritären Denken potentieller NPD-Wähler besonders stark verwurzelt ist!

2. Verschaffe dir zu Beginn deiner Diskussionsrede wohlwollende Aufmerksamkeit, indem du zuerst mit dem Bemühen um Verständnis auf die Behauptungen des Redners oder Publikums eingehst. Trage dein Anliegen plastisch vor, nenne viele Beispiele, belege deine Angaben mit Zeitungsartikeln, statistischen Jahrbüchern und Geschichtswerken. Passe dich in der Wortwahl dem jeweiligen Publikum an. Vermeide Aussagen, die nur ein Fachmann versteht, und einen Wortschatz, mit dem du das Publikum überfährst, ohne Verständnis für deine Ausführungen zu wecken.

3. Versuche nicht, um des Erfolges willen unwahre Feststellungen zu treffen. Steigere dich in deiner Diskussion nicht in ein Loblied auf die Demokratie. Gib ihre Mängel offen zu, das erhöht die Ehrlichkeit deines politischen Anliegens.

4. Bemühe dich nicht, sofort nachzuweisen, daß die Argumente des NPD-Redners oder des Publikums völlig unhaltbar sind. Versuche zuerst zu verstehen, welcher Sinn dieser Argumentation zugrunde liegt. Nur wenn du hervorhebst, welche Teile dieser Argumentation richtig sind, hast du eine Chance, dem Publikum klarzumachen, was daran falsch ist, was nicht zu Ende gedacht ist und wo falsche Konsequenzen gezogen sind.

5. Wenn NPD-Redner oder Zuhörer Lebenserfahrungen zur Unterstützung ihrer Argumentation anführen, dann sei bemüht, diese geschilderten Erlebnisse aufzugreifen und in einem größeren Zusammenhang zu zeigen, warum diese Erfahrung auf die Gegenwart nicht direkt anwendbar ist und was aus dieser Erfahrung gelernt werden muß. (Wenn z. B. ein Besucher auf seine bitteren Erfahrungen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1932 hinweist und eine ähnliche Entwicklung für unsere Zeit voraussagt, dann ist es deine Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß 1929 finanzpolitische Fehler begangen wurden, unser Wirtschaftssystem heute aber über ökonomische Steuerungsmechanismen — z. B. mittelfristige Finanzplanung — verfügt, mit denen Wirtschaftskrisen weitgehend abgefangen werden können.)

WIE BAUT MAN AKTIONEN GEGEN DIE NPD AUF?

Aktionsgruppen sollten sich aus Personen aller Altersgruppen und verschiedenster Berufe zusammensetzen, aus Mitgliedern der demokratischen Parteien, der Kirchen, Gewerkschaften, örtlichen Handwerks- und Handelskammern, Vereinen, studentischen Hochschulgruppen und insbesondere auch aus Mitgliedern der Landjugendverbände. Äußerst erfolgreich kann das Wirken der Aktionsgruppen dann sein, wenn sich in ihren Reihen viele angesehene, nicht parteigebundene Personen befinden. Dadurch werden die Aktionen bei all denen glaubwürdiger, die hinter ihnen eine getarnte Parteiaktion vermuten. Es sollte auch ganz besonders darauf geachtet werden, neben jungen Mitarbeitern, viele ältere Demokraten zu gewinnen. Dies gilt vor allem für das Auftreten in der Öffentlichkeit.
Aktionen gegen die NPD bedingen eine frühzeitige Vorbereitung. Gemeint ist vor allem die redaktionelle Vorarbeit für Wahlzeitungen und Flugschriften.
Bei der Auswahl der Mitarbeiter ist darauf zu achten, daß in der Regel nur solche Personen zur Mitarbeit gebeten werden, die rednerisches Talent besitzen und organisatorische Fähigkeiten mitbringen.

Eine gute Organisation der Gruppen ist nur gewährleistet, wenn für regelmäßige Zusammenkünfte geeignete Versammlungsräume und für spontane Flugblattaktionen zentrale Lagerräume geschaffen werden.
Es hat sich ferner als nützlich erwiesen, einige Mitarbeiter ausschließlich mit der Aufgabe zu betrauen, die Versammlungstermine der NPD frühzeitig festzustellen, eine sinnvolle Auswahl zu treffen und mit einem gut durchdachten Benachrichtigungssystem (Vordruck) die Mitarbeiter in den entsprechenden Orten zum Versammlungsbesuch anzuhalten.
Die größeren Veranstaltungen werden, wie bereits erwähnt, in dem Parteiorgan der NPD »Deutsche Nachrichten« angekündigt; die Veranstaltungen in dörflichen Gemeinden werden meist in der Heimatpresse oder in den Gemeindemitteilungsblättern angekündigt. Letztere läßt man sich am besten regelmäßig zusenden.
Man kann nicht alle Versammlungen besuchen. Kriterien für einen Besuch sind die Qualität des NPD-Redners und die soziologische Struktur der Einwohnerschaft.
Um die verstreuten Mitarbeiter der Aktionsgruppen über die Entwicklung der NPD auf dem laufenden zu halten, sollte ein eigener Informationsdienst geschaffen werden, der eine dreifache Aufgabe wahrzunehmen hat: Schulungsblatt für die Mitarbeiter (Argumente und Gegenargumente), Lieferant aktueller Nachrichten über die NPD und Anzeiger für gruppeninterne Fragen. Dieser Informationsdienst sollte auch all jenen zugestellt werden, die als mögliche Mitarbeiter in Frage kommen.
Jede Aufklärungsarbeit ist nur dann erfolgreich, wenn die gesammelten Informationen und Enthüllungen über die NPD regelmäßig an einen großen Personenkreis weitergegeben werden. Wichtig ist dabei, eine gut überlegte Auswahl von politischen Multiplikatoren zu treffen, die in ihrem engeren Lebenskreis in viel größerem Maße, als dies von außen her möglich ist, politische Meinungen bilden oder verändern können. Die Kommunikationsforschung der letzten Jahre hat deutlich gezeigt, daß die Bedeutung des personalen Einflusses in der intimen Umgebung bei der Bildung politischer Anschauungen größer ist als der Einfluß der Massenmedien. Der kleinste Bereich des Gemeinschaftslebens ist nach wie vor der Ort, wo die Meinungen der Menschen ge-

prägt werden (Familie, Verein, Schule, Arbeitsplatz, Stammkneipe usw.). Aus diesem Grund sollte sich jede Aktionsgruppe Zugang zu diesen Kommunikationsbereichen schaffen.
Es empfiehlt sich, Informationen und Aufklärungsmaterial über die NPD an folgende Stellen weiterzuleiten:

a) politische Parteien,
b) Gewerkschaften, besonders Referenten für die politische Bildung und Gewerkschaftsjugend,
c) Betriebsräte in allen größeren Betrieben,
d) alle Arten von Verbänden (z. B. Hochschulverbände, überregionale Schülervereinigungen, Gesellenvereine usw.),
e) alle Arten von Vereinen, auch nichtpolitische,
f) politische Arbeitsgemeinschaften,
g) Vertriebenenorganisationen und Soldatenvereine,
h) Lehrkräfte an Volksschulen, höheren Schulen und vor allem Gewerbeschullehrer,
i) Leiter von Handwerksmeisterschulen,
k) landwirtschaftliche Fachschulen, landwirtschaftliche Winterkurse, Bauernverbände, Landjugend,
l) Volkshochschulen,
m) Journalisten,
n) Buchhandlungen und Bibliotheken.

METHODEN DER AUSEINANDERSETZUNG

1. Versammlungsbesuche

Die Nationaldemokraten bringen ihre Agitation durch ihre Parteizeitung, Werbebroschüren und Flugzettel, in Wahlzeiten aber vor allem durch eine Vielzahl von großen und kleinen Versammlungen in die Bevölkerung. Neuerdings veranstaltet die NPD auch zwischen den Wahlen immer häufiger sogenannte politische Stammtische. Diese finden in regelmäßiger Folge, meist Sonntag vormittags in Gasthäusern statt. Die NPD besucht dabei mit Vorliebe solche Gemeinden, in denen die demokratischen Parteien eigene Veranstaltungen nur selten

abhalten, oder konzentriert ihre Versammlungen in Landkreisen, in denen sie auf ein gutes Abschneiden hoffen kann.

In größeren Städten veranstaltet die NPD Kundgebungen, auf denen im allgemeinen keine Diskussionsmöglichkeit besteht. Es ist deshalb zu fragen, ob diese Kundgebungen besucht werden sollten. Es spricht viel dafür, diese zu meiden und die Kräfte für Kleinveranstaltungen zu sparen, auf denen in der Regel ein unmittelbares Gespräch mit dem Wähler möglich sein wird. Nach den größeren Kundgebungen ist es ratsam, durch Verteilung von Flugschriften oder durch Ankündigung einer Gegenveranstaltung — die am gleichen Ort und zur gleichen Zeit stattfindet — Aufklärungsarbeit zu betreiben. In diesem Zusammenhang wird auf die im ersten Kapitel beschriebene Methode der direkten Entgegnung verwiesen.

In dörflichen Gemeinden hingegen ist regelmäßig Gelegenheit zur ausführlichen Diskussion geboten. Sollte eine Diskussion wider Erwarten verweigert werden, dann muß durch Wortmeldung eine Diskussion gefordert und auf den antidemokratischen Charakter einer Verweigerung hingewiesen werden. Die NPD scheut den Vorwurf, sie fürchte eine Auseinandersetzung mit dem Gegner, und wird dem Wunsch in der Regel entsprechen.

Für den äußeren Ablauf der Versammlung sollte man einige bewährte Verhaltensregeln beherzigen, da von ihrer Beachtung Erfolg oder Mißerfolg der Aktion abhängen kann.

NPD-Versammlungen sollten stets von mehreren Mitgliedern der Aktionsgruppen besucht werden, da ein einzelner selten allein der Vielfalt rechtsradikaler Propaganda gewachsen ist. Die Aufteilung der Diskussionsredner im Raum muß genau abgesprochen werden. Man sollte niemals als geschlossene Gruppe auftreten, sondern sich einzeln im Raum verteilen. Die NPD darf zuerst nicht wissen, wie sich die Zuhörerschaft zusammensetzt! Zwischenrufe sind angebracht, solange sie sachlich begründet sind und keine Störung der Versammlung bezwecken. Die NPD wird versuchen, auch solche Zwischenrufe als gesetzeswidrig zu untersagen. Man sollte sich dadurch nicht beirren lassen, vielmehr darauf hinweisen,

daß es sich nicht um eine parteiinterne Versammlung, sondern um eine öffentliche handle und in allen demokratischen Parlamenten Zwischenrufe üblich seien. Wenn die NPD wirklich eine demokratische Partei sein wolle, müsse sie sich Zwischenrufe gefallen lassen.

Am Ende des einleitenden Referates sollte man sich beim Versammlungsleiter sofort zu Wort melden. Die NPD hat nämlich die Angewohnheit, spätere Wortmeldungen nicht mehr zu berücksichtigen. Weicht der NPD-Redner einer Fragestellung aus, so ist es ratsam, daß die nachfolgenden Diskussionsredner die Frage immer wieder aufgreifen und damit auf eine präzise Stellungnahme drängen.

In der Regel wird der NPD-Redner versuchen, an ihn gerichtete Fragen nur in der Pause entgegenzunehmen, um sie dann geschlossen zu beantworten. Dieses Verfahren ist in den Versammlungsrichtlinien der NPD ausdrücklich niedergelegt. Was damit bezweckt werden soll, ist offensichtlich: diejenigen Wortmeldungen, die Unangenehmes enthalten oder auf die man keine Antwort weiß, fallen unter den Tisch. Man kann sich ganz den schwachen Wortmeldungen widmen und darauf aufbauend eine endlose Schlußrede halten. Die Gegner werden diffamiert, und ihre Einwendungen werden lächerlich gemacht. In solchen Fällen ist es dringend geboten, darauf zu drängen, daß die Fragen einzeln gestellt und einzeln beantwortet werden. Sollte der Redner nach diesen Vorhaltungen dennoch am ursprünglichen Verfahren festhalten wollen, dann kann man darauf hinweisen, daß man dankbar die Veranschaulichung der antidemokratischen Absicht der NPD und die Unfähigkeit zur demokratischen Diskussion zur Kenntnis nehme.

Die Aktionsgruppen sollten das Vokabular ihrer NPD-Redner genauestens kennen und in der Lage sein, die Widersprüchlichkeiten ihrer Aussagen vor der Versammlung aufzuzeigen. Es kommt häufig vor, daß die Redner auf ländlichen Versammlungen zu agrarpolitischen Fragen ganz anders Stellung beziehen als z. B. auf städtischen Versammlungen. Aus diesem Grunde sollte zumindest ein Mitglied der Aktionsgruppe während der Rede ein Protokoll anfertigen, um die brisanten Passagen der Rede festzuhalten.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß man als Diskussionsredner niemals Fragen stellen sollte. Diese geben dem Redner nur Gelegenheit zur langen Erwiderung. Besser ist, sofort anzugreifen und neue Gesichtspunkte aufzuzeigen, die den Redner in die Defensive drängen.

2. Informationstagungen

Die Aktionsgruppen sollten versuchen, Informationsgespräche über die NPD und deren Ziele durchzuführen. Besonders wünschenswert wäre es, daß Mitglieder der Aktionsgruppen auf Tagungen berufsbezogener Art (etwa der Berufskammern) als Referenten auftreten. Als Meinungs- und Willensträger kommen in Betracht: Journalisten, Lehrer, Handwerksmeister, Handlungsreisende, Gastwirte, Ärzte, Friseure usw. Es empfiehlt sich, mit den berufsständischen Vertretungen der Gemeinde oder des Kreises frühzeitig zusammenzuarbeiten und die Veranstaltungen gemeinsam zu planen.

3. Zeitungsaufrufe

Zeitungsaufrufe gegen die NPD kurz vor den Wahlen können äußerst wirkungsvoll sein, wenn sie in der Regionalpresse erscheinen und von anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet werden. Auch hier ist es ratsam, möglichst solche Persönlichkeiten um ihre Unterschriften zu bitten, die in der Öffentlichkeit als parteiunabhängig bekannt sind. In Frage kommen z. B. anerkannte Ärzte der Gemeinde oder des Kreises, Universitäts-Professoren, Generale a. D., Standortkommandanten der Bundeswehr, Vorsitzende der Frauenverbände, der Landjugend, Kirchenführer beider Konfessionen, Leiter der örtlichen oder überörtlichen Vertriebenenorganisationen, Staatsanwälte, Amts- und Landgerichtsräte, Handwerker und Handwerkskammerpräsidenten usw. Der Text für einen solchen Aufruf soll kurz und aussagekräftig sein und vor einer Wahl mehrfach erscheinen. Dabei ist darauf zu achten, daß die Anzeigen nicht im allgemeinen Anzeigenteil untergehen, sondern an einem bevorzugten Platz im politischen oder Heimatteil der Zeitung erscheinen.

4. Flugblattaktionen

Flugblattaktionen als weitere Möglichkeit der Gegenpropaganda wurden bereits im ersten Kapitel beschrieben. Ergänzend hierzu sei gesagt, daß Flugschriften in regelmäßiger Folge und nicht nur vor Wahlen erscheinen sollten. Liegt kein aktueller Anlaß für eine Gegendarstellung vor — d. h., wenn keine Wahlveranstaltung der NPD stattfindet —, dann sollte die Flugschrift einen überwiegend informatorischen Charakter haben. Beim Leser sollte zuerst eine gewisse Vertrautheit mit dem Anliegen und Erscheinungsbild des Blattes erzielt werden. Die Wirkung des Blattes wird davon abhängen, wie stark es gelingt, zwischen Autor und Publikum einen »Solidarisierungseffekt« zu erzielen. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn Sprache, Stil und Aufmachung des Blattes dem Publikumsgeschmack entsprechen; ferner dann, wenn bis zu einem vertretbaren Maße Publikumsmeinungen wiedergegeben werden, ohne das eigentliche Anliegen aus den Augen zu verlieren. Eine kluge Abwägung wird nicht immer leicht sein, doch sollte man sich zumindest darum bemühen, eine umgängliche Sprache zu sprechen und einen soziologisch-politologischen Wortschatz zu vermeiden.
Ist dieser »Solidarisierungsprozeß« erreicht, dann kann eine aggressivere Sprache gesprochen werden. Sehr günstig hat sich in vergangenen Wahlkämpfen erwiesen, auf einer Flugschrift jeweils nur ein einzelnes aktuelles NPD-Argument zu widerlegen. Dabei sind tagespolitische Fragen, vor allem ökonomischer Art, aufzugreifen. Geschichten über die NS-Vergangenheit oder persönliche Affären von NPD-Prominenz haben sich als wenig erfolgreich erwiesen. Sie berühren den Wähler nicht unmittelbar.
Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß Verfasser und Drucker des Flugblattes deutlich zu kennzeichnen sind. Ohne diese Angaben verliert das Flugblatt beim Publikum an Glaubwürdigkeit.

JURISTISCHE FRAGEN ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT DER NPD

1. Verweigerung von Versammlungsräumen

Öffentliche Säle — vor allem Stadthallen, die ganz oder teilweise mit öffentlichen Geldern erbaut sind — wurden in der Vergangenheit der NPD wiederholt verweigert. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen: 1. Was muß eine Gemeinde befürchten, wenn sie so vorgeht? 2. Unter welchen Umständen kann die Gemeinde öffentliche Säle verweigern oder die Vermietung erschweren?

Grundsätzlich ist zunächst auf folgendes hinzuweisen: Das Parteienprivileg in Artikel 21 des Grundgesetzes umfaßt neben der Existenzgarantie auch die Entfaltungs- und Betätigungsgarantie, d. h. das Recht, öffentlich aufzutreten, Versammlungen abzuhalten, Mitglieder zu werben. Hieraus leitet die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung ab, daß politische Bedenken gegen eine Partei einer Gemeinde kein Recht geben, öffentliche Säle zu verweigern. Solche Bedenken wären geeignet, die politische Betätigung von unliebsamen Parteien dauernd unmöglich zu machen.

Ein solches Vorgehen verstieße auch gegen den Sinn des Artikels 21 des Grundgesetzes, da darin eine versteckte Berufung auf die Verfassungswidrigkeit der NPD vorläge, zu deren Feststellung ausschließlich das Bundesverfassungsgericht zuständig ist.

Die Gemeinde muß bei einer Verweigerung befürchten, daß ihr im Wege einer einstweiligen Anordnung kostenpflichtig vom Verwaltungsgericht aufgegeben wird, der NPD die Säle dennoch zu überlassen.

Hat die Gemeinde mit der NPD bereits einen Mietvertrag geschlossen und entschließt sie sich vor dem Veranstaltungstermin, ihre Zusage nicht einzuhalten, dann riskiert sie, von der NPD auf Schadenersatz verklagt zu werden. Die Ersatzsummen können sehr hoch sein. Wie Vorfälle dieser Art gezeigt haben, wurden der NPD 5- bis 6stellige Ersatzsummen zugesprochen. Die NPD hat es sehr geschickt verstanden, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen und darauf hinzuweisen, daß es sich

um Steuergelder der Bürger handle. Oft hat sie auch aus rein propagandistischen Gründen von Schadenersatzklagen abgesehen.
Bei Nichteinhaltung eines Mietvertrages hat die NPD ferner die Möglichkeit, im Wege einer einstweiligen Verfügung die Überlassung der Räume zu erreichen. Die Kostenlast trägt hier wiederum die verweigernde Gemeinde.
Die einzige Möglichkeit, der NPD den Zugang zu öffentlichen Sälen zu erschweren, besteht darin, eine Sicherheitsleistung zu fordern.
Nach der Rechtsprechung verstößt das Fordern einer Sicherheitsleistung nicht gegen die Entfaltungs- und Betätigungsfreiheit der Partei und auch nicht — sofern die Sicherheitsleistung sich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit bewegt — gegen den Gleichheitsgrundsatz, selbst wenn andere Parteien von der Erbringung einer Sicherheit befreit sind. Begründung: bei den NPD-Veranstaltungen besteht eine tatsächliche Ungleichheit in Art und Ablauf der Parteiveranstaltungen. Außerdem verfügt die NPD über erheblich geringere Geldmittel als die anderen Parteien, so daß ein nachträglich geltend gemachter Schadensanspruch der Gemeinde gegen die NPD möglicherweise illusorisch gemacht würde.
Wenn zu befürchten ist, daß die angekündigte NPD-Veranstaltung massiv gestört wird, und ernsthaft Gefahr für Leib und Leben der Versammlungsteilnehmer besteht, kann die Überlassung von Räumen an die NPD aus polizeilichen Gesichtspunkten verweigert werden.

2. Verteilung von Flugschriften

Die Verteilung von Flugschriften bedarf grundsätzlich keiner Genehmigung der Verwaltungsbehörden. Der Schutz der Pressefreiheit kommt Flugschriften und Plakaten in gleichem Umfange zu wie allen sonstigen Druckerzeugnissen. Die modernen Pressegesetze der Bundesländer haben die Zulassungs- und Entziehungsfreiheit der Pressetätigkeit (darunter fällt auch die Verteilung von Flugschriften) ausdrücklich garantiert.
Soweit Flugblattverteilungen jedoch geeignet sind, auf öffentlichen Straßen und Plätzen den Verkehr zu behindern, greifen die Bestimmungen der Straßenverkehrs-

ordnung ein. (Paragraph 42 Absatz 3 StVO: »Gestattet ist das Ausrufen von Zeitungen, Zeitschriften und Extrablättern, wenn der Verkehr dadurch nicht behindert und belästigt wird.«) Eine bloße Möglichkeit einer Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung reicht für beschränkende Maßnahmen der Verwaltung jedoch nicht aus. Es muß vielmehr die hohe Wahrscheinlichkeit einer Störung ausreichend durch Tatsachen belegt sein.

Aus privatrechtlichen Verhältnissen oder aus dem Hausrecht des Grundstückseigentümers können sich Einschränkungen der Verteilertätigkeit ergeben. So beruht die Vertriebsbeschränkung, die von der Bundesbahn auf dem Bahnhofsgelände auferlegt werden kann, auf dem Eigentum der öffentlichen Hand am Bahnhofsgelände.

Bei allen Eingriffen in die Verteilertätigkeit ist zu beachten, daß gewerbepolizeiliche, verkehrs- und baupolizeiliche Vorschriften von der Verwaltung nicht dazu mißbraucht werden dürfen, auf den geistigen Inhalt der Flugschrift einzuwirken.

Wer Flugschriften herstellt und verteilt, bedarf dazu zwar keiner Genehmigung, muß jedoch darauf achten, daß das Blatt den Namen oder die Firma und die Anschrift des Druckers und des Verlegers (beim Selbstverlag des Verfassers oder des Herausgebers) enthält. Wer diese in allen Pressegesetzen der Länder fast gleichlautende Bestimmung verletzt, riskiert, daß die Verteilung durch die Verwaltung unterbunden wird.

Schließlich sollte noch darauf geachtet werden, daß in allen Bundesländern, mit Ausnahme von Hamburg, die Pflicht besteht, Druckwerke den Landesbibliotheken anzubieten und auf Verlangen abzuliefern. Diese Pflicht trifft den Verleger oder, wenn das Druckwerk keinen Verleger hat, den Drucker.

3. Bestimmungen des Versammlungsgesetzes

Jeder Diskussionsredner sollte die wesentlichen Bestimmungen des Versammlungsgesetzes vom 24. Juli 1953 kennen.

Nach Paragraph 7 des Gesetzes muß jede öffentliche Versammlung einen Leiter haben. Dies ist nach Absatz 2 der Veranstalter und, wenn die Versammlung von einer Vereinigung abgehalten wird, deren Vorsitzender. Seine

Stellung und Befugnisse gegen Versammlungsteilnehmer — die den Diskussionsredner besonders interessieren dürften — ergeben sich aus den Paragraphen 7 (Absatz 4, 8, 9) und 11, die Pflichten der Versammlungsteilnehmer aus Paragraph 10.
Nach Paragraph 7, Absatz 4, übt der Leiter das Hausrecht aus. Er bestimmt nach freiem Ermessen den Ablauf der Versammlung und kann sie jederzeit unterbrechen oder schließen, ohne den Teilnehmern Rechenschaft ablegen zu müssen. Er kann aber nicht nach Willkür und mit unsachlichen Erwägungen die Diskussion beschränken. Ein solches Verhalten wäre nicht nur politisch, sondern auch rechtlich zu beanstanden. Denn: Wird die Versammlung durchgeführt, so bestimmen sich Ablauf und Ordnung wesentlich nach ihrem Zweck, der auch die Rechte und Pflichten der Teilnehmer im Sinne des Paragraphen 10 umgrenzt. Zu einer politischen Versammlung zählt eine Diskussion, vor allem dann, wenn sie ausdrücklich zugelassen ist. Die den Parteien in Artikel 21 des Grundgesetzes zugestandene Aufgabe der politischen Willensbildung umfaßt gerade auch die politische Diskussion in der öffentlichen Versammlung. Das politische Leben ist ohne Diskussion nicht denkbar. Hieraus ergibt sich für den einzelnen ein subjektiv-öffentliches Recht auf Beteiligung an der Diskussion. In dieser Diskussionsfreiheit darf der einzelne nicht willkürlich beschränkt werden.

Um im Einzelfall die entsprechenden Stellen des Versammlungsgesetzes rasch zur Hand zu haben, werden im folgenden die einschlägigen Ausschnitte aus dem Gesetz im Wortlaut wiedergegeben:

§ 2 (2) Bei öffentlichen Versammlungen und Aufzügen hat jedermann Störungen zu unterlassen, die bezwecken, die ordnungsgemäße Durchführung zu verhindern.

§ 6 (1) Bestimmte Personen und Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen werden.
(2) Pressevertreter können nicht ausgeschlossen werden; sie haben sich dem Leiter gegenüber durch ihren Presseausweis ordnungsgemäß auszuweisen.

§ 7 (1) Jede öffentliche Versammlung muß einen Leiter haben.
(2) Leiter der Versammlung ist der Veranstalter. Wird die Versammlung von einer Vereinigung veranstaltet, so ist ihr Vorsitzender der Veranstalter.
(3) Der Veranstalter kann die Leitung einer anderen Person übertragen.
(4) Der Leiter übt das Hausrecht aus.

§ 8 Der Leiter bestimmt den Ablauf der Versammlung. Er hat während der Versammlung für Ordnung zu sorgen. Er kann die Versammlung jederzeit unterbrechen oder schließen. Er bestimmt, wann eine unterbrochene Versammlung fortgesetzt wird.

§ 9 (1) Der Leiter kann sich bei der Durchführung seiner Rechte aus § 8 der Hilfe einer angemessenen Zahl ehrenamtlicher, unbewaffneter Ordner bedienen. Diese müssen volljährig sein und sind ausschließlich durch weiße Armbinden, die nur die Bezeichnung »Ordner« tragen dürfen, kenntlich zu machen.
(2) Der Leiter ist verpflichtet, die Zahl der von ihm bestimmten Ordner der Polizei auf Anforderung mitzuteilen. Die Polizei kann die Zahl der Ordner angemessen beschränken.

§ 10 Alle Versammlungsteilnehmer sind verpflichtet, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Anweisungen des Leiters zu befolgen.

§ 11 (1) Der Leiter kann Teilnehmer, welche die Ordnung gröblich stören, von der Versammlung ausschließen.
(2) Wer aus einer Versammlung ausgeschlossen ist, hat sie sofort zu verlassen.

§ 21 Wer in der Absicht, nichtverbotene Versammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Antworten auf NPD-Thesen

Im folgenden werden zu einer Reihe von politischen Begriffen und Problemen Aussagen der NPD wiedergegeben, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Zuerst soll dabei das programmatische Selbstverständnis der NPD durchleuchtet werden, anschließend ihre Einstellung zum Dritten Reich und schließlich die Position der NPD gegenüber den Gewerkschaften und zu wirtschaftlichen Fragen.

Gleich zu Anfang soll hier auf drei besonders häufige Propagandamethoden der NPD hingewiesen werden.

1. Die NPD macht sich oft die Informationslücken ihrer Zuhörer zunutze. Den gewünschten Effekt erreicht sie durch die einseitige Auswahl von Tatsachen, die ihre Tendenzen bestätigen. All das, was ihren Ansichten zuwiderlaufen würde, verschweigt die NPD.

2. Ein anderer Kniff besteht in der Reproduktion nationalsozialistischen Gedankenguts unter dem Vorwand historischer Objektivität. Ein typisches Beispiel dafür: In dem »Politischen Lexikon« der NPD heißt es unter dem Stichwort »Gewerkschaften«: »1933 wurden die Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus im Kampf gegen das marxistische Klassendenken aufgelöst.« Die Tatsache, daß die Gewerkschaften zerschlagen wurden, wird dadurch im gewünschten Sinn ideologisiert, daß zwar das Propagandamotiv des Nationalsozialismus, der »Kampf gegen das marxistische Klassendenken«, mitgeliefert, auf eine Kritik an dieser Parole aber verzichtet wird. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Nicht anders als die NSDAP fordert nämlich auch die NPD in ihrem Programm die »Überwindung des Klassenkampfes« und der »überholten Standes- und Klassenvorstellungen«.

3. Schließlich ist auf ein weiteres Phänomen aufmerksam zu machen: Die NPD unterschiebt vielen gewohnten

Begriffen einen anderen Sinn. Wenn sie z. B. von »Europa« oder vom »Totalitarismus« spricht, meint sie etwas grundsätzlich anderes als das, was normalerweise mit diesen Begriffen gemeint ist. Auch für Begriffe wie »Demokratie«, »autoritär«, »konservativ« und »Idealismus« gilt dies. Die Sprache der NPD ist in hohem Maße uneigentlich. Sie meint oft etwas anderes, als sie vordergründig aussagt. Der eigentliche Sinn solcher Aussagen wird erst deutlich, wenn sie in den Gesamtzusammenhang der NPD-Politik gestellt und mit demokratischen Auffassungen verglichen werden.

PROGRAMMATISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS DER NPD

Staat

*»Der Staat ist höher als der Mensch und als die Menge der augenblicks lebenden Menschen, er hat Souveränität über sie, denn er vertritt das Ganze des Volkes . . .« (Ernst Anrich: »Mensch - Volk - Staat - Demokratie«, Parteitagsrede 1966)**

»Dazu muß der Staat eine Befehlsgewalt über die einzelnen Menschen und über die gesamte Menge der jeweils augenblicklich lebenden Menschen haben. Eine echte Befehls- und Einordnungsgewalt muß aus einer echten Befugnis dazu, d. h. aus einer Hoheit kommen. Der Staat, der in seinem Wesen ausschließlich die zum Handeln herausgetretene Ganzheitskraft von Volkstum und Volk ist, hat eine solche Befehlsgewalt.« (Ernst Anrich, Parteitagsrede 1966)

Nach demokratischer Auffassung stellt der Staat keine über der Gesellschaft und über dem Individuum stehende

*) Professor Anrich war Reichsschulungsleiter des NS-Studentenbundes, SS-Unterscharführer und Professor an der Reichsuniversität Straßburg. Das oben zitierte Referat hat er auf dem Parteitag 1966 der NPD gehalten. Seit 1967 ist Professor Anrich Leiter der Propaganda-Abteilung und Mitglied des Präsidiums der NPD. Er gilt als der Chefideologe der Nationaldemokraten. Seine Ausführungen über den Staat hat die NPD zu ihrer »geistigen Basis« erhoben (»Deutsche Nachrichten«, 25/1966, S. 1).

oberste Instanz dar, wie Anrich meint, sondern er ist ein Instrument, mit dem die Menschen ihre Ziele koordinieren und verwirklichen. Der demokratische Staat und die Regierung als die Spitze des Staatsapparates sind an den durch die Wahlen ermittelten Mehrheitswillen der Bevölkerung gebunden. Jeder einzelne Mensch ist »Staatsbürger« und als solcher Mitgestalter des demokratischen »Staates«. Die politische Entscheidung liegt beim Individuum. Allerdings muß das Individuum sich organisieren, wenn es seine Interessen vertreten will. Nach Auffassung der NPD aber ist der Staat nicht an den Mehrheitswillen der Bevölkerung gebunden. Weil der Staat »die zum Handeln herausgetretene Ganzheitskraft von Volkstum und Volk« verkörpert, d. h., weil er das *Ganze* des Volks darstelle, habe er »Befehlsgewalt« über die einzelnen Menschen. Damit wird der Staat zu einer allmächtigen, von der Gesellschaft und vom einzelnen Menschen unabhängigen absoluten Größe erhoben. Da der Staat den »Willen des Volkes«, das »Ganze«, das »Allgemeinwohl« vertritt, ist der Einzelmensch dem Staat untertan. Eine *Kontrolle* über den Staat hat der Einzelmensch nicht mehr. Er kann sich nicht dagegen wehren, daß der Staat ihm seine Rechte »im Namen des Volkes« beschneidet (siehe unter »totalitär«).

Was im Blick auf den »einzelnen Menschen« gilt (den »Staatsbürger« kennt die NPD nicht), gilt nach Auffassung der NPD auch für die Verbände, Parteien und das Parlament. Da der Staat eine über der Gesellschaft stehende und deshalb »überparteiliche« Herrschaftsinstanz darstellt, hat er das unbestrittene und unbestreitbare Recht, in die Gesellschaft einzugreifen und Interessenkonflikte auszuschalten (siehe unter »Gewerkschaften«). Die *logische Konsequenz* dieser grundsätzlich antidemokratischen und tendenziell totalitären Staatsauffassung besteht darin, daß der durch das »Volk« beauftragte Staat gegen den »einzelnen Menschen«, gegen die Parteien, gegen die Verbände, gegen das Parlament und damit schließlich auch gegen das »Volk« regiert.

Nun soll nicht geleugnet werden, daß es auch im demokratischen Staat ein übergeordnetes Interesse der Allgemeinheit gibt. Doch wird das »Gemeinwohl« nicht wie

im autoritären Staat einfach vorausgesetzt und verkündet, sondern in der politischen Auseinandersetzung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Parteien und Verbände) ermittelt. Den dadurch entstehenden *Kompromiß* setzt der Staat in die Tat um. Insofern ist der Staat die Exekutive der Gesellschaft und nicht, wie die NPD es gerne möchte, die Gesellschaft die Exekutive des Staates. Ein Staat, wie die NPD ihn sich vorstellt, ist weder an einem solchen Kompromiß noch an der Respektierung der Freiheit und der Rechte des Individuums interessiert.

Bundespräsident

»Der Bundespräsident ist vom Volk selbst zu wählen. Seine Rechte sind zu stärken. Er verkörpert Volk und Staat.« (Programm der NPD)

»Wir verlangen, daß über Leben und Tod deutscher Soldaten ein deutscher Oberbefehlshaber, nach Lage der Dinge kann dies nur der Bundespräsident sein, die Entscheidung hat.« (Adolf v. Thadden auf einer Rednertagung 1966 in Gießen)

Um den »Anarchismus« des freien Austrags der vielen gegensätzlichen Meinungen und Interessen (Pluralismus) zu beenden, fordert die NPD eine Stärkung der Staatsmacht durch eine Stärkung des Bundespräsidenten. Der Bundespräsident soll durch das »Volk« gewählt werden, um sich besonders dann, »wenn unklare Mehrheitsverhältnisse oder sonstige bestimmte Situationen dem Parlament ein Handeln nicht ermöglichen« (Anrich), über den Willen der »Volks«-vertreter hinwegsetzen zu können. Es ergänzt dieses Bild, wenn Anrich eine »starke Straffung der Arbeitsweise des Bundestages« auf »einige Wochen im Jahr« verlangt. In offenem Gegensatz zum Artikel 65 a des Grundgesetzes fordert die NPD außerdem, daß die Bundeswehr nicht wie bisher dem Oberbefehl des Bundeskanzlers, sondern des Bundespräsidenten unterstellt werde. Diese scheinbar harmlose Forderung hätte zur Folge, daß die Bundeswehr der Kontrolle durch das Parlament entzogen würde.

Man sieht: Beide Forderungen der NPD streben einen vom Parlament unabhängigen und starken Bundespräsidenten an. Die Konsequenz wären Weimarer Verhältnisse mit einer Schwächung des Parlaments durch einen starken Präsidenten.

Volksentscheid

»Bei entscheidenden Lebensfragen ist das Volk zu hören. Volksbegehren und Volksentscheid sind daher einzuführen. Sie sind Ausdruck wirklicher Volkssouveränität.« (Programm der NPD)

Die Volksherrschaft »ist als solche in der Geschichte der Demokratie allerdings nie realisiert worden, da den Volksmassen die zum Regieren erforderlichen Kenntnisse, der Überblick über das politische Geschehen und auch die nötige Besonnenheit naturgemäß fehlen.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Demokratie«)

Die NPD widerspricht sich selbst: Einerseits ist sie frei vom Glauben an die Urteilsfähigkeit der »Volksmassen« und unterstellt, daß die Demokratie nicht verwirklicht werden könne, andererseits gebärdet sie sich radikaldemokratisch und fordert die Einführung des Plebiszits, weil es »Ausdruck wirklicher Volkssouveränität« sei. Dieser Widerspruch löst sich allerdings auf, sobald man ihn von einem anderen Standpunkt her betrachtet: wenn man nämlich davon ausgeht, daß es der NPD nicht auf eine Stärkung der »Volkssouveränität«, sondern auf eine Entmündigung des Staatsbürgers ankommt (siehe unter »Staat«).
Plebiszite sind, so meinte Theodor Heuss, erfahrungsgemäß häufig »Prämien für Demagogen«. Denn während bei einer demokratischen Wahl mehrere Möglichkeiten zur Abstimmung gestellt werden, beschränkt sich das Plebiszit auf eine einzige mit »Ja« oder »Nein« zu beantwortende Frage (z. B.: »Sind Sie für die Wiedervereinigung?«). Der dem Staat damit erteilte »Auftrag« kommt einer Blankovollmacht gleich. Die Herrschenden können die sicherlich mit »überwältigender« Mehrheit erfolgte Volksakklamation in ihrem Sinn auslegen (»Das

Volk will die Wiedervereinigung, also müssen wir sie uns erzwingen!«) und das Parlament »im Namen des Volkes« nach Hause schicken, wenn die Volksvertreter sich nicht dem Willen der Herrschenden fügen.

Demokratie

In der parlamentarischen Demokratie »gibt es ein Mitspracherecht des Volkes nur noch in Form der Parteienwahl im Abstand von mehreren Jahren, meist ohne Kenntnis der von den Parteien aufgestellten Kandidaten sowie ohne wirksamen Einfluß auf das politische Verhalten der Abgeordneten in Ausschußsitzungen und im Plenum der Parlamente«. (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Demokratie«)

»Ursprünglich bedeutet Demokratie (aus dem Griechischen) Volksherrschaft, d. h. Selbstregierung und Selbstbestimmung des Volkes, die als Voraussetzung von Gleichheit, Freiheit und Würde verstanden wird. Sie ist als solche in der Geschichte der Demokratie allerdings nie realisiert worden, da den Volksmassen die zum Regieren erforderlichen Kenntnisse, der Überblick über das politische Geschehen und auch die nötige Besonnenheit naturgemäß fehlen.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Demokratie«)

Das Mehrheitsprinzip »geht von der Voraussetzung aus, daß die Mehrheit der Stimmberechtigten recht hat bzw. die richtige Entscheidung trifft und daß den Entscheidungen der Mehrheit daher in jedem Falle stattzugeben ist. Diese Voraussetzung ihrerseits beruht wieder auf der Annahme, daß die Menschen gleich sind, nicht nur vor dem Gesetz und vor Gott, sondern auch gleich in ihrer Einsicht und Urteilsfähigkeit. Denn nur dann kann das Urteil der Mehrheit dem Richtigen und Wahren näherkommen als das Urteil einer Minderheit«. (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Mehrheitsprinzip«)

Auf die Gretchenfrage: »Wie hältst Du es mit der Demokratie?«, pflegt die NPD zu antworten, sie sei selbstverständlich demokratisch gesinnt und stehe voll und

ganz auf dem Boden des Grundgesetzes. Doch man sehe sich ihre Definition von »Demokratie« an. Zunächst gebärdet sich die NPD radikaldemokratisch: das Volk besitze gegenwärtig kein echtes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht, da kein direkter Einfluß des Wählers auf die Abgeordneten gegeben sei. Die NPD appelliert damit geschickt an ein weitverbreitetes Ohnmachtsgefühl der Wähler. Möchte sie also den Einfluß des Volkes stärken? Liebäugelt die NPD mit dem Rätesystem?
Die beiden anderen Zitate zeigen jedoch, daß die NPD den von ihr kritisierten Mißstand nicht darin sieht, daß der Bürger zuwenig mitzusprechen habe, sondern darin, daß er zuviel mitbestimmt. Denn die Ungleichheit der menschlichen Urteilsfähigkeit und der mangelnde politische Überblick der »Volksmassen« (!) schließen ja die Beteiligung aller an den politischen Entscheidungen aus.

Die Beteiligung aller Menschen an den politischen Entscheidungen, die Selbstregierung des Volkes, mache die Idee der Demokratie aus. Definiert man die Demokratie in dieser Weise, dann wäre es allerdings ausgeschlossen, sie zu verwirklichen.
Im Gegensatz zu dieser Auffassung stellt die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik keine direkte, sondern nur eine indirekte »Volksherrschaft« dar. Die eigentlichen Entscheidungen werden ja nicht vom »Volk«, sondern von den Volksvertretern getroffen, von denen man sich die dazu notwendige Befähigung erhofft. Die einzige direkte politische Entscheidung des Wählers besteht in der Wahl dieser Repräsentanten.
Die Demokratie beruht auch nicht, wie die NPD meint, auf der Idee, daß alle Menschen in ihrer Einsicht und Urteilsfähigkeit tatsächlich gleich sind, sondern darauf, daß man ihnen die gleichen Chancen einräumt. Demokratie ist nicht dann gegeben, wenn alle Bürger das gleiche Einkommen haben, sondern dann, wenn ihnen die gleichen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs eingeräumt werden. Daß wir noch weit davon entfernt sind, alle Hindernisse für eine echte Chancengleichheit beseitigt zu haben, darin sieht man, daß die Demokratie noch in den Anfängen steckt.
Im übrigen beruht die Demokratie neben der Idee der Gleichheit auf der Idee der Freiheit. Davon aber ist bei

der NPD nicht die Rede. Das scheint kein Zufall zu sein. Denn wenn man der NPD schon nicht nachweisen kann, daß sie eine besondere Vorliebe für die Diktatur hat, so kann man ihr doch zumindest nachweisen, daß sie den Obrigkeitsstaat in Ehren hält:

»Bismarck allerdings wäre die Frage nach diesen Prozenten ebenso gleichgültig gewesen wie die nach den anderen, nämlich den 90 Prozent, die ihn nach seinen Erfolgen bei Königgrätz unterstützten. Er handelte nur nach dem, was er für notwendig erkannte, und er hatte Erfolg, weil er nach der geschichtlichen Notwendigkeit handelte. Wir sollten ihm folgen.« (Deutsche Nachrichten, 1/1965, S. 3)

Im Bismarckstaat war zwar die Rechtsgleichheit gegeben, die Beteiligung der Bürger an der Politik aber war so gut wie nicht vorhanden. Das Parlament bildete einen schönen, aber machtlosen Schnörkel am Staatsbau der Monarchie. Eine Unterordnung von 90 Prozent der Bevölkerung unter einen Mann, der die »geschichtliche Notwendigkeit« vollzieht, kann sehr leicht zur Diktatur führen. Sicherungen gegen eine solche Entwicklung gibt es im Obrigkeitsstaat nicht.
Damit dürfte deutlich geworden sein, daß das, was als berechtigte Kritik an den Mängeln der Demokratie auftritt, nur zum Vorwand für antiegalitäre und autoritäre Vorstellungen dient.

Innerparteiliche Demokratie

»Indem ich mit ihnen (den Mitgliedern — der Verf.) rede, indem ich notfalls sage: So und so geht das nicht. Und wer dann renitent bleibt, fliegt 'raus.« (Adolf v. Thadden auf eine Frage des »Spiegels«, wie er die Partei führe. Der Spiegel 13/1967)

»Das Bild der NPD wird völlig von ihrem 'Führer' Adolf v. Thadden geprägt. Eine innerparteiliche Demokratie gibt es nicht. Der undemokratische Aufbau der Partei wird schon dadurch gekennzeichnet, daß es — fast nur mit der Ausnahme Bayerns — nur von oben eingesetzte, nicht gewählte Bezirksbeauftragte gibt, die

das volle Vertrauen der Führungsspitze der NPD genießen müssen. Sie können jederzeit wieder abberufen werden.« (Franz Florian Winter, ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender und bayerischer Landesvorsitzender der NPD, in seinem Buch: Ich glaubte an die NPD, Mainz 1968, S. 104)

»Es ist in der NPD üblich, daß jeder Kandidat für ein höheres Mandat eine Erklärung abgeben muß, in der er sich verpflichtet, der Partei nicht den Rücken zu kehren. Gleichzeitig muß er einen Wechsel unterschreiben, der im Falle seines Ausscheidens aus der Partei fällig wird, den 'Sicherungswechsel'. Dabei ist man so 'human', die Höhe des Wechsels nach der wirtschaftlichen Situation der Kandidaten zu staffeln. Da der Schnitt jedoch bei 30 000 DM liegt, kann man sich vorstellen, daß das Fälligwerden des Wechsels wohl für jeden Betroffenen den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde. Als ich v. Thadden gegenüber Bedenken äußerte, daß ein solches Verfahren 'doch sittenwidrig' sei, antwortete er zynisch, 'das wissen wir', es sei aber doch das wirksamste Mittel, die 'Leute bei der Stange zu halten'.« (F. F. Winter: Ich glaubte an die NPD, S. 55 f.)

»Ich glaube, daß hier mit Mitteln und Methoden, die man nur als undemokratisch und dirigistisch bezeichnen kann, gegen unbequeme Mitglieder gekämpft wird, die sich erlauben, offen und frei ihre Meinung zu sagen.« (Leserbrief Karl Buches, NPD-Ortsvorsitzender, an die Sindelfinger Zeitung vom 30. 1. 1969 über die Suspendierung des NPD-Kreisvorsitzenden Brazel in Böblingen.)

Als Beweis für ihre demokratische Gesinnung führt die NPD häufig den Paragraphen 2 ihres Organisationsstatuts an. Die NPD »bekennt« sich darin »zur abendländischen, christlichen Kultur und steht auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung«. Sie verschweigt allerdings, daß der Paragraph 31 des Statuts dem Vorstand Machtbefugnisse einräumt, wie sie keine demokratische Partei kennt. In den Fällen des »Notstandes« und der »Dringlichkeit« ist »das Parteipräsidium oder der zuständige Landesvorstand befugt«, nicht nur mißliebige Mitglieder aus der Partei auszuschließen, sondern auch

»mit einstweiliger Wirkung Vorstände nachgeordneter Instanzen zu suspendieren«. Dasselbe Recht behält sich das Präsidium für »einzelne Untergliederungen der Partei« vor. Aufgrund dieses Notstandsparagraphen schlossen sich im Frühjahr 1967 Thielen und v. Thadden gegenseitig aus der Partei aus.
Ein aufschlußreiches Beispiel für die Handhabung der innerparteilichen Demokratie in der NPD liefert der Leserbrief von Karl Buches, aus dem oben zitiert wurde. Karl Buches schildert in seinem Leserbrief, welche Mittel man anwandte, um die Suspendierung eines Kreisvorsitzenden der NPD durchzudrücken. Entgegen der eindeutigen Satzungsbestimmung, wonach lediglich der Kreisvorsitzende berechtigt gewesen wäre, die Versammlung einzuberufen, wurde von jemand anderem »in Vertretung des Kreisvorsitzenden« zu der Versammlung eingeladen. Von einer Landesvorstandssitzung wurde der Kreisvorsitzende, ohne gehört zu werden, von seinem Amt kurzerhand suspendiert. Aufgrund dieses Beschlusses wurde dann dem Kreisvorsitzenden auch der Zutritt zur Kreismitgliederversammlung verweigert. Ein anderer Kreisvorsitzender, der sich während der Versammlung gegen diese undemokratische Methode wandte, wurde einfach aus dem Saal verwiesen. — Dies ist nur eines der vielen Beispiele dafür, wie sich die NPD, ohne Rücksicht auf demokratische Spielregeln, der ihr nicht passenden Mitglieder entledigt.

Antipluralismus

»Ein System, in dem das Volksbewußtsein zerstört und der Begriff der Nation entwertet ist, hat die psychologische Grundlage verloren, für eine Nation zu sprechen oder gar zu handeln.« (»Musterrede« D)

»Deshalb ist die NPD etwas ganz anderes als die in Bonn etablierten Parteien. Wir sind das Sammelbecken für die Wiedergeburt der deutschen Nation. ... Wir haben einen geschichtlichen Auftrag zu erfüllen, dessen Maßstäbe weit über jedes Parteigezänk hinausgehen.« (Adolf v. Thadden, Parteitagsrede 1967)

»Wir stehen nicht hier, um einer Partei, sondern um unserem Vaterland und unserem Volk zu dienen und sehen in unserer Partei, der NPD, die einzige Organisation in der Bundesrepublik, die unbestechlich das Interesse der deutschen Nation vertritt.« (Deutsche Nachrichten 43/1965, S. 9)

Die NPD versteht sich nicht als eine Partei unter anderen im freien Wettkampf um die Macht im Staat, sondern als die einzige Partei, die dazu befugt wäre, die Macht auszuüben. Sie rechtfertigt ihren Ausschließlichkeitsanspruch mit Begriffen wie »Volk«, »Nation« und »Vaterland« — Begriffe also, die von der Vorstellung eines »Ganzen« ausgehen. Da das »Ganze« des Volkes nach Ansicht der NPD höher steht als die einzelnen Bürger, Parteien und Verbände, ist eine Partei, die wie die NPD das »Ganze« zu vertreten beansprucht, »überparteilich«. Sie steht über dem »Parteiengezänk« und über der »Interessenpolitik«. Das Bild, das die NPD von den anderen Parteien entwirft, fällt entsprechend negativ aus: Die »alten« Parteien würden sich in der Interessenpolitik verlieren, »wogegen die NPD die Partei der Zukunft, eine Volkspartei aller Schaffenden sein wird« (Deutsche Nachrichten 32/1968, S. 9).
Welche Partei wäre nicht gerne »Volkspartei« und würde nicht gerne 90 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen? Daß den Parteien dies trotz ihrer Bemühungen nicht gelingt, beweist die Unmöglichkeit einer Übereinstimmung *aller* Bürger in politischen Fragen. Nur ein im Namen der Gesamtheit des Volkes auferlegter Zwang, d. h. eine Diktatur, wäre in der Lage, die völlige Einheit des Volkes herzustellen. Das pluralistische Gesellschaftsverständnis hingegen beruht auf dem Gedanken, daß alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen berechtigt sind, ihre Interessen zu vertreten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß alle Gruppen in der Anerkennung der im Grundgesetz verankerten Grundwerte übereinstimmen.
Die Staatsauffassung der NPD entspricht aufs genaueste ihrem Selbstverständnis als Partei. So wie die NPD eine angeblich »überparteiliche« Partei ist, so sollte der Staat dem übergeordneten »Wohl des Ganzen« dienen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß er unab-

hängig von der Gesellschaft sein und das Recht haben, die Parteien, Verbände und den Staatsbürger zu »führen« (siehe »Staat«). Auch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sollen zu überparteilichen Berufsvertretungen werden (siehe »Gewerkschaften«). Letzten Endes liegt der Ausschließlichkeitsanspruch der NPD auch ihrem weltanschaulichen Dogmatismus zugrunde (siehe »Kulturelle Überfremdung«). In allen diesen Fällen geht die NPD von der Vorstellung eines »Ganzen«, dem »Volk« aus. Der Staat verkörpert den Willen der Ganzheit des Volkes — nicht den Willen der Mehrheit der Bevölkerung! —, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind für das Ganze der Volkswirtschaft verantwortlich, und die Ideologie der NPD soll für alle Wertvorstellungen maßgebend sein.

Diese Vorstellung der NPD verstößt gegen die Grundlagen demokratischen Denkens. Ihr Ausschließlichkeitsanspruch ist *intolerant*. Der Hetze gegen mißliebige Minderheiten sind damit Tür und Tor geöffnet. Aus dem Ausschließlichkeitsanspruch folgt weiterhin, daß ein Staat, wie die NPD sich ihn vorstellt, die Rechte des Individuums und aller gesellschaftlichen Gruppen in unzulässiger Weise beschneiden würde. Die Würde des einzelnen wäre bald ein Opfer der »Hoheit« des Volksganzen. Diese Auffassung ist potentiell totalitär.

»Kulturelle Überfremdung«

»Die NPD ist der organisierte Protest gegen den Ungeist des Materialismus und seiner kulturfeindlichen Folgen. Voraussetzung für seine Überwindung ist der Idealismus: ohne Vorbilder und Leitbilder gibt es keine höhere menschliche Gesittung.« (Programm der NPD)

»Geradezu erschreckend ist aber die Überfremdung unseres Lebens durch amerikanische Wörter, Begriffe und Vorstellungen. Das fängt ganz unten an, wo man nicht zu einer Gesellschaft einlädt, sondern zu einer Party. Die Sprache, die dort geredet wird, stammt aus den amerikanischen Gangsterkreisen, die Musik aus dem Urwald, und die Tänze gleichen den Zuckungen von Epileptikern.« (»Musterrede« 6)

»Besonders nachdrücklich sind Kunst und Kultur des heimatlichen Raumes wie vor allem auch des deutschen Ostens zu pflegen. Kulturell tätige Vereine und Gesellschaften, vor allem Gesang- und Theatervereine, verdienen besondere Förderung durch die öffentliche Hand, denn es ist ein bedenkliches Zeichen des Kulturverfalls, daß unser Volk das Singen verlernt hat.« (Deutsche Nachrichten 42/1965, S. 7)

Die Kulturdiagnose der NPD lautet: Wie in der Politik, so leben wir auch in geistiger Hinsicht in einem Zustand der Fremdbestimmung, in großer Entfernung von den »eigentlichen« Aufgaben und Zielen. Was in der Politik die verabscheuten Interessenkonflikte (siehe »Gewerkschaften«), das sind auf geistigem Gebiet der Egoismus einer ausschließlich an Konsum und Wirtschaftszwecken orientierten »Massengesellschaft«, die Unsittlichkeit der Sex- und Kriminalliteratur, die Verweichlichung im Genuß- und Wohlstandsleben, kurz, der »Ungeist des Materialismus«, gegen den die NPD zum Protest aufruft. Was fehlt, ist mit anderen Worten »eine ethische und moralische Idee, es fehlt eine Ideologie, eine echte Religiosität. Es fehlt die Ehre und Achtung vor dem Weib, der Mutter, der liebenden Gattin« (Deutsche Nachrichten 1/1967, S. 8). In dieses Ideologievakuum bringt die NPD Begriffe ein wie »Idealismus«, »Opferbereitschaft«, »Begeisterung«, »Hingabe« usw. Sie sollen den Verlust an »Volksbewußtsein« überwinden helfen, indem sie dem Menschen »innere Sicherheit« verleihen. »Seelische und geistige Sicherheit« nämlich ist »die Grundlage auch der äußeren Sicherheit der Völker« (Programm der NPD).
Die Entsprechung zwischen dem politischen Heilmittel »Volk« und der geistigen Ermannung durch den »Idealismus« ist enger, als es zunächst den Anschein hat. Denn »Volk« und »Nation« bedeuten im Politischen die Absolutsetzung des Kollektivs. Der »Idealismus« und die »Opferbereitschaft« führen aber allzuleicht zu einer fraglosen »Hingabe« an eben die Idee des »Volkes« und der »Nation«.
Doch, so wird man einwenden, auch eine Demokratie kommt ohne den »Idealismus« ihrer Staatsbürger nicht aus. Aber der Idealismus ist nicht gut an sich, ebenso-

wenig, wie der Fleiß an sich gut zu nennen ist. Fleißige KZ-Aufseher dürften keine Seltenheit gewesen sein. Der Idealismus kann also erst positiv gewertet werden, wenn sein Ziel und seine Funktion bekannt sind.
Und was die von der NPD propagierten Tugenden wie Disziplin, Gehorsam und Opferbereitschaft betrifft: Dies sind Werte, die das Verhalten des Untertanen im patriarchalisch-autoritären Staat bestimmen.

Moderne Kunst und Literatur

»'Kulturbolschewisten' sind für mich nicht Kräfte, die die sowjetische Kunstauffassung im Westen propagieren, sondern solche, die durch Zersetzung überlieferter kultureller Werte und Formen die seelische Widerstandskraft gegen die bolschewistische Expansion schwächen.« (Adolf v. Thadden, Deutsche Nachrichten 9/1968, S. 7)

»Modernes Schrifttum hin, die Gruppe 47 her: leistet sie einen Beitrag zum Heilen der gequälten Welt? . . . Dabei gibt es eine ganze Reihe zeitgenössischer Dichter deutscher Zunge, die unserer Jugend auch heute noch eine wahre Lebenshilfe sein könnten. . . . Carossa, Grimm, Kolbenheyer, v. Unruh . . .: sie alle haben auch der heutigen Jugend, die wie alle echte Jugend noch immer das Große und Gute will, nach dem Absoluten greift, nach dem Edlen strebt und nach der 'Wahrheit' hungert, etwas zu sagen und zu geben. . . . Was kann oder muß aus diesen Generationen von Hochschülern werden, die mit einer solchen 'Kahlschlagliteratur' gefüttert werden und denen selten, auch nicht in der Dichtung, eine 'heile Welt' begegnet ist?« (Deutsche Nachrichten 10/1965, S. 5)

»Bei der Vergabe von Kunstpreisen oder beim Ankauf von Kunstwerken durch die öffentliche Hand ist jungen sowie landschafts- und heimatgebundenen Künstlern der Vorrang vor künstlerischen 'Stars' zu geben, die aus Gründen der Mode in aller Munde sind. . . . Besonders nachdrücklich sind Kunst und Kultur des heimatlichen Raumes wie vor allem auch des deutschen Ostens zu pflegen.« (Deutsche Nachrichten 42/1965, S. 7)

»Wenn die Deutschen einmal 'Klar Schiff' machen werden, wird ein Heinrich Böll sicher nicht an Deck bleiben.« (Deutsche Nachrichten 4/1965, S. 6)

»Wir meinen es nur symbolisch, wenn wir hoffen, daß die Tempel unserer Kunst einmal mit einem eisernen Besen gründlich ausgekehrt werden!« (Deutsche Nachrichten 17/1965, S. 5)

In Fragen der Kunst und Literatur kennt die NPD keinen Pardon: Alle moderne Kunst und Literatur, die nicht das »Gesunde«, »Große« und »Schöne« verherrlicht, ist in ihren Augen nur ein verzerrendes und zersetzendes Abbild der Wirklichkeit. Ihre Polemik gegen jede Kunst und Literatur, die nicht »landschafts- und heimatgebunden« ist, gerät ins Maßlose und Dogmatische. »Kulturbolschewisten«, »Nihilisten« und »Anarchisten« werden diejenigen geschimpft, die nicht dazu bereit sind, ihren Beitrag zur Stärkung der »seelischen Widerstandskraft (des deutschen Volkes — d. Verf.) gegen die bolschewistische Expansion« zu leisten. Das aber sind dieselben Schlagworte, mit denen die Nationalsozialisten die »entarteten« Künstler, Schriftsteller und Dichter verfolgt und ihre Werke verbrannt haben.
Die Gefährlichkeit der NPD besteht primär nicht darin, daß sie eine antimoderne Kunstauffassung vertritt, sondern vor allem darin, daß sie offenbar keinerlei Bedenken hat, diese ihre totalitären Vorstellungen kompromißlos in die Praxis umzusetzen. Für die Vergabe von Kunst- und Literaturpreisen hat sie bereits bestimmte Richtlinien aufgestellt: Es sei »darauf zu verzichten, öffentliche Mittel, also Steuergelder zu benützen, um kurzlebige Experimente und Kunstrichtungen zu fördern« (Deutsche Nachrichten 42/1965, S. 7). Was »kurzlebige Experimente und Kunstrichtungen« sind, darüber befindet die NPD. Unverhüllte Drohungen richtet die NPD an die Adresse von Schriftstellern wie Böll oder Grass. Man wird es ihr deshalb nicht abnehmen können, wenn sie sagt, sie meine es nur »symbolisch«, wenn sie hoffe, daß die Tempel der deutschen Kunst einmal mit einem eisernen Besen gründlich ausgekehrt werden.

»Die Redner werden gebeten, einfließen zu lassen, daß die NPD keine rechtsextremistische Partei ist, sondern auf konservativer Grundlage steht; das versteht man in unserem konservativen Lande gut.« (»Scheinwerfer« 49)*

»Konservativismus — allgemein gefaßt — ist das Bekenntnis zu überindividuellen Bindungen. Gegenwärtig bezeichnet man mit K. die in allen weißen Kulturvölkern lebendige, sich immer mehr konsolidierende revolutionäre Gegenbewegung gegen das Massenzeitalter, die konstruktive Abwehr gegen die chaotischen Tendenzen, die der Sieg des Bolschewismus und des mit ihm verbündeten amerikanischen linksliberalen und missionarisch gestimmten Rooseveltkreises (seit 1933 in Amerika maßgebend) in der Welt verbreitet.« (Politisches Lexikon der NPD)

Man sieht: Mit »Bewahren« und »Erhalten« des Bestehenden hat dieser »Konservativismus« wenig gemeinsam. Er gibt sich entschieden »revolutionär«, will den erreichten Zustand, das »Massenzeitalter«, verändern. Denn die »Massengesellschaft« mit ihren egalitären und deshalb wertezersetzenden Zügen muß derjenige ablehnen, der das Gleichheitsprinzip verneint (siehe »Demokratie«). So tritt die NPD für die Bildung einer neuen »Elite« ein, »die die gemeinschaftsbildende Kraft einer Persönlichkeit gewonnen« hat. Im Politischen Lexikon der NPD heißt es auf die Frage, welchen Werten die NPD-Elite verpflichtet sei: Die »wesentliche Leistung« des Menschen »ist nicht die Bereitstellung immer perfekterer Mittel, sondern die Gestaltung der Sinngehalte in der Form von Werten, die Dauer und Bestand haben: Kultur!«

Mit anderen Worten: Nach Auffassung der NPD soll die Elite keine Leistungs-, sondern eine Gesinnungselite sein. Die entsprechende Frage aber, *welche* Werte die neue Elite verkörpern soll, bleibt von der NPD, wohl nicht ohne Grund, unbeantwortet. Zwar spricht die NPD

* Die »Scheinwerfer« enthalten Anweisungen Gutmanns für die NPD-Redner im baden-württembergischen Wahlkampf 1968.

davon, daß »der Mensch erst einmal nicht für sich, sondern für andere da« ist, und verweist auf das »heimatfeste Menschentum«, das »die Heimat aufgebaut und mit Werten erfüllt hat«. Welche »Werte« in der Heimat geschaffen wurden, wird aber nicht gesagt.

Da die NPD eine Revolutionierung des von ihr verachteten egalitären »Massenzeitalters« und der demokratischen »Massengesellschaft« anstrebt, kann sie nicht den Anspruch erheben, konservativ zu sein. Wenn die NPD aber nicht konservativ ist, was ist sie dann? Diese Frage läßt sich beantworten, wenn man die beiden folgenden Punkte untersucht: 1. Wie sieht der zukünftige Staat der NPD aus? 2. Welches Interesse hat die NPD daran, sich ein konservatives Image zuzulegen?

Die erste Frage wurde schon weitgehend beantwortet (siehe unter »Staat« und unter »Bundespräsident«). Die Staatsauffassung der NPD ließe sich auf den Nenner einer *präsidialen Volksdemokratie mit totalitären Zügen* bringen. »Totalitär« ist dieser Staat deshalb, weil er als die »zum Handeln herausgetretene Ganzheitskraft von Volkstum und Volk« (Anrich) im Namen des Volksganzen — nicht der Willensmehrheit der Staatsbürger! — »Befehlsgewalt« über die Gesellschaft und ihre Organe (Parteien, Verbände, Gruppen) hat. Dieser eindeutig antidemokratischen Auffassung entspricht nur zu gut, daß die NPD die »Idee« des Nationalsozialismus hochhält (siehe »Nationalsozialismus«).

Die zweite Frage kann mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer taktischen Anpassung an die konservativ und christlich eingestellten Wähler, vor allem in kleineren Städten und auf dem Lande, beantwortet werden. Wie die Wahlerfolge der NPD zeigen, ist ihr diese Taktik bisher gut bekommen.

Autoritär

»Das Wort 'autoritär' leitet sich von 'Autorität' her, das in der politischen Diskussion des 19. Jahrhunderts ein häufig gebrauchtes Schlagwort war. ... In der gefestigten Autorität sah man eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenhalt des Staatswesens, bei Autoritätsschwund glaubte man das Staatswesen bedroht. So kam

es, daß in der Krise des Parlamentarismus um 1930 ein Ausweg in der Stärkung der staatlichen Autorität gegenüber den miteinander rivalisierenden Parteien und Bewegungen gesucht wurde. In den 'autoritären Staaten' ... wurde die Autorität der Regierung gestärkt, indem die Kontrolle des Parlaments über sie beseitigt wurde.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Autoritär«)

Der Trick dieser Bestimmung von »autoritär« besteht darin, »Autorität« und »autoritär« miteinander zu verwechseln. Der eigentliche Unterschied zwischen »autoritär« und »Autorität« wird verschwiegen. »Autoritär« wird jemand genannt, der sich ungerechtfertigt »Autorität« *anmaßt.* Gegen wissenschaftliche »Autorität« wird man nichts einwenden, wohl aber gegen einen »autoritären« Wissenschaftler. Der Effekt dieser Verwechslung besteht darin, dem Leser zu suggerieren, »autoritär« und »Autorität«, »staatliche Autorität« und »autoritäre Staaten« seien ein und dasselbe. Selbst wenn man nicht so weit gehen will, der NPD bewußte Verschleierungen zu unterstellen, bleibt der Schluß, daß für die NPD zwischen »staatlicher Autorität« und »autoritärem Staat« kein Unterschied besteht (siehe unter »Staat« und unter »Innerparteiliche Demokratie«).

Totalitär

»Als totalitär wird das Eingreifen politischer Instanzen in sämtliche Lebensbereiche bezeichnet. Der totalitäre Staat erkennt keinen staatsfreien Bereich an, sondern glaubt sich berechtigt, auch den religiösen Glauben, die Wissenschaft, die Kunst, die Familie und die Wortschaft zu kontrollieren. (...)
Wenn derlei in der antitotalitären Literatur behandelte Beobachtungen auch durchaus zutreffend sind, so läßt sich ihre Einseitigkeit nicht übersehen. Dem totalitären Staat sind nämlich gewisse Grenzen gesetzt, da er sich offen zu erkennen gibt und es so ermöglicht, sich ihm durch äußere Anpassung zu entziehen.
Demgegenüber haben die genannten liberalen Kreise (gemeint ist hier Roosevelt — d. Verf.) einen versteckten Totalitarismus entwickelt, dem es erstmals gelungen

ist, auch in die intimen Bereiche der Familie, Sexualität usw. vorzudringen. Dieser liberale Totalitarismus billigt dem Individuum zwar Freiheiten zu, beraubt es aber zugleich jeder Möglichkeit, von ihnen Gebrauch zu machen.« (Politisches Lexikon der NPD: »Totalitarismus«)

Ein Musterbeispiel für Begriffsverdrehung! Die NPD polemisiert gegen die »Einseitigkeit« der demokratisch eingestellten Faschismus-Forscher und möchte den »Totalitarismus« lieber auf den »liberalen« als auf den »totalitären« Staat angewendet sehen! Im »totalitären Staat« besitze das Individuum immer noch eine gewisse innere Freiheit (»äußere Anpassung«), während es im »liberalen« Staat total manipuliert werde. Offensichtlich zieht die NPD den faschistisch-totalitären dem liberalen Staat vor.

Nation

»'Nation' ist uns Ausdruck, Kraft und Bild einer Persönlichkeit gewordenen Volkseinheit. Wir müssen wieder seelisch ein Volk werden. Es genügt nicht eine 'Gesellschaft' zu sein, die nebeneinander und durcheinander vegetiert. Deutschland, Gesamtdeutschland ist eine von Gott gegebene ewige Pflicht und Aufgabe aller Deutschen. Ohne Deutschland und die Deutschen verliert die europäische Geschichte ihren Sinn! Wir kennen nur einen Adel: ein wahrer Mensch und ein wahrer Deutscher zu sein. Gerade heute und jetzt erst recht.« (»Scheinwerfer« 57)

Es gibt zwei Definitionen von »Nation«. Im einen Sinn ist die Nation gegeben, wenn alle Menschen gleicher Abstammung (»Rasse«) und gleicher Sprache ein »Volk« bilden (völkischer Nationalismus); die Grundlage der Nation im anderen Sinn besteht in der Zugehörigkeit und im Bekenntnis zur gemeinsamen Staatsform (Staatsnationalismus). Von diesen beiden Spielarten des Nationalgedankens hat sich der völkische Nationalismus, den auch die NPD vertritt, als der gefährlichere erwiesen, weil er dazu neigt, die Staatsgrenzen zu überschreiten. Es ist zu erwarten, daß die NPD sich nicht mit einer

Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands zufriedengeben, sondern im Namen der deutschen Minderheiten auch Schlesien, Pommern, Danzig, Ostpreußen und das Sudetenland »heim ins Reich« führen will (siehe »Verzichtspolitik«). Auch ein Anschluß Österreichs läge in der Konsequenz dieses Nationalismus. Der dann entstehende Machtblock im »Herzen Europas« wäre allerdings in der Lage, die Vorherrschaft in Europa zu übernehmen (siehe »Europa«).

Besonders gefährlich ist die Rede von der »Persönlichkeit gewordenen Volkseinheit«, von der Kollektivpersönlichkeit. Die Persönlichkeit gilt uns als höchstes Gut. Man kann eine Persönlichkeit zwar kritisieren — kann man aber von ihr absehen, sich ihr entziehen? Nein, denn das wäre ein Verstoß gegen die Menschlichkeit (»Persönlichkeit«) wie gegen das »Volk«. Bleibt also nur noch die Möglichkeit, sich dem vorgeschobenen Willen des »Volkes« zu fügen. Wo ein Kollektiv, sei es das Volk, sei sei es die Armee, zu einer belebten, vom einzelnen Menschen unabhängigen Wesenheit erhoben, verabsolutiert und unantastbar wird, da ist die Brandmarkung des Andersdenkenden als »Verräter« nicht mehr fern!

Vielfach taucht in den Vorstellungen der NPD über die Nation auch der Hinweis auf die Volksseele auf. So fordert Wilhelm Gutmann: »Wir müssen wieder seelisch ein Volk werden.« Viele sind leicht geneigt, diese Forderung zu unterschreiben, weil sie mit dem Begriff »Seele« etwas Positives verbinden. Die Erfahrung mit der »Volksseele« im Dritten Reich zeigt aber, daß die Rede von der »Seele« des »Volkes« oder von der »Seele« der »Armee« nichts anderes als die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv bezweckt. So hat zwar die Armee eine »Seele«, nicht aber der Soldat, den man dann folgerichtig als »Menschenmaterial« bezeichnete.

Europa

»Der universale, große Gedanke 'Deutschland', die deutsche Nation, muß bis in seine tiefsten, geistigen Wurzeln und seine lichten Höhen durchdacht werden, um für die Zukunft fruchtbar zu sein. Nicht nur um unseres Volkes, sondern um Europa willen. Europa ohne

das deutsche Volk, unsere Nation, wird nie sein und bestehen. Ein Organismus ohne Herz ist tot.« (»Scheinwerfer« 57)

»Die NPD betreibt als Partei konservativer Grundhaltung unbedingte Friedenspolitik. Nationale Politik — nicht nationalistische! — ist immer friedlich, erhaltend, bewahrend (conservare).« (»Scheinwerfer« 57)

Bemerkenswert ist zunächst die Art und Weise, *wie* Gutmann in seinem »Scheinwerfer« und mit ihm die NPD argumentiert. Um ein Primat Deutschlands in Europa zu begründen, beruft er sich nicht etwa auf die Stärke der bundesrepublikanischen Wirtschaft, sondern auf die »Herz«stellung Deutschlands in Europas Mitte. Seine Argumentationsweise ist irrational. An anderer Stelle sagt er: »Das Volk muß man am 'Gemüt' . . . ansprechen, besonders das deutsche!« (»Scheinwerfer« 57). Daß Gutmann an Herz und Gemüt appelliert, begründet noch keinen Vorwurf. Irrationalismus aber ist dann abzulehnen, wenn er, wie in diesem Fall, politische Machtansprüche verschleiern soll.
Die NPD mißt der Nation außerordentliche Bedeutung bei. Der Nationalgedanke ist »groß«, »universal«, erhaben (»lichte Höhen«). Warum aber ist die deutsche Nation »groß«? Weil Deutschland das »Herz« — nicht den Kopf! — Europas bilde. So wie das »Herz« das wichtigste Organ des menschlichen Körpers ist, so soll Deutschland die treibende Kraft Europas werden. Der Europagedanke der NPD ist Ausdruck der imperialistischen Tendenz ihres völkischen Nationalismus (siehe »Nation«). Ein vereintes Europa stellt sich die NPD nicht als eine Föderation gleichberechtigter Staaten, sondern als ein Bündnis der Europäer unter der Führung Deutschlands, dem »Herzen« Europas, vor. Da es nicht opportun ist, allzu eindeutig eine Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu fordern, spricht man von »Europa« — und meint ein deutsches Europa. Was nützen da die Beteuerungen der NPD, sie wolle »unbedingte Friedenspolitik« betreiben? Diese Friedenspolitik wäre sicherlich »unbedingt« in dem Sinn, daß sich jeder europäische Staat der Friedenspolitik Deutschlands zu fügen hätte!

»Verzichtspolitik«

»Der Raub uralten deutschen Volksbodens und die Teilung Deutschlands sind Teile einer Gewaltaktion. Jeder Verzicht verrät die Interessen des deutschen Volkes und führt zur Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands« (Programm der NPD, XV, 2)

»Es bedarf keiner Beweise mehr, daß das ganze Schlesien und Pommern, Danzig, Ostpreußen-Memel und das Sudetenland völkerrechtlich unanfechtbares Eigentum des gesamtdeutschen Volkes sind und bleiben.« (Wilhelm Gutmann, Erläuterungen zum Programm der NPD, Beilage zum Rednerdienst)

»Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft deutschen Handelns zu mobilisieren.« (Programm der NPD, XV, 12)

Die Besetzung der Ostgebiete und die Teilung des Dritten Reichs als Folgen der Kapitulation stellen für die Nationaldemokraten ein zweites Versailles dar. Mit hemmungsloser Aggressivität ist von »Raub«, »Gewaltaktion«, »Verrat« und »Verzicht« die Rede — wobei offenbar vergessen wird, daß der Verlust dieser Gebiete eine direkte Folge der nationalsozialistischen Großraumpolitik ist. Daß das Volk schon einmal »mobilisiert« wurde im »nationalen Interesse«, ist aus der jüngsten Geschichte sattsam bekannt. Wer hat davon eigentlich profitiert? Etwa das deutsche Volk, das für die imperialistische Politik des »Führers« sechs Jahre lang bluten mußte? Die naheliegende Vermutung, daß die NPD, einmal an die Macht gekommen, sich in ähnliche Abenteuer stürzen könnte, ist weniger abwegig, als es vielen scheint. Die NPD vertritt die gefährlichste Spielart des Nationalismus, den völkischen Nationalismus (siehe »Nation«).

Wie ist die NPD-Forderung zu verstehen, die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in seinen alten Grenzen sei mit »allen geeigneten Mitteln« durchzusetzen? Ein Krieg gegen jene Staaten, die die deutschen Ostgebiete besetzt haben, ist das ein »geeignetes Mittel« nationaler

Politik? Was haben angesichts solcher Bestrebungen noch Erklärungen der NPD für einen Sinn, »unbedingte Friedenspolitik« zu betreiben? Weist nicht gerade das »unbedingt« darauf hin, daß man die deutschen Rechtsansprüche notfalls mit Gewalt durchzusetzen gedenkt?

VERTEIDIGUNG DES DRITTEN REICHES

Nationalsozialismus

»Das deutsche Volk hat von diesen Verbrechen genausoviel gewußt wie Sie und ich, nämlich nichts. . . . In diesen harten Kriegsjahren hat unser Volk alle die Tugenden bewiesen, ohne die ein Staat nicht leben kann: selbstlose Hingabe bis zum Tode, Arbeit und Pflichterfüllung. . . . Es besteht nicht der mindeste Anlaß, heute denen das politische Mitspracherecht zu verweigern, die damals, zwar irrend und mißbraucht, die besten menschlichen Charaktereigenschaften bewiesen haben. Für die Wiedergeburt der deutschen Nation sind diese Menschen besser zu brauchen als diejenigen, die damals in der Sowjetunion zum Nationalkomitee Freies Deutschland übertraten oder über den Londoner Rundfunk ihre Zersetzungsarbeit betrieben.« (»Musterrede« B)

»Andererseits führte — vor allem nach Hitlers Regierungsübernahme am 30. Januar 1933 — vielfache menschliche Unzulänglichkeit in der Parteiführung und ein Mangel an Maß zu verhängnisvollen Überspitzungen . . .« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »NS«)

Unter dem Motto: Auch Nationalsozialisten sind Menschen, betreibt die NPD eine generelle Rehabilitierung all derjenigen, die im Dritten Reich, »zwar irrend und mißbraucht«, Charakterfestigkeit bewiesen haben — inklusive der hohen NS-Funktionäre! Die NPD ist nicht dazu bereit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und jeglichem Mißbrauch mit Wörtern wie »Begeisterung«, »Idealismus«, »Opferbereitschaft«, »selbstlose Hingabe«, »Pflicht«, »Gehorsam«, »Treue« und

»Volk« energisch entgegenzutreten. Statt dessen gebraucht die NPD wieder dieselben Wörter, statt dessen verteidigt die NPD das nationalsozialistische System. Sie kritisiert die »menschlichen Unzulänglichkeiten« der nationalsozialistischen Parteiführung und läßt die Prinzipien dieser Politik ungeschoren!
Von hier aus erklärt sich denn auch die hemmungslose Agitation der NPD gegen die »Umerziehung«, die sie als »Charakterwäsche« des deutschen Volkes durch die Besatzungsmächte und Massenmedien bezeichnet. Gemeint sind die »Entnazifizierung« und jene schüchternen Ansätze der politischen Bildungsinstitutionen, die darauf zielen, die Deutschen mit ihrer demokratischen Staatsform vertraut zu machen. Da die NPD den Nationalsozialismus nicht vorbehaltlos ablehnt, kann sie es auch nicht gutheißen, daß das deutsche Volk dem alten Gedankengut »entfremdet« wird.

Kriegsschuld

». . . Daß schließlich alles, was seit 1945 . . . geschah . . ., seine 'Rechts'-Begründung in der behaupteten Kriegsschuld Deutschlands findet, deren einwandfreier Beweis bis heute noch nicht geführt wurde . . .« (Deutsche Nachrichten 32/1966, S. 3)

»Amerikanische und englische Historiker von Ruf sind der Ansicht, Deutschland habe die mindeste Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.« (Deutsche Nachrichten 32/1966, S. 7)

Adolf Hitler: »Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluß zum Schlagen war immer in mir.« (Besprechung in der Reichskanzlei am 23. 11. 1939, in: IMG. Bd. XXVI, S. 325 ff.)

Adolf Hitler: »Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.« (Aufgaben des Vierjahresplans 1936. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/1955)

Adolf Hitler: »Ist es nicht sicher, daß im Zuge einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung ein Krieg mit dem Westen ausgeschlossen bleibt, dann gilt der Kampf in erster Linie England und Frankreich. Grundsatz: Auseinandersetzung mit Polen — beginnend mit Angriff gegen Polen — ist nur dann von Erfolg, wenn der Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen.« (Ansprache vor höchsten Wehrmachtsoffizieren am 23. 5. 1939. In: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik I Nr. 93)

Um ihre These von der Nicht-Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu stützen, bezweifelt die NPD die Echtheit des Hoßbach-Protokolls. Sie weist darauf hin, daß schon das Nürnberger Gericht dieses Dokument nicht anerkannt habe. In dem Urteil des Nürnberger Gerichts heißt es aber: »Bei aller Berücksichtigung dieser Kritik (der Verteidigung — d. Verf.) ist der Gerichtshof der Ansicht, daß diesen Dokumenten der allergrößte Wert zukommt und daß ihre Echtheit und die bedeutsame Wahrheit ihres Inhalts eine feststehende Tatsache ist. ... Sie sind klare Aufzeichnungen von Ereignissen, die tatsächlich stattfanden.«

Das Hoßbach-Protokoll betrifft eine Reichskanzlei-Besprechung vom 5. November 1937, in der Hitler seinen engsten Mitarbeitern erläuterte, wie er die »deutsche Frage« zu lösen gedenke. Er sagte, bis spätestens 1943/45 müsse begonnen werden, sich den fehlenden Lebensraum für das deutsche Volk auf Kosten der östlichen Nachbarn zu beschaffen. Die Geschichte aller Zeit lehre, daß jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße auf den Besitzer.

An dieser Besprechung nahm Oberstleutnant Hoßbach als persönlicher Adjutant Hitlers teil und fertigte darüber am 10. November eine Niederschrift an, die von den Alliierten erbeutet wurde.

Welches Interesse kann die NPD daran haben, die eindeutige historische Tatsache zu bezweifeln, daß Hitler — zum Teil gegen die Bedenken seiner Generäle — den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat?

Die NPD begreift den Zweiten Weltkrieg nicht als die Folge eines totalitären und aggressiven politischen Systems, sondern als ein fast zufälliges Ereignis, das dem deutschen Volk vom Ausland aufgezwungen wurde. Deutschland habe nur seine Lebensinteressen gegen den Bolschewismus und den mit ihm verbündeten »linksliberalen« Rooseveltkreis verteidigt, heldenhaft verteidigt gegen eine Übermacht von Feinden. Also kann es einfach nicht wahr sein, daß Deutschland mit seinem Überfall auf Polen den Krieg entfesselt hat, also sind nicht nur die Deutschen am Zweiten Weltkrieg schuld.
Warum ist die NPD bestrebt, den Nationalsozialismus vom Makel der Kriegstreiberei zu befreien?
Indem die NPD bestrebt ist, den Nationalsozialismus von dem Hauptvorwurf zu entlasten, den man in den Augen der NPD gegen den Nationalsozialismus erheben könnte, versucht sie, die braunen Genossen in ihren eigenen Reihen freizusprechen und dadurch wieder salonfähig zu machen. Dies zeigt sich deutlich in der Behandlung der Kriegsschuldfrage in den »Deutschen Nachrichten«. Die zwölf in der Agitationszentrale der NPD, dem Verlag der »Deutschen Nachrichten«, tätigen Mitarbeiter waren Mitglieder der NSDAP und anderer rechtsradikaler Organisationen (vgl. den Bericht über den Rechtsradikalismus im Jahre 1967, hrsg. vom Bundesministerium des Innern). Man braucht sich also nicht zu wundern, daß die »Deutschen Nachrichten« ständig bemüht sind, den Nationalsozialismus von der Schuld am Zweiten Weltkrieg reinzuwaschen.

Kriegsverbrechen

»Gegen Kriegsverbrecherprozesse von Staaten, die nur Kriegsverbrechen des besiegten Staates verfolgen, kann der Einwand des Rechtsmißbrauchs erhoben werden. Wer seine eigenen Kriegsverbrecher nicht verfolgt, darf auch gleiche Kriegsverbrechen anderer Staaten nicht verfolgen, da er sonst den auch im Völkerrecht geltenden Gleichheitssatz verletzt. Die Nürnberger Prozesse verstoßen somit auch gegen den Grundsatz der Gleichheit. Man verfolgte die Kriegsverbrecher im eigenen Lande nicht, man amnestierte sie sogar. Daher ist in den Kriegsver-

brecherprozessen nichts anderes als eklatante 'einseitige Racheakte gegen die Besiegten' (Friedrich Berber) zu erkennen.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Kriegsverbrechen«)

Die NPD hat zweifellos recht, wenn sie gewisse Einseitigkeiten in der Verfolgung der Kriegsverbrechen kritisiert. Es ist bekannt, daß während der Besetzung Deutschlands Ausschreitungen verübt wurden. Aber welche Konsequenzen zieht die NPD daraus? Man überlege sich, was geschehen wäre, wenn die nationalsozialistischen Führer nicht verurteilt worden wären: Der Nationalsozialismus hätte eine militärische Niederlage erlitten und wäre weiterhin in Amt und Würden geblieben! Versteht denn die NPD noch immer nicht, daß der Zweite Weltkrieg kein zufälliges Ereignis, sondern die logische Konsequenz eines verbrecherischen *politischen* Regimes darstellt?
Außerdem: warum tritt gerade die NPD dafür ein, daß die Verbrechen der Nationalsozialisten nach dem Grundsatz der Gleichheit behandelt werden? Glaubt die NPD wirklich, daß die Verbrechen der Nationalsozialisten auch nur annähernd vergleichbar mit denen der anderen kriegsführenden Nationen sind?

»Ludwigsburger Verfolgungsstelle«

»In Ludwigsburg wird noch immer die Zentralstelle mit einem Millionenaufwand finanziert. Der ehemalige Generalbundesanwalt und jetzige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Güde hat über die Berechtigung dieser Stelle gerade in den letzten Tagen ein vernichtendes Urteil ausgesprochen. Er ist doch der erste Sachkenner aus Ihren Reihen, meine Herren von der CDU. Warum folgen Sie ihm nicht? Warum fordern Sie nicht das Ende dieser Stelle? Die Fraktion der NPD denkt gewiß nicht daran, sich schützend vor einen jener zu stellen, die leider auch auf deutscher Seite im Zweiten Weltkrieg Furchtbares getan haben. Die Verlängerung der Verjährungsfrist stellt jedoch einen klaren Rechts- und Verfassungsbruch dar. Dies haben prominente Politiker überzeugend begründet. Der damalige Bundesjustizminister Bucher ist

deshalb aus Protest zurückgetreten. Die NPD ist hierzu unbeirrbar der Überzeugung, daß das Recht niemals mehr den Forderungen der Macht unterworfen werden darf.
Die NPD-Fraktion wird deshalb beantragen, sämtliche Landesausgaben zur Finanzierung der Zentralen Verfolgungsstelle in Ludwigsburg zu streichen. Sie vermag nicht einzusehen, weshalb 24 Jahre nach Kriegsende immer noch nur Täter der Besiegten verfolgt werden, während die der Siegernationen seit langem amnestiert wurden und sich darüber hinaus des Ansehens der Öffentlichkeit erfreuen.« (Karl Bassler, MdL, am 14. 11. 1968 im Stuttgarter Landtag)

Bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern geht es nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um die Ahndung von Mordtaten aus der Zeit des Dritten Reichs, die auch damals gegen das geltende Strafrecht verstießen. Die Verfolgung und Bestrafung derjenigen, die, wie Herr Bassler sagt, »im Zweiten Weltkrieg Furchtbares getan haben«, ist eine Frage der Bewährung des Rechtsstaates. Das hat auch nichts mit Nestbeschmutzung und Masochismus zu tun, sondern ist eine Frage, deren Bereinigung in unserem nationalen Interesse liegt. Oder sollten ein Folterknecht wie Boger und ein Massenmörder wie Eichmann auf freiem Fuß unter uns leben, so daß die ganze Welt mit dem Finger auf Deutschland zeigen dürfte?
Die Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen ist beauftragt, die Verbrechen nationalsozialistischer Straftäter aufzudecken. Sie handelt im Namen des Rechts und der Menschlichkeit, wenn sie das belastende Material überall dort einsieht und auswertet, wo es vorhanden ist — gleichviel ob in Moskau oder in Paris.
Wenn man Unrecht und Unmenschlichkeit überall, zu jeder Zeit und unter allen Umständen ablehnt, dann sollte man sich die Verbrechen nicht gegenseitig aufrechnen, wie die NPD das mit Vorliebe tut. Es ist dies ganz sicher kein Weg zu dem Ziel, das durch die nationalsozialistischen Schandtaten in Verruf gebrachte Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen!

Die »rote Gefahr«

»In der Evangelischen Akademie von Bad Boll (Württemberg) hat Rudi Dutschke mit Professor Ernst Bloch diskutiert. Sie waren sich einig, daß die 'studentischen Ziele noch sehr im Nebel lägen'. Was wir auch meinen. Es geht den Dutschkisten, denen man zuviel Ehre antut, auch nicht um die Verscheuchung des 'Nebels', sondern um ganz andere Dinge, nämlich: um einen in Stufen ablaufenden roten Plan, die westdeutsche Bundesrepublik für eine kommunistische Machteroberung vorzubereiten. Als erstes kommt die 'Diskussion', dann die 'Aktion' und dann die 'Revolution' mit freundlicher Aushilfe durch die rote Volksarmee!« (»Scheinwerfer« 60)

»Die Kommunisten, deren Partei offiziell verboten ist, beherrschen weitgehend die Massenmedien, während die nationalen Demokraten, die unser Volk zur Selbstbehauptung aufrufen, mit einer Flut von Verleumdungen überschüttet und mundtot gemacht werden sollen.« (»Musterrede« A)

»Wir Nationaldemokraten glauben, daß dieser Zersetzungsprozeß, gegen den unsere politische Führung sich als hilflos erweist, nur von unten her durch die Bildung einer starken und volksbewußten Partei aufgehalten werden kann. Diese Erkenntnis führte zur Gründung der Nationaldemokratischen Partei.« (»Musterrede« A)

Die antikommunistische Propaganda hat schon sehr verschiedene Aufgaben erfüllt: Im Dritten Reich mußte sie mit dazu herhalten, die Verfolgung der Juden zu rechtfertigen, und in der Ära Adenauer diente sie manchmal dazu, die SPD zum Bürgerschreck aufzubauschen. Indem die NPD die Gefahr einer unmittelbaren Machtergreifung der Kommunisten vortäuscht (»roter Plan«) und gleichzeitig andeutet, daß »unsere politische Führung« sich »als ganz hilflos erweist«, bleibt dem Wähler ja nur noch die Möglichkeit, der »volksbewußten« NPD den Auftrag zu geben, die »rote Gefahr« zu beseitigen.
Um ihre Propagandatheorie von einer Verschwörung der Kommunisten gegen die Bundesrepublik in Umlauf

zu setzen, bedient die NPD sich der geringfügigsten Anlässe. Steht der geäußerte Verdacht (»roter Plan«) wirklich noch im Verhältnis zu dem Ereignis, was diesen Verdacht begründen soll: Rudi Dutschke und Ernst Bloch diskutierten in Bad Boll und kamen überein, daß die »studentischen Ziele noch sehr im Nebel lägen«. Wenn es aber keine Tatsachen gibt, auf die sich der Verdacht der NPD stützen kann — das Fernsehen wird nicht von den Kommunisten, sondern vom Fernsehrat kontrolliert, in dem die Parteien, Kirchen und Verbände sitzen —, liegt dann nicht der Gegenverdacht nahe, daß die NPD von der »roten Gefahr« spricht, nur um sich selber nach oben zu schaukeln?

Was die NPD vergißt: daß es in Deutschland eine braune, aber noch keine rote Revolution gegeben hat, die sich durchgesetzt hätte; daß die Weimarer Republik am Bündnis der Rechts-, aber nicht der Linksparteien zugrunde gegangen ist; daß die DFU bis zu 2 Prozent, die NPD aber bis zu 10 Prozent der Stimmen erhält! Sollte man da nicht eher meinen, die Gefahr drohe von rechts?

Antisemitismus

»Weder deutsche noch jüdische Menschen könnten aber jemals als Opfer oder Täter in die Mordmaschinerie von Auschwitz geraten sein, wäre es nicht 1939 zum Krieg gekommen und wären nicht alle Friedensversuche bis 1941 gescheitert. Dieser Zusammenhang von jüdischen Kriegserklärungen und jüdischen Kriegstaten mit den Vorwänden zu Vernichtungsaktionen im Zuge der Barbarisierung und Ausweitung des Krieges kann hier nur angedeutet werden. ... Fest steht zunächst die schlichte Tatsache, daß es ohne Krieg kein Auschwitz gegeben hätte ...« (Deutsche Nachrichten 35/1965, S. 3)

»Politisches Gewicht bekam die Judenfrage im 20. Jahrhundert durch die Rolle, die man jüdischen Bankiers in den USA und breiten jüdischen Kreisen in Rußland ... bei der Entstehung des Sowjetkommunismus zuschrieb, sowie durch die Kriegserklärung des Zionistenführers

Weizmann an Deutschland 1939, worin man die Bestätigung der These von einer jüdischen Weltverschwörung erblickte. Eine weitere Verschärfung brachte die unbegründete Kriegstreiberei der Vereinigten Staaten, die man weitgehend auf den Einfluß jüdischer Berater Roosevelts zurückführte.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Endlösung«)

Hier wird wieder mit dem Mittel gearbeitet, durch vorgeschobene Objektivität keine Stellungnahme zur Weltverschwörungstheorie Hitlers abgeben zu müssen. Sie wird mit keinem Wort angezweifelt. Schuld an ihrer Vernichtung sind ja eigentlich die Juden selbst. Sie brachten den Krieg, und der Krieg brachte die Konzentrationslager. Auschwitz erscheint letztlich als eine berechtigte Kriegsmaßnahme.

Die NPD versucht grundsätzlich, das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen zu verkleinern:

— Die Zahl der ermordeten Juden wird heruntergespielt. Selbst Eichmann sprach von 6 Millionen, die NPD aber spricht von 300 000 bis höchstens 1 Million (Deutsche Nachrichten 34/1965, S. 3; Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Endlösung der Judenfrage«)

— Die KZ's werden verharmlost: »Die NPD bedauert, daß in diesen Lagern politische Gegner des Dritten Reichs mit Kriminellen zusammengesperrt wurden . . .«, wobei sie die Juden zu erwähnen vergißt (»Musterantworten auf Fragen, die immer gestellt werden«).

— Die Absicht der »Endlösung« wird in Frage gestellt. Die NPD behauptet, es sei ja nur eine »Evakuierung oder Aussiedlung der Juden« gemeint gewesen. In Wirklichkeit aber lautete so der behördliche Deckname für die nationalsozialistische Ausrottungsaktion.

Wozu all diese Halbwahrheiten, Verdrehungen und Verniedlichungen der Tatsachen? Keine Kritik an den dürren Fakten, die das schaurige Bild des nationalsozialistischen Völkermordes heraufbeschwören, keine Kritik am Ideengut des Nationalsozialismus, das diesen Völkermord rechtfertigen sollte. Statt dessen werden wieder Persönlichkeiten diffamiert, die aus ihrer Anti-NPD-Gesinnung keinen Hehl machen (vgl. den Angriff auf den Historiker Professor Golo Mann in den Deutschen Nachrichten 6/1965, S. 7).

Der Appell der NPD an antisemitische Gefühle scheint einen doppelten Propagandazweck zu erfüllen: Er dient einerseits dazu, politische Gegner herabzusetzen, und wird andererseits dazu benutzt, den Nationalsozialismus vom Verbrechen des Völkermordes zu entlasten. Letzteres ist auch unter psychologischem Aspekt zu sehen: Indem die NPD versucht, das Schuldmaß des Nationalsozialismus zu verschleiern und herabzusetzen, versuchen die alten Nazis in der NPD, sich selbst zu entlasten.

ARBEITNEHMER- UND GEWERKSCHAFTSFEINDLICHKEIT

Streik

»Streik und Aussperrung sind letzte Mittel des Arbeitskampfes. Sie dürfen jedoch nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.« (Programm der NPD IX, 19)

»Durch gesetzliche Maßnahmen müssen Regierung und Parlament die Möglichkeit erhalten, im Falle drohender äußerer Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen das Recht auf Streik und Aussperrung zeitbegrenzt auszusetzen.« (»Politik in unserer Zeit«, S. 17)

Die NPD lehnt das Streikrecht nicht grundsätzlich ab. Sie schränkt es aber dermaßen ein, daß dies praktisch einer Ablehnung gleichkommt. Streiks dürfen nicht politisch motiviert sein — ist die Tarifpolitik etwa keine Politik? — und können von der Regierung »aus lebenswichtigen Gründen« — welche Gründe sind das? — ausgesetzt werden. Die »Sicherung des Arbeitsfriedens« sollte das »vornehmste Ziel« der Gewerkschaften sein, so heißt es im Programm der NPD (IX, 8). Gibt die NPD damit nicht deutlich genug ihr grundsätzliches Unbehagen an Arbeitskämpfen zu erkennen? Ihr wahres Gesicht hat die NPD bereits in der Praxis gezeigt: Anläßlich eines Streiks in einem Hanauer Chemiebetrieb brachte sie im November 1967 im Hessischen Landtag einen Antrag auf staatlichen Schutz für Streikbrecher ein.

»Die zur Zeit in Westdeutschland tätigen Gastarbeiter kosten uns pro Jahr 3 Milliarden Devisen. Diese müssen als Überschüsse des Exports zunächst verdient werden. Die Gastarbeiter erwerben deutsche Rentenansprüche, die in wenigen Jahren Hunderte von Millionen kosten werden. ... Zwei Stunden mehr Arbeit in der Woche, Abbau der Überstundenbesteuerung und Steuerfreiheit für Weiterarbeit nach Erreichung des Renten- und Pensionsalters würden heute 8 Millionen Gastarbeiter überflüssig machen. Die Frage unserer wirtschaftlichen Selbstbehauptung ist allein abhängig von unserer eigenen Leistungsbereitschaft.« (»Musterantworten auf Fragen, die immer gestellt werden«)

Die wirtschaftliche Argumentation gegen die Gastarbeiter ist bekannt: Die Auslandsüberweisungen der Gastarbeiter würden unsere Zahlungsbilanz belasten. Die Zahlen, auf die sich die NPD dabei stützt, sind aber falsch. Nach Angaben der Bundesbank waren es im Jahre 1966 nicht 3, sondern 1,6 Milliarden Devisen. Die *positiven* Aspekte verschweigt sie: daß nämlich ohne die Gastarbeiter das Wirtschaftswachstum stagnieren würde, da in der Bundesrepublik keine Reserven an Arbeitskräften mehr vorhanden sind (Vollbeschäftigung), und daß auch die Gastarbeiter durch ihre Ausgaben in Deutschland die Wirtschaft mit in Gang halten!

Die wirtschaftliche Argumentation der NPD gegen die Gastarbeiter ist fadenscheinig. Im Grunde geht es der NPD nicht um das Problem der Gastarbeiter, sondern darum, die bei vielen Menschen leider vorhandenen Ressentiments gegenüber Ausländern zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Wie wäre es sonst zu verstehen, daß die NPD den Gastarbeitern anhängt, sie seien kommunistisch unterwandert (Deutsche Nachrichten 28/1965, S. 1; 21/1966, S. 1; 45/1966, S. 4, u. a.), und daß sie den Gastarbeitern mit deutlichen rassistischen Untertönen anlasten, sie würden gefährliche Geschlechtskrankheiten nach Deutschland einschleppen und dadurch das »Volkstum« gefährden (Deutsche Nachrichten 15/1966, S. 4; 33/1966, S. 6)?

»Gewerkschaften und Unternehmer müssen sich als selbstverantwortliche Sozialpartner ihrer Mitverantwortung für das Volksganze in hohem Maße bewußt sein.« (Programm der NPD IX, 17)

»Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte und Sachverwalter der gesamten Volksgemeinschaft.« (Adolf Hitler: Mein Kampf, S. 676)

»Die Sicherung des Arbeitsfriedens ist darüber hinaus ihre vornehmste Pflicht, nicht die Anmaßung politischer Vorrechte. Die endgültige Überwindung des Klassenkampfes und Bildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden ist unser Auftrag in der industriellen Massengesellschaft.« (Programm der NPD IX, 89)

»Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen.« (»Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront« vom 24. Oktober 1934)

Man sollte der NPD nicht von vornherein unterstellen, daß sie für eine Abschaffung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände eintrete. Schon Hitler wehrte sich gegen die einseitige Auslegung der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« als einer »widerstandslosen wirtschaftlichen Auslieferung des Arbeitnehmers dem Arbeitgeber gegenüber« (»Mein Kampf«, S. 374). Der Gedanke der »Volksgemeinschaft« lege ja »nicht nur der einen Seite, sondern auch der anderen ihre Verpflichtungen auf« (S. 374) — was die Nazis übrigens nicht daran gehindert hat, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Wenn hier trotz dieses Einwandes, der auch ein Einwand der NPD sein könnte, die Auffassung vertreten wird, daß die Forderungen der NPD auf eine Ausschaltung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände hinauslaufen, dann aus folgenden Gründen:

1. *»Überparteilichkeit«:* Die NPD fordert, Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände müßten »überparteilich«

sein, sich »parteineutral« verhalten. Gemeint sind in erster Linie die traditionellen Verbindungen zwischen DGB und SPD. Nichts einzuwenden aber hat die NPD gegen die politische Aktivität des »Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften« (GEDAG) und des »Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verbandes« (DHV). Diese Verbände seien »politisch unabhängig« — und zwar deshalb, weil sie »unseren Mitgliedern keine Schwierigkeiten in ihrer gewerkschaftlichen Mitarbeit gemacht« haben (Deutsche Nachrichten 32/1968, S. 9). Mit anderen Worten sind »politisch neutral« jene Gewerkschaften, die gute Beziehungen zur NPD unterhalten!

Die Forderung der NPD nach »Überparteilichkeit« wird auch dadurch unglaubwürdig, daß sich die NPD nicht scheut, diffamierende Angriffe auf führende Gewerkschaftler zu starten und mit glatten Unterstellungen zu taktieren. Beliebteste Zielscheiben sind die »linken« Gewerkschaften. Sie werden als »kommunistisch« verdächtigt, weil sie energisch gegen die NPD auftreten:

»Wenngleich man die bekannten Hetztiraden des roten Otto Brenner nicht überschätzen sollte . . ., ist es jetzt an der Zeit, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß Brenner und andere IG-Metall-Funktionäre sich fast wörtlich des Vokabulars der Kommunisten bedienen, wenn es um die NPD geht.« (Deutsche Nachrichten 21/1967, S. 1)

»Während der ganzen Dauer des ÖTV-Kongresses wurde jedenfalls immer wieder das 'brüderliche Herz' dem totalitären Ulbricht-System gegenüber entdeckt. . . . Man ist versucht, die Frage zu stellen, ob diese Haltung der NPD gegenüber bereits schon das Resultat der guten Kontaktpflege zu den östlichen Systemen sein kann.« (Deutsche Nachrichten 32/1968, S. 9)

Hinter der Forderung nach »Überparteilichkeit« steckt die konkrete Forderung, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sollten sich auf *reine Berufsvertretungen* beschränken. Die NPD spricht zwar bewußt nicht davon, wahrscheinlich deshalb nicht, weil dies die erklärte Absicht Hitlers war: »Die nationalsozialistische Gewerk-

schaft ist kein Organ des Klassenkampfes, sondern ein Organ der Berufsvertretung« (»Mein Kampf«, S. 674 f.). Um Gewerkschaften, die sich darauf beschränken, Berufsinteressen zu vertreten, geht es auch der NPD. Im Parteiprogramm der NPD heißt es: Die Aufgaben der Gewerkschaften und Unternehmerverbände sind in unserer Zeit: »Wahrung des Erreichten durch Sicherung der Arbeitsplätze, Förderung der Berufsausbildung, Schutz der Gesundheit der Arbeitenden, Gewährung leistungsgerechter Löhne und Mehrung des Besitzstandes.« Kein Wort von der Mitbestimmung, wohl aber von der »Anmaßung politischer Vorrechte« (IX, 8)! Die Ausführungen der NPD über die Aufgaben der Gewerkschaften beschränken sich ausschließlich auf *soziale* Anliegen.

Spätestens an diesem Punkt zeigt sich deutlich, daß die NPD-Forderung nach »Überparteilichkeit« allen demokratisch-pluralistischen Vorstellungen zuwiderläuft. Denn in der parlamentarischen Demokratie sind nicht nur die Parteien, sondern auch die Verbände dazu aufgerufen, die sozialen *und* die politischen Interessen ihrer Mitglieder durch Einflußnahme auf das Parlament und die in ihm vertretenen Parteien geltend zu machen. So beinhaltet die Forderung der NPD letztlich, daß den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden die Möglichkeit politischer Einflußnahme genommen wird. Selbst wenn sie es wollten, könnten die Gewerkschaften keine reinen Berufsvertretungen sein. Allein schon durch ihre Existenz sind sie politische Faktoren ersten Ranges.

2. *Die »Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden«:* Die Forderung der NPD nach einer »Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden« ist im Zusammenhang mit ihrer Staatsauffassung zu sehen. Während nach demokratischer Auffassung der »Staat« an den Mehrheitswillen der Gesellschaft gebunden ist, verkörpert der »Staat« für die NPD das »Volksganze«. Da der »Staat« dergestalt das »Ganze«, die Parteien und Verbände jeweils aber nur die Teilinteressen ihrer Mitglieder vertreten, hat der »Staat« der NPD zufolge das unbestreitbare Recht, in die Gesellschaft einzugreifen und etwa auftretende Interessenkonflikte zu regeln (siehe »Staat«).

Was geschieht in dem Augenblick, wo die NPD ihre Staatsvorstellung auf den Bereich der Wirtschaft anwen-

det? Da Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände nur Teilinteressen vertreten, die Volkswirtschaft aber eine Angelegenheit der Nation, »aller Schaffenden« darstellt, müssen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sich im »nationalen Interesse« zusammentun und sich dem »Volksganzen« unterordnen. Genau dies aber ist der ideologische Angelpunkt, der dem Gedanken der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« zugrunde lag. Die Gefährlichkeit dieser Auffassung besteht darin, daß es ja nur der Staat sein kann, der auf Grund seiner »überparteilichen« Stellung über der Gesellschaft darüber entscheidet, was im Interesse des »Volksganzen« liegt. Fügen sich die Sozialpartner der Entscheidung des Staates nicht, dann werden sie im Namen der »Volksgemeinschaft« oder des »Volksganzen« zur Zwangsehe nach faschistischem Vorbild verurteilt. Die Tarifautonomie der Sozialpartner wird auf diesem Wege ausgeschaltet.
Auch im Dritten Reich lief die »Gleichschaltung« der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der »Deutschen Arbeitsfront« unter dem Schlagwort der »Überwindung des Klassenkampfes«. Es ist nicht uninteressant, die NPD zum selben Thema zu hören:

»Aus der Überzeugung, daß jedes Volk seinen eigenen Weg der Selbstvollendung zu gehen und seine eigene Form des Sozialismus zu finden hat, wurde der marxistische Klassenkampf tatsächlich überwunden und — vorübergehend — durch einen Wohlstand und Berufsstolz schaffenden Arbeitsfrieden abgelöst.« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »NS«)

Was damals als Parole herhalten mußte, um die Zerschlagung der Gewerkschaften zu rechtfertigen, behandelt die NPD als eine historische Tatsache: Der »marxistische Klassenkampf« sei wirklich »überwunden« worden! Dem entspricht, daß die NPD ohne ein Wort der Kritik an dieser Maßnahme über die »Auflösung« der Gewerkschaften schreibt: »1933 wurden die Gewerkschaften durch den Nationalsozialismus im Kampf gegen das marxistische Klassendenken aufgelöst« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Gewerkschaften«). Fordert die NPD nicht selbst eine »Überwindung des Klassenkampfes« (siehe das Programm der NPD IX, 9)?

Soweit die ideologische Grundlage der »Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden«. Diese Ideologie entspricht den unmittelbaren *praktischen* Interessen des Staates an der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität. Um die »Sicherheit der nationalen Wirtschaft selbst zu erhöhen und deren Kraft zu stärken« (Adolf Hitler: Mein Kampf, S. 675), werden die »klassenkämpferischen und geldentwertenden Tarifstreitigkeiten« (Politisches Lexikon der NPD, Stichwort »Gewerkschaften«) von vornherein unterbunden. Das Interesse des Staates und das des Unternehmers sind hier weitgehend identisch. Die Forderung nach »Arbeitsfrieden« dient oft nur dazu, die Gewinnspanne des Kapitals zu erhöhen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen NPD und NSDAP in der Auffassung der Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften bestehen. Die beiden wichtigsten Übereinstimmungspunkte sind: 1. Die Gewerkschaften sollen »überparteilich« sein, sich am »Volksganzen« orientieren. Diese Forderung läuft auf eine Entpolitisierung der Gewerkschaften zu reinen Berufsvertretungen hinaus. 2. Man spricht sich für eine Regelung der Interessenkonflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch den Staat aus. Von dieser Vorstellung bis zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft als einer »Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden« ist es nur noch ein Schritt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

»Wirtschaftliche Überfremdung«

»Zur Wahrung seiner politischen Handlungsfreiheit muß der Staat die Existenz der heimischen Wirtschaft vor Überfremdung mit ausländischem Kapital, vor dem Ausverkauf an Weltkonzerne und ruinöser Einfuhr schützen.« (Programm der NPD V, 4/7)

Es soll nicht verkannt werden, daß das Ausland, insbesondere die USA, starke Beteiligungen an einzelnen

deutschen Industrien hat. Von einer Überfremdung oder gar einem Ausverkauf an Weltkonzerne kann aber keine Rede sein. Das ist eine bewußte Übertreibung der NPD, um Stimmen zu fangen. Sie rechnet damit, daß der Zuhörer die Relationen von inländischem und ausländischem Kapital in der Bundesrepublik nicht kennt und nur an die ins Auge springenden erheblichen Beteiligungen der USA an einigen Großindustrien denkt.

Mitte 1966 betrug der Gesamtbetrag aller ausländischen Investitionen im Bundesgebiet 14,3 Milliarden DM. Das Nominalkapital aller gewerblichen Unternehmen in der Bundesrepublik beträgt demgegenüber etwa 170 Milliarden DM. Der Dauerbesitz des Auslandes am Kapital der gewerblichen Wirtschaft liegt demnach bei 8,4 Prozent.

Abgesehen davon sind heutzutage Kapitalverflechtungen notwendig und wünschenswert. Für die Bundesrepublik gilt, daß die ausländischen Kapitalinvestitionen sich infolge einer durch den verlorenen Krieg bedingten schwachen deutschen Kapitaldecke günstig ausgewirkt haben. Sie haben nämlich entscheidend zum Wirtschaftsaufschwung und zur Sicherung der Vollbeschäftigung beigetragen (vgl. z. B. die Gründung des Opelwerkes Bochum, wo viele Kumpels schon arbeitslos geworden waren). Außerdem sind bei nüchterner und nicht polemischer Betrachtungsweise ausländische Beteiligungen von großem Nutzen für die deutsche Forschung. Da der US-Vorsprung in Technik und Wissenschaft immer größer wird, könnten europäische Firmen ohne Hilfe von außen nicht mehr mithalten. Nur durch internationale Kapitalverflechtung kann die Produktivität unserer Volkswirtschaft erhöht werden, was auch für die Sicherung der Arbeitsplätze notwendig ist.

Schließlich investiert die deutsche Wirtschaft im Ausland fast ebenso stark wie die ausländische in Deutschland. 1968 betrugen die deutschen Investitionen im Ausland fast 13 Milliarden DM.

Entwicklungshilfe

»Wir zahlen auf fremdes Geheiß in ferne Länder Milliarden, die weder deutschen noch europäischen Interessen

dienen. Dringende Aufgaben unserer eigenen Entwicklung werden dagegen vernachlässigt. Wir wehren uns gegen die Fortzahlung getarnter Kontributionen und fordern öffentliche Rechnungslegung über die Zahlungen für Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung und Waffengeschenke.« (Grundsätze der NPD - V)

Diese Ansicht der NPD deckt sich leider mit der Meinung großer Teile in der Bevölkerung. Die NPD macht sich nie die Mühe, ihren Zuhörern oder Lesern die ganze Wahrheit über die Entwicklungshilfe zu sagen. Entwicklungshilfe ist kein Geschenk, das man beliebig weggibt, ohne dafür etwas einzuhandeln. Sie dient auch nicht dazu, afrikanischen Fürsten goldene Betten zu kaufen, wie man es auf Veranstaltungen der NPD gelegentlich hören konnte. Sie wird auch nicht allein zur Bekämpfung von Hunger, Krankheit und Armut in den unterentwickelten Gebieten gegeben. Tatsache ist vielmehr, daß unsere Entwicklungshilfe zum überwiegenden Teil nicht verschenkt, sondern als verzinsliches Darlehen gegeben wird. 80 Prozent aller Entwicklungsgelder bleiben in Deutschland. Sie fließen in Form von Aufträgen der Entwicklungsländer an die deutsche Industrie zurück.
Heute kommen bereits für über 15 Milliarden DM Aufträge aus den Entwicklungsländern. Das sind fast 20 Prozent unseres Gesamtexportes in Höhe von 80,6 Milliarden DM. Sind die Entwicklungsländer somit schon heute ein beachtlicher Abnehmer, so werden sie es morgen noch mehr sein, wenn sie ihre Kaufkraft steigern können. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir ihnen Kredite zum Aufbau ihrer Wirtschaft geben.
Die Bundesrepublik Deutschland ist der zweitgrößte Handelsstaat der Welt und deshalb auf den Handel mit allen Staaten angewiesen. Jede fünfte Mark wird im Export verdient. Die Aufrechterhaltung und die Ausweitung des Exports — damit auch die Sicherung unserer Arbeitsplätze — hängen zu einem nicht geringen Teil von einer guten Entwicklungspolitik ab, d. h., wir müssen dafür sorgen, daß wir uns die Märkte der Dritten Welt erschließen.
Es muß zugegeben werden, daß bei der Vergabe von Entwicklungsgeldern anfänglich erhebliche Fehler gemacht wurden. Inzwischen aber wurden diese abgestellt.

Heute werden an Entwicklungsländer nur noch projektgebundene Kredite gegeben.

Landwirtschaft und EWG

»Die liberalistische Wirtschafts- und Handelspolitik hat die Ausschöpfung unserer eigenen landwirtschaftlichen Erzeugungsreserven behindert. Unsere Landwirtschaft wurde durch eine agrarfeindliche Preis- und Einführpolitik schwer geschädigt. Die Mehrzahl der Bauern nahm allgemein an der Wohlstandsentwicklung nicht teil, sondern geriet in soziale Not und Verschuldung. Unser Ziel ist eine in große, mittlere und kleine Betriebe sinnvoll gegliederte Landwirtschaft. Sie muß durch eine schützende Marktordnung gesichert sein. Eine so bäuerlich geprägte Landwirtschaft bringt den höchsten Nutzen. . . . Die gerechte Entlohnung aller Arbeit in der bäuerlichen Landwirtschaft findet grundsätzlich über den Preis statt. Subventionen sind abzubauen. . . . Anhebung des Getreidepreises, um Kapitalbildung zu ermöglichen.« (Programm der NPD VII, S. 5 ff.)

»Wir fordern die Anwendung aller Schutzbestimmungen . . ., notfalls ein rigoroses Schutzgesetz und entsprechende Ordnungen zur Erhaltung der Rentabilität unserer Landwirtschaft, eine geregelte Marktordnung und stabile Preise, die kostendeckend und beständig sind.« (»Scheinwerfer« 44)

Die EWG bringt nach dem Text der Verträge mehr Vorteile als Nachteile, nur funktioniert der Markt noch nicht so, wie man es sich gedacht hatte. Entscheidende Bedeutung wird der zukünftigen Preisfestsetzung im EWG-Ministerrat zukommen. Der Rat kann die Erzeugerpreise jährlich neu festsetzen. Damit würde auch über die Abschöpfungen entschieden, die auf Einfuhren aus Niedrigpreisländern erhoben werden, zum Schutz der EWG-Agrarpreise. Dieser gemeinsame Außenschutz ist wirksamer als nationale Zollgrenzen.
Nach 1945 hat die Bundesrepublik 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen; sie hat heute eine Bevölkerungsdichte von 245 Menschen pro qkm statt 140

vor dem Kriege. Ein Drittel der Industriebeschäftigten muß für den Export arbeiten. Dies wirkt sich natürlich hinsichtlich der Agrarimporte für unsere Landwirtschaft nachteilig aus.

Eine langfristige Gesundung der deutschen Landwirtschaft sollte auf dem Wege von Strukturverbesserungen erfolgen. Die Entwicklung geht zwangsläufig zu größeren Betriebsstrukturen hin. Der Landwirt muß wissen, von welcher Größe an sich die betriebliche Schwerpunktbildung rentiert. Der überbetrieblichen Zusammenarbeit muß immer größere Bedeutung zukommen, um eine zu große Kapitalbelastung für den einzelnen Betrieb zu vermeiden. Inzwischen beläuft sich nämlich die Kapitalinvestition für eine Arbeitskraft im bäuerlichen Betrieb auf 60 000 DM. Da infolge mangelnder Aufstockungsmöglichkeit viele Vollerwerbsbetriebe zu Nebenerwerbsbetrieben abstocken müssen, kommt den Nebenerwerbsbetrieben zukünftig eine noch größere Bedeutung zu.

Zu allen diesen Hilfen muß jedoch auch das Fachwissen des Bauern selbst hinzutreten. Sowohl bei den Sonderkulturen als auch bei der tierischen Veredelung sollte der Bauer wissen, wie er die maximale Leistung erzielen kann.

Die Sozialpolitik für die Landwirtschaft ist nur zu verbessern, wenn die einzelnen Versicherungszweige zu einem landwirtschaftlichen Sozialwerk mit gesetzlich fixierter Leistungspflicht der Versicherten selbst und des Staates zusammengefaßt würden.

Entschieden muß der Zweckpropaganda der NPD entgegengetreten werden, die Große Koalition leiste weniger für die Landwirtschaft als die früheren Regierungen. Die Haushaltspläne weisen das Gegenteil aus. Das von der NPD geforderte nationale Landwirtschaftsgesetz ist gar nicht möglich, weil es klar gegen die EWG-Bestimmungen verstößt, die für die sechs Partner der EWG geltendes Recht sind. Wenn die NPD — wie sie behauptet — nicht gegen die EWG ist, dann kann sie nicht ein solches Gesetz fordern.

Agrarpolitik und Mansholt-Plan

»Die Generaldirektion Landwirtschaft bei der EWG, die unter der Leitung des Holländers Sicco Mansholt steht, hat den Generalplan zur Sozialisierung der europäischen Landwirtschaft nunmehr auf den Tisch gelegt. Nach Durchführung wird es kein europäisches Bauerntum mehr geben; die Landwirtschaft wird wie im Bolschewismus sozialisiert sein.« (Deutsche Nachrichten 4/69, S. 14)

Liest man die Ausführungen der NPD, so muß man zu dem Schluß gelangen, die westdeutsche Landwirtschaft solle nach östlichem Vorbild der Zwangskollektivierung unterworfen und die bäuerlichen Existenzen sollten samt und sonders vernichtet werden. Das ist eine bösartige Fehlinterpretation des Mansholt-Planes, die nur darauf abzielt, die bäuerliche Existenzangst für parteipolitische Ziele zu mißbrauchen.

Die Wahrheit ist, daß die erarbeiteten Vorschläge des Mansholt-Planes durch freiwillige Mitarbeit der Landwirte durchgeführt werden sollen. Im übrigen handelt es sich nicht um ein unveränderliches Programm, sondern um eine Diskussionsgrundlage zur Sanierung der europäischen Landwirtschaft.

Abgesehen davon wird das Anliegen des Planes von der NPD auch inhaltlich falsch wiedergegeben. Der Plan geht von der richtigen Überlegung aus, daß die derzeitige Agrarstruktur reformbedürftig ist. Es steht heute fest, daß 80 Prozent der bäuerlichen Betriebe im EWG-Bereich unter der 20-Hektar-Grenze liegen und daß zwei Drittel der Betriebe weniger als fünf Milchkühe halten. Das offenbart eine auf lange Sicht unzulängliche Struktur im Hinblick auf die Wettbewerbssituation der EWG und im Vergleich zur Produktivitätssteigerung in der gewerblichen Wirtschaft. Bei dem derzeitigen Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse (das mit Rücksicht auf die Verbraucherinteressen nicht willkürlich angehoben werden kann) stellen diese durchschnittlichen Betriebsgrößen eine unzulängliche Lebensgrundlage für die bäuerlichen Familien dar. Hinzu kommt, daß einer jährlich nur um 1 Prozent steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten eine weitaus stärker steigende Produktion gegenübersteht, die auf einigen Produktions-

sektoren bereits zu einer Überproduktion mit weiter sinkenden Erzeugerpreisen geführt hat.

Diese Situation erfordert ein gründliches Umdenken in der Landwirtschaft. Wir benötigen langfristige Lösungen. Die Vorschläge des Mansholt-Planes zielen darauf ab, die Produktion nach dem tatsächlich zu erwartenden Bedarf auszurichten. Dabei soll aber gleichzeitig garantiert sein, daß der einzelne Betrieb ein Einkommen erzielt, das nicht dem der gewerblichen Wirtschaft nachhinkt, wie es heute der Fall ist. Dieses Ziel wird nur durch eine Umstrukturierung der Landwirtschaft in rentable, krisenfeste Mittel- und Großbetriebe möglich sein. Schon heute haben fortschrittliche Landwirte erkannt, daß allein größere Anbauflächen und rationelle Bewirtschaftungsmethoden ausreichende Erträge garantieren. Vielfach haben sich Landwirte zu sogenannten Betriebsgemeinschaften zusammengeschlossen und erzielen trotz fallender Erzeugerpreise jährlich steigende Gewinne.

Der Abbau kleiner unrentabler Betriebe wird natürlich zur Freisetzung von Arbeitskräften führen, ein Vorgang, der auch ohne Mansholt-Plan in immer stärkerem Maße in den nächsten Jahren eingetreten wäre. Der Mansholt-Plan will diesen Vorgang — auf freiwilliger Basis — beschleunigen. Daß dieser Vorgang einer natürlichen Entwicklung auf dem Arbeitskräftemarkt entspricht, zeigt die Entwicklung der letzten 20 Jahre. In diesem Zeitraum hat sich die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bereits halbiert, nämlich von 20 auf 10 Millionen Menschen.

Weiterhin ist zu bedenken, daß die Hälfte unserer Bauern über 57 Jahre alt ist und in den nächsten zehn Jahren die normale Altersgrenze erreichen wird. Diese Ausscheidenden sollen nach den EWG-Plänen eine jährliche Leibrente von 3 000 bis 4 000 DM, die jungen Ausscheidenden eine Umschulungs- oder Umstellungshilfe erhalten.

Selbstverständlich muß das Tempo der Planverwirklichung den Besonderheiten der Mitgliedstaaten angepaßt werden. Auch bei den Vorschlägen des Plans zur Preispolitik müssen Abstriche gemacht werden. So dürfen z. B. vorerst weitere Erzeugerpreissenkungen mit Rücksicht auf die strukturschwachen und damit wettbewerbs-

schwachen Familienbetriebe nicht vorgenommen werden. Auch die Betriebsgrößenvorstellungen der EWG (80 bis 100 Hektar) sind in Westdeutschland undurchführbar und dort, wo wir ertragreiche Sonderkulturen antreffen, nicht notwendig.
Trotz dieser Abstriche ist die Grundtendenz der EWG-Vorschläge zu begrüßen. Sie allein schaffen eine brauchbare Grundlage für die Gesundung unserer Landwirtschaft.

Verschuldung der öffentlichen Hand

»Die große Koalition in Bonn und Stuttgart betreibt eine Politik auf Pump und Vorschuß. Diese Koalitionen belasten auf Jahrzehnte hinaus die Steuerzahler mit langfristigen Schulden und den entsprechenden Zinslasten. Kommende Geschlechter können frönen für die Fehler dieser unfähigen Parteipolitiker. Die Bundesbank rechnet damit, daß die öffentliche Hand, vor allem der Bund und die Länder, im Jahre 1968 etwa 20 Milliarden neue Schulden machen werden. Wir trauen das diesen 'öffentlichen Händen' durchaus zu, da sie in falscher Einschätzung eines nicht kommenden Wachstums glauben, Schuldwechsel auf die Zukunft ziehen zu können. Das ist eine geradezu in die Katastrophe führende Wirtschaftspolitik.« (Rednerdienst der NPD für die Landtagswahl 1968 in Baden-Württemberg/»Scheinwerfer« 54)

Nicht die mittelfristige Finanzplanung, die hier indirekt von der NPD angesprochen wird, sondern die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD wären geeignet, unsere Wirtschaft in die Katastrophe zu führen. Ihre Ausführungen zeugen nämlich von einem gefährlichen wirtschaftspolitischen Dilettantismus. Ihre Schlußfolgerungen sind falsch, und ihre Prognosen haben sich nicht bewahrheitet. Die wirtschaftslenkenden Maßnahmen der Bundesregierung nach der Rezession 1966 — verbunden mit einer vorübergehenden öffentlichen Verschuldung — haben sich zur Belebung der Wirtschaft als erfolgreich erwiesen.
Die Verschuldungsprognosen der NPD haben sich nicht erfüllt. Die Neuverschuldung des Bundes verminderte

sich im Jahre 1968 sogar auf 3,7 Milliarden DM (1967: 7,9). Der Haushalt 1969 rechnet mit Kreditaufnahmen in Höhe von 3,6 Milliarden und einem Mehraufkommen von Steuern von über acht Milliarden! Dieses Ergebnis wird aufgrund der ausgezeichneten Ertragskraft der Wirtschaft im Jahre 1968 erzielt werden.

Auch die Finanzlage der Länder hat sich verbessert. Sie haben die Neuverschuldung von 3,9 Milliarden (1967) auf 2,1 Milliarden im Jahre 1968 gebremst, so daß Bund und Länder im Jahre 1968 nicht 20 Milliarden neue Schulden aufnahmen — wie die NPD es prophezeite —, sondern lediglich 5,8 Milliarden, die 1969 durch Steuermehraufkommen gedeckt werden.

Im übrigen verrät die NPD mit der Ablehnung öffentlicher Verschuldung ihre antiquierten finanzpolitischen Vorstellungen. Es scheint auch bei ihr die landläufige Meinung vorzuherrschen, der Staat müsse in seiner Ausgabenpolitik genauso verfahren wie ein guter Hausvater, der immer nur das ausgibt, was er einnimmt.

Diese einleuchtende, aber naive Formel hat die NPD in ihren Wahlkämpfen leider mit Erfolg gebraucht. Sie verkennt, daß heute nicht mehr in bloßen Haushaltsvorstellungen zu denken ist, die staatlichen Ausgaben vielmehr dorthin zu lenken sind, wo sie für Wirtschaft und Gesellschaft den größten Beitrag zur Sicherung der Lebensexistenzen zu leisten vermögen. Hierzu ist eine Wirtschafts- und Finanzplanung nötig, wie sie auch in der Privatwirtschaft üblich ist. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft werden zwar die Einnahmen nach den Ausgaben bestimmt. Das bedeutet aber nicht, daß keine Vorausplanung über die Entwicklung der Bedarfsseite und der daraus notwendigen Einnahmegestaltung für längere Perioden erfolgen kann.

Was nun den Ausgleich des Bedarfs anbetrifft, so braucht dieser nicht notwendig im Zeitraum einer Rechnungsperiode, beispielsweise im vorgesehenen Stabilisierungszeitraum, herbeigeführt werden. Für wirtschaftslenkende und wirtschaftsfördernde Maßnahmen ist eine längerfristige öffentliche Verschuldung unter Umständen gerade eine notwendige Voraussetzung, die in Anbetracht einer Bedrohung der Arbeitsplätze staatspolitisch geboten und in Erwartung nachfolgender Produktions-

steigerungen und damit höherer Steuereingänge auch finanzpolitisch zu rechtfertigen ist.
Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen nach der Wirtschaftskrise 1966 waren Ausdruck dieser Überlegungen und haben sich als ein allgemein anerkanntes Instrument zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft und Sicherung der Arbeitsplätze bewährt. Ihre Erfolge haben die hausbackenen Vorstellungen der NPD gründlichst widerlegt.

Einige Widersprüche im Programm der NPD

Zum Schluß dieses Kapitels soll noch auf einige im Programm der NPD selbst enthaltene Widersprüche hingewiesen werden. Die Gegenüberstellung der folgenden Forderungen zeigt, daß die NPD keineswegs ein so gradliniges Programm vertritt, wie sie selbst vorgibt.

»Die Kapitalbildung und die Schaffung persönlichen Eigentums ist zu fördern, die Schwächeren sind vor Ausbeutung und Übervorteilung durch Monopole zu schützen.« (Programm V,4)	*»Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerläßlich. Sie wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die auf einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung gerichtet sind.« (Programm V, 5)*
»Eine moderne, hochentwickelte Volkswirtschaft bedarf der Produkte aus aller Welt, ebenso ist sie auf weltweite Absatzmärkte für ihre Waren angewiesen. Sie braucht Verflechtungen mit anderen Volkswirtschaften.« (Programm V, 12)	*»Zur Wahrung seiner politischen Handlungsfreiheit muß der Staat die Existenz der heimischen Wirtschaft vor Überfremdung mit ausländischem Kapital, vor dem Ausverkauf an Weltkonzerne und ruinöser Einfuhr schützen.« (Programm V, 4)*
»Die gerechte Entlohnung aller Arbeit in der bäuerlichen Landwirtschaft findet grundsätzlich über den Preis statt. Subventionen sind abzubauen.« (Programm VII, 13)	*»Für benachteiligte Gebiete ... ist durch steuerliche Entlastung ... und auch durch Zuwendungen ein Ausgleich zu schaffen.« ... »Die landwirtschaftliche Kreditpolitik verlangt zinsniedrige Kredite. ... Für die aufgelaufene Verschuldung muß durch Zinsverbilligung eine Entlastung erfolgen.« (Programm VII, 16 und 18)*

»Die liberalistische Wirtschafts- und Handelspolitik hat die Ausschöpfung unserer eigenen landwirtschaftlichen Erzeugungsreserven behindert ...« (Programm VII, 5)

»Die deutsche Landwirtschaft hat nach dem Kriege mit äußerster Kraftanstrengung ihre Erzeugung um 50 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand gesteigert.« (Programm VII, 5)

Die führenden NPD-Politiker

DER NPD-PARTEIVORSTAND

Parteivorsitzender: Adolf v. Thadden, Hannover
Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Siegfried Pöhlmann MdL, München, und Dr. Karl Lamker, Bielefeld

Anläßlich seiner konstituierenden Sitzung in Berlin wählte der NPD-Parteivorstand sein Präsidium und verteilte die Arbeitsgebiete wie folgt:

Präsidium

Amt	I	Organisation	Walter Seetzen
Amt	II	Finanzen	Horst Günter Schweimer
Amt	III	Personal	Dr. Karl Lamker
Amt	IV	Propaganda	Benno Herrmannsdörfer MdL
Amt	V	Presse und Information	Waldemar Schütz MdL
Amt	VI	Politische Bildung	Prof. Dr. Ernst Anrich
Amt	VII	Rechtsfragen	Dr. Wolfgang Huber
Amt	VIII	Parlamentsdienst	Dr. Siegfried Pöhlmann MdL

Dem Parteivorstand der NPD gehören ferner an:

Landesvorsitzende
Otto Th. Brouwer MdBB, Bremen
Herbord Große-Endebrock MdL, Niedersachsen
Rudolf Kendzia, Berlin
Karl Lawall, Saarland
Karl-Ernst Lober MdL, Schleswig-Holstein

Fritz Mai MdL, Rheinland-Pfalz
Martin Mußgnug MdL, Baden-Württemberg
Mitglieder
Walter Bachmann MdL, Regensburg
Kurt Bösemann, Dortmund
Heinrich Fassbender MdL, Rotenburg (Fulda)
Prof. Dr. H. B. v. Grünberg, Wuppertal
Werner Kuhnt, Biberach
Peter Lauer, Hannover
Emil Maier-Dorn, Augsburg
Hans Joachim Richard, Burgdorf
Wolfgang Roß MdL, Schwabach
Heinz Rudolph MdL, Hildesheim
Heinz Vorsatz MdBB, Bremen
Udo Walendy, Herford
Gertraude Winkelvoß MdL, Lüneburg

Referate

Der Parteivorstand nahm folgende Referatsverteilung vor:

1. Außenpolitik: Adolf v. Thadden
2. Innenpolitik: Dr. Siegfried Pöhlmann MdL
3. Wehrpolitik: Dr. Felix Buck
4. Agrarpolitik: Dipl.-Landwirt Heinz Rudolph MdL
5. Deutsche Einheit, Vertriebene, Flüchtlinge: Adolf v. Thadden
6. Sozialpolitik, Gewerkschaftsfragen: Kurt Knüpfer MdL
7. Kulturpolitik: Prof. Dr. Ernst Anrich
8. Jugendfragen: Karl-Ernst Lober
9. Familienfragen, Gesundheitspolitik: Gertraude Winkelvoß MdL und Dr. Joachim Mertens
10. Wirtschaftspolitik, Steuer und Finanzpolitik: Dipl.-Ing. Ekkehard Stuhldreher MdL
11. Verkehrspolitik, Raumordnung: Prof. Dr. H. B. v. Grünberg

NHB

Der Vorsitzende des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) nimmt auf Beschluß des NPD-Partei-

vorstandes an dessen Sitzungen beratend teil. Vorsitzender ist: cand. chem. Rüdiger Braun, Tübingen

Parteischiedsgericht

Im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag in Hannover wurde das Parteigericht der NPD neu gebildet. Als Vorsitzende des Parteigerichts wählte der Bundesparteitag:

Rechtsanwalt Ernst Stoffers, Hannover
Rechtsanwalt Dr. Werner Krause, Hannover
Kurt Schneider, Worms
Ob.-Land.-Ger.-Rat a. D. Dr. Eduard Hanold, Erlangen
Rechtsanwalt Dr. Rudolf Dettweiler, München
Rechtsanwalt Günther Russ, Schweinfurt

Als Beisitzer der Kammern des Parteigerichtes wählte der Parteivorstand:

Amtsgerichtsrat Mencke, Lüneburg
Rechtsanwalt Karl Otto Klatte, Hannover
Rechtsanwalt Manfred Blessinger, München
Apotheker Wolfgang Hahn, München
Dr. jur. Frhr. Engelhardt v. Weichs, Meschede
Eduard Surges, Neuenhaus

BIOGRAPHISCHE ANGABEN ÜBER FÜHRENDE NPD-POLITIKER

Anrich, Prof. Dr. Ernst
geb. 9. 8. 06
Wohnort: Seeheim
NSDAP 1930 (Ausschluß 1931); 1930 Reichsschulungsleiter des NS-Deutschen Studentenbundes; 1933 Nationalsozialistischer Lehrerbund (NSLB), SS-Untersturmführer
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes VI — Politische Bildung — im Bundesvorstand; Leiter des Referats Kulturpolitik. A. hielt auf dem Bundes-

parteitag der NPD 1966 Grundsatzreferat der Partei, in starker Anlehnung an eine von ihm 1934 gehaltene NS-Rede.

Bachmann, Walter
geb. 8. 11. 23
Wohnort: Regensburg
Versicherungskaufmann
NSDAP 1941; 1944 SS-Untersturmführer
DRP, HIAG
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; 1. stellvertretender Vorsitzender Landesverband Bayern (MdL)

Bösemann, Kurt-Ernst
geb. 25. 1. 09
Wohnort: Dortmund
kfm. Angestellter
NSDAP 1930 (Austritt 1930); Wiedereintritt 1933
Mitglied der SRP und DG
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Mitglied des erweiterten Vorstandes Landesverband Nordrhein-Westfalen

Brouwer, Otto-Theodor
geb. 31. 5. 06
Wohnort: Bremen-Vegesack
Kaufmann
NSDAP 1931
DP-MdB-Bremen
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Vorsitzender Landesverband Bremen und Fraktionsvorsitzender in der Bremer Bürgerschaft

Buck, Dr. Felix
geb. 13. 8. 12
Wohnort: Frankfurt/M.
Fabrikant
VDNV
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Leiter des Referats Wehrpolitik; Mitglied des erweiterten Vorstands Landesverband Hessen

Faßbender, Heinrich
geb. 24. 5. 99
Wohnort: Rotenburg/Fulda
Kaufmann
1919—1931 DNVP
NSDAP 1931 (Austritt 1932)
1945 LDP Hessen; dann 1946 FDP und Mitglied des hessischen Landtages; 1949 MdB; 1955 Übertritt zur DP und Mitglied der DP-Fraktion im Bundestag
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Vorsitzender Landesverband Hessen und Fraktionsvorsitzender im hessischen Landtag

Große-Endebrock, Herbord
geb. 26. 1. 15
Wohnort: Kalkriese
Landwirt
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Vorsitzender Landesverband Niedersachsen und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag

von Grünberg, Prof. Dr. Hans-Bernhard
geb. 30. 3. 03
Wohnort: Wuppertal-Vohwinkel
heute: Privatlehrer
NSDAP 1931 (Gauamtsleiter der NSDAP in Ostpreußen, Gauheimstättenamtsleiter, Gau-Dozentenbundführer, Mitarbeiter des Gauleiters und Reichskommissars Erich Koch) Vorstandsmitglied der Deutschen Reichspartei.
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Leiter des Referats Verkehrspolitik und Raumordnung; Mitglied des erweiterten Vorstands Landesverband Nordrhein-Westfalen

Gutmann, Wilhelm
geb. 9. 6. 00
Wohnort: Karlsruhe
Angestellter
NSDAP 1931; 1933 Bürgermeister von Tiengen; 1947 verurteilt wegen Vergehen in Zusammenhang mit Judenausschreitungen

1954 Bundesverband ehemaliger Internierter und Entnazifizierungsgeschädigter (BIE) (1959 verboten); Mitglied des Hessischen Landesvorstands; 1950 tätig in den »Notgemeinschaften«; 1953 BHE bis 1963 im Landesvorstand der GdP/BHE
NPD: ehemaliger stellvertretender Parteivorsitzender und ehemaliger Vorsitzender Landesverband Baden-Württemberg. Fraktionsführer und Abgeordneter der NPD im Landtag von Baden-Württemberg

Härtle, Heinrich
geb. 24. 2. 09
Wohnort: München
NSDAP seit 26. April 1927. 1928 SA-Sturmbannführer; 1939 Mitarbeiter der Hauptabteilung Wissenschaft; Mitglied der früheren DRP; freier Mitarbeiter von Nation Europa; Autor in Deutsche Nachrichten
Redakteur, zuständig in der Deutschen Wochenzeitung für Zeitgeschichte, Judenprobleme und Kulturpolitik

Herrmannsdörfer, Benno
geb. 20. 3. 16
Wohnort: München
Senatsrat (Richter)
HJ 1933, NSDAP 1938, NSD-Studentenbund 1938
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes IV — Propaganda — im Bundesvorstand; Vorsitzender Landesverband Bayern (MdL)

Huber, Dr. Wolfgang
geb. 29. 11. 22
Wohnort: München-Obermenzing
Rechtsanwalt
HIAG
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes VII — Rechtsfragen — im Bundesvorstand; Beisitzer im Bezirksverband München-Oberbayern und nichtberufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes

Kendzia, Rudolf
geb. 21. 4. 38
Wohnort: Berlin
Kaufmann
Mitglied der DRP, NJD und RSDAP
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Vorsitzender Landesverband Berlin

Kühne, Dr. jur., Lothar
geb. 1908
NSDAP 1931, Reichssicherheitshauptamt 1934, 1936 Referent in der »Parteiamtlichen Prüfungskommission« im Stab des Stellvertreters des Führers, 1937 Büro des Botschafters von Ribbentrop, SS-Untersturmführer
NPD: Landesvorsitzender in Niedersachsen

Kuhnt, Werner
geb. 9. 6. 11
Wohnort: Biberach
Weinreisender
NSDAP 1929 (Träger des Goldenen Parteiabzeichens), HJ-Obergebietsführer (hauptberuflich — Träger des Goldenen HJ-Abzeichens), Amtschef in der Reichsjugendführung, 1938 Mitglied des Reichstages
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; stellvertretender Vorsitzender Landesverband Baden-Württemberg

Lamker, Dr. Karl
geb. 22. 9. 12
Wohnort: Bielefeld
Rechtsanwalt und Notar
NSDAP 1933
NPD: Stellvertretender Parteivorsitzender; Leiter des Amtes III — Personal — im Bundesvorstand; Vorsitzender Landesverband Nordrhein-Westfalen

Lawall, Karl
geb. 7. 3. 10
Wohnort: Schiffweiler
Landessozialgerichtsrat
NSDAP 1933
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Vorsitzender Landesverband Saar

Lober, Karl-Ernst
geb. 6. 8. 27
Wohnort: Schleswig
Kreisjugendpfleger
SRP-Funktionär, DRP-Funktionär auf Kreisebene
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Leiter des Referates Jugendfragen; Vorsitzender Landesverband Schleswig-Holstein und Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag

Maier-Dorn, Emil
geb. 26. 9. 08
Wohnort: Großaitingen
Kaufmann
NSDAP 1930, SA 1932; 1934 Gauwart »Kraft durch Freude« (KdF); 1936 Leiter der Gauschulungsburg Gau Schwaben; 1937 Reichsschulungsleiter im Amt für Technik
1958 DRP (Leiter der Propagandaabteilung)
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Referent für politische Bildung im Bezirksverband Schwaben

May, Fritz
geb. 26. 10. 14
Wohnort: Osthofen
Winzer / Weinhändler
NSDAP 1941
NPD: Stellvertretender Parteivorsitzender; Leiter des Amtes VIII — Parlamentsdienst — im Bundesvorstand; Leiter des Referats Innenpolitik; Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes Landesverband Bayern und Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag

Richard, Hans-Joachim
geb. 22. 5. 20
Wohnort: Klein-Burgwedel
Journalist
NSDAP 1939, HJ 1933; HJ-Bannführer bei der Reichsjugendführung; SS-Junkerschule Tölz; SS-Obersturmführer
HIAG, GfP
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; stellvertretender Vorsitzender Landesverband Niedersachsen

Ross, Wolfgang
geb. 8. 2. 35
Wohnort: Roth b. Nürnberg
Hauptmann a. D.
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; MdL Bayern und Vorsitzender Kreisverband Schwabach

Rudolph, Heinz
geb. 7. 6. 22
Wohnort: Klein-Ilde
Dipl.-Landwirt
NSDAP 1940
Mitglied der DP und von 1960—1965 Mitglied der CDU
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Leiter des Referats Agrarpolitik; Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen (MdL)

Seetzen, Walter
geb. 26. 11. 16
Wohnort: Bremen
Juwelier
SRP-Funktionär; DRP-Funktionär
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes I — Organisation — im Bundesvorstand; stellvertretender Vorsitzender Landesverband Bremen (MdBü)

Schütz, Waldemar
geb. 9. 10. 13
Wohnort: Göttingen
Schriftleiter und Verlagsinhaber
HJ 1929; NSDAP 1936; 1934 Adjutant des Gau-Pressechefs; 1937 Kreiswart und Gaureferent »Kraft durch Freude« (KdF); 1938—1939 Junker der Ordensburg Vogelsang, anschließend Beauftragter der NSDAP im Gau Hessen, SS-Hauptsturmführer
DRP-Funktionär, 1953 Mitglied der »Bruderschaft Deutschland«, 1953—1954 HIAG-Funktionär
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes V — Presse und Information — im Bundesvorstand; MdL-Niedersachsen; Verleger der »Deutschen Nachrichten«

Schweimer, Horst Günter
geb. 11. 2. 13
Wohnort: Hamburg
Reeder
NSDAP 1931; SS 1932 (Hauptsturmführer); 1941 Legationsrat im Reichsaußenministerium und Adjutant des Reichsministers des Auswärtigen
NPD: Mitglied des Parteipräsidiums; Leiter des Amtes II — Finanzen — im Bundesvorstand; Vorsitzender Landesverband Hamburg

v. Thadden, Adolf
geb. 7. 7. 1921
Wohnort: Hannover
MdL, Chefredakteur der Deutschen Nachrichten
NSDAP 1939
1949 Mitglied der Deutschen Rechts-Partei (DRP); Mitglied des Bundestages in der Fraktion 'Nationale Rechte'; 1950 Funktionär der Deutschen Reichspartei (DRP); 1955—1959 MdL Niedersachsen
NPD: Bundesvorsitzender; Leiter der Referate Außenpolitik und Deutsche Einheit; Vertriebene, Flüchtlinge; Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag

Vorsatz, Karl-Heinz
geb. 27. 12. 27
Wohnort: Bremen
Juwelier
SRP, DRP-Funktionär, DG, DNP
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes

Walendy, Udo
geb. 21. 1. 27
Wohnort: Vlotho
Dipl.-Politologe
Mitglied der CDU, DKEG, GfP und der NE-Freunde
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes

Winkelvoß, Gertraude
geb. 18. 2. 17
Wohnort: Lüneburg
Hausfrau
NSDAP 1938

Gründerin und Leiterin des »Deutschen Kinderschutzbundes« Oldenburg
DRP-Funktionärin
NPD: Mitglied des Bundesvorstandes; Leiterin des Referats Familienfragen und Gesundheitspolitik; MdL Niedersachsen

Woitschell, Dr. Gerhard
geb. 1910
NSDAP 1928; Referatsleiter der Haupttreuhandstelle, Ost; NSKK-Obersturmführer
1949—50 Mitglied der kurzlebigen Wiesbadener »Nat.-Dem. Partei«; 1959 Deutsche Reichspartei
NPD: 1964; stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Hessen

Wichtige Bücher über den Rechtsradikalismus

Grundlage jeder Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus im allgemeinen und mit der NPD im besonderen sind die *Jahresberichte des Bundesministeriums des Innern* (sie sind kostenlos erhältlich bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7). Der letzte Jahresbericht vom 10. April 1968 informiert über die »Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1967«, d. h. im einzelnen über die Ideologie, die Propaganda und Presseerzeugnisse, die Organisation, die politische Vergangenheit der Spitzenfunktionäre und die allgemeine Entwicklung nicht nur der NPD, sondern aller als »rechtsradikal« eingestuften Gruppen und Verbände. Die Zahlenangaben des Berichts sind eher unter- als übertrieben. Die Zahl der Mitglieder rechtsradikaler Jugendorganisationen wird z. B. mit 500 angegeben, aber Axel Hübner spricht in seinem Aufsatz über »Rechtsradikale Jugendgruppen in der Bundesrepublik« (im Band »Rechtsradikalismus«, hrsg. von I. Fetscher, S. 129) davon, daß allein der »Kameradschaftsring nationaler Jugendverbände« 700 Mitglieder zählt.
Die Literatur über den Rechtsradikalismus füllt schon ein ganzes Bücherregal. Man kann die Bücher über die NPD, je nach dem politischen Standort ihrer Verfasser, in zwei große Gruppen einteilen: die Gruppe der »linken« und die der »konservativen« Autoren. Dieses Einteilungsprinzip läßt sich sowohl durch die unterschiedlichen Zielsetzungen als durch die verschiedenen Methoden der linken und der konservativen Autoren begründen. Es dient also nicht dazu, die Autoren zu etikettieren, sondern veranschaulicht nur gewisse gemeinsame

Tendenzen der »konservativen« Autoren einerseits und der »linken« Autoren andererseits.
Während es den Linken um den Nachweis geht, daß das Aufkommen der NPD durch das Erstarken rechter Strömungen in der offiziellen deutschen Politik begünstigt wurde, steht im Vordergrund der konservativen Kritik die Auseinandersetzung mit dem Nationalismusbegriff der NPD. Im Namen einer gemäßigten »nationalen Politik« wird der »reaktionäre« Nationalismus der NPD verurteilt. Während die Linken von einer Analyse der gesamtgesellschaftlichen Situation ausgehen, verstehen die Konservativen den Rechtsradikalismus als ein Einzelphänomen auf der politischen Bühne der Bundesrepublik. Während die Linken in der NPD nur den radikalsten Vertreter einer neuen Rechtsbewegung in der Bundesrepublik sehen, verstehen die Konservativen die NPD als braunen Außenseiter. Mit der linken oder konservativen Sichtweise wechselt auch die Einschätzung der Gefahr, die von der NPD ausgeht. Während die Konservativen zur Beschwichtigung neigen, sehen die Linken in den »alarmierenden« Erfolgen der NPD »die Demokratie vor ihrer Bewährung« (Kurt Sontheimer). Während schließlich den Konservativen das Erstarken des Linksradikalismus gefährlicher erscheint als die Erfolge des Rechtsradikalismus, halten es die Linken umgekehrt. Diese grundsätzlichen Unterschiede sind im folgenden darzustellen.

DIE KRITIK DER LINKEN

Ausgangspunkt des von Reinhard *Kühnl* und Mitarbeitern verfaßten Buches: »Die NPD, Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei«, ist die allgemeine These:
»Was die zweite deutsche Demokratie von der ersten unterscheidet, sind — mit wenigen, namhaft zu machenden Ausnahmen — Oberflächenerscheinungen, die Grundstrukturen haben sich nur wenig geändert« (S. 3).
Wie problematisch diese These ist, zeigt das Ergebnis von Kühnls Analyse, daß »erstaunliche Ähnlichkeiten« zwischen NPD und NSDAP bestehen:

»Die Sozialstruktur der Anhängerschaft ist im Prinzip die gleiche: Beide Parteien finden ihre Anhänger vor allem in den verschiedenen Gruppen des Mittelstandes, die vorher liberal und bürgerlich gewählt haben. Der auslösende Faktor ist in beiden Fällen ein ökonomischer mit psychologischen Folgen: Eine wirtschaftliche Krise oder Stagnation erzeugt das Gefühl akuter Bedrohung und macht die bislang ruhigen Kleinbürger rebellisch« (S. 74).

Die Grundlage dieses Befundes ist fragwürdig. Kühnl behauptet, daß die NPD »bisher bei Arbeitern keine allzu große Resonanz« gefunden habe (S. 54), obwohl er selbst darauf hinweist, daß 42 Prozent der NPD-Mitglieder Arbeiter sind. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Arbeiter in der NPD im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung geringfügig unterrepräsentiert sind (42 Prozent NPD zu 48 Prozent der Gesamtbevölkerung), der untere Mittelstand aber deutlich überrepräsentiert erscheint (50 Prozent NPD zu 27 Prozent der Gesamtbevölkerung), macht man es sich zu einfach, die NPD ausschließlich auf ihren kleinbürgerlichen Kern zu beschränken. Nach Kühnls Diagnose, der »auslösende Faktor« für den Umschwung des Kleinbürgers vom Konservativen zum Faschisten sei sowohl damals (Weltwirtschaftskrise) wie auch heute (Wirtschaftsrezession 1966/67) eine »wirtschaftliche Krise oder Stagnation«, hätte die NPD schon längst eingehen müssen. Wie die Landtagswahlen 1968 in Baden-Württemberg zeigten — die NPD erhielt 9,8 Prozent der Stimmen —, bedarf es keiner Krise oder Stagnation in der Wirtschaft, um der NPD neue Wähler zuzuführen. Am überzeugendsten in Kühnls Buch ist der Abschnitt über Programm und Ideologie der NPD. Das Zitatenmaterial ist erschreckend und könnte noch am besten den Vergleich der NPD mit der NSDAP rechtfertigen. Aber gerade hier schränkt Kühnl die Tragweite eines solchen Vergleichs ein:

»Die hier skizzierten Ressentiments der NPD haben noch nicht zu entsprechenden Aktionen geführt und lassen sich auch in ihrer verbalen Radikalität nicht vergleichen mit denen des Dritten Reiches. Alles erscheint gemäßigt und gedämpft, wie denn überhaupt die NPD 'im dunklen Anzug, nicht in Knobelbechern kommt'« (S. 150).

Aufgrund der Analyse Kühnls wird man kaum mehr bezweifeln können, daß das subjektive Potential für eine neue faschistische Bewegung vorhanden ist. Das Buch kommt zu der Schlußfolgerung, daß die wirksamste Abwehrmaßnahme von faschistischen Tendenzen in der Demokratisierung »nicht nur des politischen Bereichs, sondern auch der Gesellschaft und der Wirtschaft« (S. 218) besteht.

Der von Iring *Fetscher* herausgegebene Sammelband: »Rechtsradikalismus« enthält Beiträge von zehn Autoren zu verschiedenen Aspekten des Rechtsradikalismus seit 1945. Sechs Autoren befassen sich mit dem westdeutschen Rechtsradikalismus, drei Autoren mit rechtsradikalen Erscheinungen in den Vereinigten Staaten (McCarthysmus und Goldwaterismus) und ein Autor mit rechtsradikalen Strömungen in Frankreich. In seinem Beitrag über »Rechtes und rechtsradikales Denken in der Bundesrepublik« geht es Fetscher darum, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Konservativismus und Rechtsradikalismus zu untersuchen. Fetscher schlägt folgende Definition vor:
»Konservativ *wollen wir Theorien, Bewegungen und Ideologien nennen, die auf die Aufrechterhaltung eines in der Gegenwart noch existierenden politischen und sozialen Zustands gerichtet sind und zu diesem Zweck Parteien und Personen kritisieren, die auf eine mehr oder minder radikale Revision dieses Status quo in Richtung auf weitergehende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft hinzielen. Im Unterschied hierzu sollen* rechtsradikal *Theorien, Bewegungen und Ideologien genannt werden, die auf das Rückgängigmachen eines in dieser Gesellschaft bereits erreichten Zustands der politischen und sozialen Demokratisierung abzielen, wobei sie sich im allgemeinen auch außerlegaler Mittel zu bedienen entschlossen sind (auch wenn sie das nicht immer offen bekennen)« (S. 13).*
Den Übergang vom Konservativismus zum Rechtsradikalismus sieht Fetscher folgendermaßen:
»Die Übergänge sind deshalb gleitend, weil nicht immer klar ausgemacht werden kann, welcher Grad von Demokratisierung bereits erreicht ist oder doch wenigstens kurz vor der Konsolidierung steht, das Konservieren

daher an einem bestimmten, aber nicht immer eindeutig angebbaren Punkt in Restaurieren umschlägt. Der legale Mittel einer liberalen Demokratie nutzende Konservative kann zum Rechtsradikalen werden, wenn die Bewegung zum Fortschritt des Demokratisierungsprozesses offenbar auf andere Weise nicht mehr aufgehalten werden kann« (S. 13 f.).

Für Fetschers These, daß die Übergänge zwischen Konservativismus und Rechtsradikalismus »gleitend« sind, spricht eine Reihe von historischen Tatsachen, so etwa der gegenrevolutionäre Konservativismus der von der Französischen Revolution unmittelbar bedrohten Adligen oder das Wahlbündnis zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Jahre 1932 (»Harzburger Front«). Aber auch heute gibt es gewisse ideologische Gemeinsamkeiten zwischen konservativen und rechtsradikalen Politikern. Als Gegenstände gemeinsamer Kritik nennt Fetscher die Gewerkschaften und die kritische Intelligenz. Sowohl Konservative wie Rechtsradikale bedienen sich Fetscher zufolge eines bestimmten »Reizwortkatalogs«:

»Wir sind wieder wer, die Nachkriegszeit ist vorbei, wir sind ökonomisch und militärisch wieder Riesen; wir lassen uns nicht diskriminieren; die Welt ist uns die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Zurückgabe der Gebiete innerhalb der Grenzen von 1937 (oder mehr noch) schuldig; wir stehen wie je treu zu Europa« (S. 17).

Als Gründe, Motive und Ursachen des westdeutschen Rechtsradikalismus nennt Fetscher: die Entpolitisierung durch den Charakter des modernen Wahlkampfes, die geistige Tradition des Konservativismus (gemeint ist vor allem der »revolutionäre Konservativismus«, der sich trotz teilweise unterschiedlicher Zielsetzung mit dem Nationalsozialismus verband), die Rehabilitierung des Dritten Reichs durch die Vertriebenenpresse und Enttäuschungen über die unglaubwürdig gewordene Wiedervereinigungspolitik.

Auch in dem von Freimut *Duve* herausgegebenen Bändchen: »Die Restauration entläßt ihre Kinder oder der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik« steht das Thema des Verhältnisses von Konservativismus und

Rechtsradikalismus an erster Stelle. Bereits das Motto deutet die Tendenz dieses Buches an: »Wie Franz-Josef Strauß ist auch die NPD ein Produkt der Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte« (Georg Picht). Der Aufsatz Heinz *Ruhnaus:* »Der Erfolg der NPD und ihre Krise« bietet eine gute Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse. Günther *Grass* variiert das Leitmotiv: »Nicht schlecht lebt die NPD von den deutschnationalen Sprüchen der CDU«. Hervorzuheben sind die Beiträge von Ulf *Preuss* / Werner *Theobald:* »Die Ideologie im Parteiblatt«, von Freimut *Duve:* »Und grüß mich nicht unter den Linden« und von Ekkehart *Krippendorff:* »Die Rechte in der Bundesrepublik — Zehn Thesen«. Der Aufsatz von Preuss/Theobald bietet eine vorzügliche Materialsammlung aus dem Repertoire der »Deutschen Nachrichten«, dem Parteiblatt der NPD. Die Zitate sind nach Themen geordnet (»Gastarbeiter«, »Massenmedien« usw.) Der Aufsatz F. Duves zeigt unvermutete Parallelen zwischen »Welt am Sonntag«, »Welt« und der NPD-Propaganda in puncto »linker Meinungsdiktatur«. Was die Zusammenarbeit von Konservativen und Rechtsradikalen betrifft, stellt er die Prognose:

»Wo die NPD die nicht opportunen Ressentiments der dreißiger Jahre ausgräbt, kann und wird sie sich gegen die etablierten Parteien und die Presse der Bundesrepublik nicht behaupten, sie bleibt die braun stigmatisierte Randgruppe. Wie sie sich jedoch als 'moderner Konservativismus' gibt, hat sie mächtige Mitstreiter.«

E. Krippendorff faßt am Ende des Buches die materialreiche Argumentation seiner Vorgänger prägnant zusammen:

»Die Rechte ist keine Gefahr für die Bundesrepublik und ihr Establishment, weil die Bundesrepublik und ihr Establishment bereits rechts stehen. . . . Die Rechte ist — im Unterschied zur Linken — ein legitimes Kind der Ordnung und Ideologie der Bundesrepublik. Im Grunde möchte sie — anders als die Linke — dasselbe, nur besser, konsequenter, ehrlicher, unzweideutiger, auch härter, als sie es der Bundesregierung und den sie tragenden großen Parteien zutraut. Die extreme Rechte beweist ihre Herkunft als genuines Produkt der Bundesrepublik nicht zuletzt dadurch, daß so gut wie jeder ihrer Programmpunkte mit gleichen Äußerungen aus dem Munde

prominenter Politiker von CDU/CSU und FDP, zum Teil aber auch der SPD belegbar ist — ob es sich nun um die Oder-Neiße-Grenze, die DDR, das Verhältnis zur deutschen Geschichte, die Kritik an Moral und Sittenverfall oder auch um die Disziplinierung der 'zersetzenden Intellektuellen', der 'heimatlosen Linken' handelt.«

Zu ähnlichen Ergebnissen und Feststellungen wie Krippendorff gelangt Kurt *Sontheimer* in seinem Buch: »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik«, das durch ein Kapitel: »Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik« ergänzt wurde. Im Unterschied zu den bisherigen Autoren untersucht Sontheimer nicht nur die NPD, sondern auch die APO. Hier das Ergebnis seines Vergleichs:
»Die NPD ist . . . ein Ergebnis des restaurativen, nationalen Stimmungsumschwunges, der sich nach dem Abgang Adenauers, aber schon in seiner Ära angelegt, in der Bundesrepublik breitgemacht hat; die APO ist der radikale Protest gegen eine verkrustete, kapitalistischen Interessen hörige Republik, deren sozialistische Opposition diese Linksgruppen immer weniger zu assimilieren vermochte, je stärker die SPD zur Teilhabe an der bürgerlichen Macht drängte. Die Große Koalition ist ein Zeichen der Krise der Demokratie, nicht ein Mittel zu ihrer Lösung. Die beliebte These von der staatstragenden Mitte, die wieder, wie in Weimar, vor dem Angriff des linken und rechten Extremismus geschützt werden müsse, ist nicht haltbar. Die deutsche Demokratie muß sich innerlich wandeln, dann verschwindet das Phänomen des Extremismus oder verkümmert in Randgruppen. Das Stichwort heißt in der Tat Reform . . .« (S. 346).
Sontheimer beschäftigt sich ausführlich mit der Anpassungstaktik der NPD. Er hält die Anpassung der Rechtsradikalen an die Spielregeln der Demokratie für wesentlich gefährlicher als ihr offenes antidemokratisches Auftreten. Die Stärke der Bundesrepublik bestehe darin, daß sie selbst ihre Gegner zu demokratischen Lippenbekenntnissen zwingt. Damit aber werden die antidemokratischen Ideen der NPD nicht mehr so klar und eindeutig bestimmbar wie z. B. der Weimarer Republik. Denn angesichts der Verbotsklausel können die Folge-

rungen dieses Denkens, die Beseitigung der Demokratie, nicht mehr offen gezogen werden. Die Folge aber ist, daß die antidemokratischen Ideen im Gewand demokratischer Überzeugungen unser demokratisches Selbstverständnis allmählich verändern. Sontheimer nennt zahlreiche Beispiele, die zeigen, daß dieser Zustand schon teilweise eingetreten ist: so z. B. die Forderung »macht endlich Schluß mit der Vergangenheitsbewältigung«, die neue nationale Welle, das antipluralistische Konzept der »formierten Gesellschaft« usw. Im ideologischen Kampf gegen den Rechtsradikalismus seien »auch beim besten Willen« schon jetzt vielen Politikern die Hände gebunden. Ein Staat aber, der sich nicht gegen einen massiv gesteuerten konservativen Kurs wehre, müsse zu einem Staat der Rechten werden.

DIE KRITIK DER KONSERVATIVEN

Aus dieser Gruppe ragt die kurze, aber alles Wesentliche erfassende Analyse von Hans *Maier* und Hermann *Bott* hervor: »Die NPD. Struktur und Ideologie einer 'nationalen Rechtspartei'«. Die Autoren vertreten die Ansicht, daß die Übernahme nationalistischer Parolen durch die etablierten Parteien nicht nur für das Selbstverständnis der Demokratie schädlich sei, sondern auch für die Parteien selbst sich nicht lohnen könne: »Der Wettlauf mit dem Rechtsradikalismus ist . . . für eine bürgerliche Partei immer ein Verlustgeschäft« (S. 36). Sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit Kurt Sontheimer, der in seiner Analyse des neuen Nationalismus geschrieben hatte:

»Da es bei uns keine wirksame Tradition eines an der demokratischen Ideenwelt orientierten Nationalismus gibt, spricht alle historische Erfahrung dafür, daß der Nationalismus bei uns eine offene oder verhüllte antidemokratische Grundtendenz besitzt.« (K. Sontheimer: »Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik«, in: »Sehnsucht nach der Nation«, München 1966, S. 23)

Dieser Nachweis Maier/Botts und Sontheimers sollte um so ernster genommen werden, als in den demokratischen

Parteien bereits Kräfte am Werk sind, die für eine stärkere Betonung nationaler und autoritärer Elemente eintreten. Was die rechtliche Beurteilung der NPD betrifft, so kommen Maier/Bott zu dem Ergebnis, es handle sich um eine »gegen die bestehende Verfassung gerichtete Partei, wenn auch der äußere Anschein vielfach noch durch rechtsstaatliche Pflichtübungen und 'volksdemokratischen' Purismus bestimmt wird« (S. 41). Von den Möglichkeiten, die sich anbieten, um der NPD zu begegnen — die politische Auseinandersetzung, eine Änderung des Wahlrechts und ein Verbot durch das Bundesverfassungsgericht —, empfehlen die Verfasser ein Verbot, »wenn der Radikalismus zunimmt und vernünftiges Zureden nichts mehr fruchtet« (S. 42). Problematisch erscheint das von Maier/Bott entworfene Bild des idealtypischen NPD-Wählers: »Ein evangelischer Arbeiter im Alter von 45 bis 59 Jahren, wohnt in einer Großstadt Nordrhein-Westfalens und verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von 600 bis 800 DM« (S. 15). Dieses Ergebnis ist deshalb problematisch, weil es nicht weniger einseitig ausfällt, wie das umgekehrte Ergebnis Kühnls, die NPD sei die Partei des Kleinbürgers. Es widerspricht außerdem Maier/Botts eigener Beobachtung, daß die NPD eine Volkspartei in nuce bilde, weil *alle* Schichten der Bevölkerung in ihr vertreten sind (S. 16). Schließlich ist nicht einzusehen, warum der NPD-Wähler ausgerechnet Protestant sein sollte, gilt es doch als ausgemacht, daß der Wähler mit einer *wirklichen* Bindung an seine Kirche sich bisher weniger anfällig für rechtsradikale Parolen gezeigt hat als der Wähler ohne konfessionelle Bindung.

Im Vordergrund der Auseinandersetzungen, die Hans *Frederik:* »NPD-Gefahr von rechts?«; Fred H. *Richards:* »Die NPD. Alternative oder Wiederkehr?« und Werner *Smoydzin:* »NPD, Geschichte und Umwelt einer Partei« vorlegen, steht der Nationalismusbegriff. Die Autoren lehnen den aggressiven Nationalismus der NPD schärfstens ab und begrüßen die neuen nationalen »Akzente« führender demokratischer Politiker. Sie sind der Meinung, wir hätten in bezug auf den Nationalgedanken ein gewisses Nachholbedürfnis, da das Nationale nach dem Krieg völlig eliminiert worden sei. Den Autoren gelingt

es nicht immer, deutlich zu machen, wo denn der Unterschied zwischen NPD-Nationalismus und demokratischem Nationalgefühl liegt, worin die nationale Alternative zur »nationalen Opposition« der NPD bestehen soll. Diese Schwierigkeit im Verständlichmachen der Unterschiede dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Verfasser selber schon auf der »nationalen Welle« schwimmen.

Hinzuweisen ist noch auf das Bändchen von Wolfgang *Götz* und Lothar *Bossle:* »Die NPD — Parolen und Realitäten«. Götz/Bossles Anliegen ist es, »die Unwahrheiten, die bewußten Fälschungen und die verantwortungslosen Irreführungen, die aus diesem Lager täglich auf uns zukommen, mit der Wahrheit zu konfrontieren«.

Anonymus: Auf dem Prüfstand der Demokratie. 64 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1966, DM 2,80.

Hans *Bachem:* Radikale Parteien im demokratischen System. Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg. 24 S., Beilage 49/67 zu »Das Parlament«.

Bärwaldt/Scheffler: Rechts-Links-Bemerkungen über den Rechtsradikalismus in Deutschland, Bd. 2. 115 S., Hohwacht-Verlag, Bad Godesberg 1968.

Bessel-Lorck/Sippel/Götz: National oder radikal? 152 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1966, DM 7,80.

Wolfgang *Benz:* Rechtsradikale Diffamierung in Vergangenheit und Gegenwart. 40 S., Verlag »gestern und heute«, München, DM 3,—.

Bracher/Lücke/Pross/Scheuch: Rechtsradikalismus in Deutschland, in: »Die neue Gesellschaft« 4/1967, S. 274 ff., Verlag »Die neue Gesellschaft«, Bielefeld.

Friedrich *Bröder:* Das Sprachrohr der NPD — Die Deutschen Nachrichten, v. Hase & Koehler, Mainz 1969.

Bundesminister des Innern: Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1967. (Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn; auch erschienen als Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« B 15/1968.)

Freimut *Duve:* Die Restauration entläßt ihre Kinder, oder der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik, Rowohlt Verlag, Reinbek 1968.

Iring *Fetscher* (Hrsg.): Rechtsradikalismus. 256 S., Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1967, DM 16,80.

Hans *Frederick:* Die Rechtsradikalen. 142 S., Humboldt-Verlag, München-Inning 1965, DM 12,80.

Hermann *Gilbhard:* Rechtsradikalismus und Nationalismus — DGB. Psychologische Grundlagen der rechtsradikalen Agitation.

Wolfgang *Götz:* Zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus. 71 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1967, DM 2,80.

Götz/Bossle: Parolen und Realitäten. Die NPD in Fragen und Antworten — Selbstzeugnisse — Zitate — Urteile. 164 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1969.

Götz/Sieden: Wohin führt der Rechtsradikalismus? v. Hase & Koehler, Mainz 1967.

Götz/Sieden: ... bis alles in Scherben fällt? 96 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1967, DM 2,—.

Kurt *Hirsch:* Kommen die Nazis wieder? 196 S., Desch-Verlag, München 1967, DM 9,80.

Kurt *Hirsch:* Signale von rechts — 100 Jahre Programme der Rechtsparteien. 163 S., Bd. 1892 der Reihe »Goldmanns Gelbe Taschenbücher«, 1967, DM 2,50.

Werner *Hofmann:* Der Rechtsradikalismus in der BRD und seine Quellen, Heft 2/67 — Pahl-Rugenstein, Köln.

Martin *Jenke:* Verschwörung von rechts? — Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. 462 S., Colloquium-Verlag, Berlin 1961.

Martin *Jenke:* Die nationale Rechte — Parteien — Politiker — Publizisten. 205 S., Colloquium-Verlag, Berlin 1967, DM 22,80.

Fritz *Kallenberg:* Zum Geschichtsbild des Rechtsradikalismus in Deutschland. 16 S., Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz, DM 2,—.

Hans Helmuth *Knütter:* Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. 210 S., Ludwig Röhrscheid, Bonn 1961, DM 16,80.

Reinhard *Kühnl:* Die NPD — Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei. 259 S., Voltaire-Verlag, Berlin 1967, DM 11,80.

Reinhard *Kühnl:* Die NPD — Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der BRD. 9 S., Frankfurter Hefte I/1967.

Reinhard *Kühnl:* Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918. 186 S., Hauser Verlag, München 1969, DM 5,80.

Hermann *Kumpfmüller:* Der neue Nationalismus und die politische Bildung. 46 S., Juventa-Verlag, München, DM 2,70.

Eugen *Lemberg:* Nation und Nationalismus. Beilagen 31 und 32/67 zu »Das Parlament«.

Klaus *Liepelt:* Anhänger der neuen Rechtspartei — Über das Wählerreservoir der NPD, in: »Politische Vierteljahresschrift« 2/67, S. 227 ff. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen.

Hans *Maier*/Hermann *Bott:* NPD — Struktur und Ideologie einer »nationalen Rechtspartei«, R. Piper & Co., München 1968.

Peter *v. Oetzen:* Soziologische und psychologische Struktur der Wähler und Mitglieder der NPD. 20 S., Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Niedersachsen 1967.

Günther *Paschner:* Falsches Gewissen der Nation — Deutsche National-Zeitung und Soldatenzeitung. 84 S., v. Hase & Koehler, Mainz 1968.

Fred H. *Richards:* Die NPD — Alternative oder Wiederkehr? 160 S., Olzog-Verlag, München 1967, DM 2,90.

Fritz *Richert:* Die nationale Welle. 206 S., Seewald-Verlag, Stuttgart 1966, DM 16,80.

Ritter/Eichengrün: Information für Demokraten — NPD. 43 S., Bundesvorstand der Jungsozialisten, Bonn 1967, DM 2,—.

Giselher *Schmidt:* Ideologie und Propaganda der NPD, in: Beilage zur Wochenzeitung das Parlament 87/68.

Werner *Smoydzin:* Hitler lebt. Vom internationalen Faschismus zur Internationale des Hakenkreuzes. 228 S., Ilmgau-Verlag, Pfaffenhofen 1966, DM 9,80.

Werner *Smoydzin:* NPD — Geschichte und Umwelt einer

Partei — Analyse und Kritik. 282 S., Ilmgau-Verlag, Pfaffenhofen 1967, DM 13,80.
Sontheimer/Stammler/Heigert: Sehnsucht nach der Nation? 119 S., Juventa Verlag, München 1966, DM 7,80.
Kurt *Sontheimer:* Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Studienausgabe mit einem Ergänzungstitel: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik, Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, München 1968.
Stammler/Sippel: Rechtsradikale Agitation. 39 S., in: »Dokumente und Kommentare«, Beilage zu 2/67 — »Information für die Truppe«.
Hannah *Vogt:* Nationalismus gestern und heute — Texte und Dokumente. 217 S., C. W. Leske, Opladen 1967, DM 9,80.
Florian *Winter:* Ich glaubte an die NPD, v. Hase & Koehler, Mainz 1968.

LITERATURBERICHTE

Reinhard *Kühnl:* Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: »Politische Vierteljahresschrift 1968«, S. 423 ff.
Sebastian *Herkommer:* NPD in der »formierten Demokratie«, in: »Das Argument«, 48/1968, S. 309 ff.

Erfahrungen
aus dem Wahlkampf
und aus Diskussionen
mit der NPD.

Antworten
auf die Propaganda
der NPD.

Anregungen
für Information
und Aufklärung
der Wähler.

Juventa